

Sand im Getriebe 64

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter www.attac.de/rundbriefe html-Version unter <http://sandimgetriebe.attac.at>, mail an die Redaktion: sig@attac.de

Dialektik der Globalisierung



Was hat sich nur verändert? **Vor 10 Jahren** regte **Ignacio Ramonet** mit dem Artikel „Entwaffnet die Märkte“ in „Le Monde Diplomatique“ die Gründung von ATTAC-Frankreich an. Damals stand die Ideologie des Neoliberalismus in voller Blüte. Die Finanzmärkte hatten gerade wie ein Taifun die aufstrebenden Tiger-Staaten Südost-Asiens ins Elend zurück geworfen, die USA und die Institutionen des Washington Consensus (IWF, Weltbank, WTO) herrschten fast allgewaltig im Norden und Süden, im Osten und Westen. Die Globalisierung galt dem Mainstream als Schicksal, als Sachzwang, dem man sich nur unterwerfen könne.

Heute, 10 Jahre später, sieht die Welt anders aus. Die USA haben im Irak und in Afghanistan die Grenzen ihrer militärischen Macht erfahren. Auch ihre ökonomische Macht schmilzt dahin, wenn angesichts der gigantischen Verschuldung der USA die Schwachen der Weltwirtschaft rufen: „Der Kaiser ist nackt!“ Heute wütet die Finanzkrise mitten im Auge des Taifuns und vernichtet Milliardenbeträge, während die Schwellenländer zur Hilfe gerufen werden. Politisch entstehen in Lateinamerika und Asien neue Räume für Alternativen zum imperialen System. Erst recht ist die Ideologie des Neoliberalismus angeschlagen. Der Wind hat sich gedreht, und das ist gut so. ->

Weltsozialforum		
François Houtart	Die Zukunft des Weltsozialforums: Stärken und Schwächen	3
Ignacio Ramonet	Die Beherrschung der Welt durch den Westen geht zu Ende	6
Attac Deutschland fordert demokratische Kontrolle von Banken und Kapitalmärkten		9
Immanuel Wallerstein	Was haben die Zapatisten erreicht?	10
Eric Toussaint	Referendum in Venezuela: Aus der Niederlage einen neuen Schwung gewinnen	11
Conrad Schuhler, ISW	Walden Bellos These vom Niedergang der neoliberalen Globalisierung ist falsch und schädlich	16
Attac Deutschland	Nokia: Krokodilstränen helfen nicht gegen Raubtierkapitalismus	20
Klimapolitik		
Presseerklärung des Bündnisses „Klimagerechtigkeit Jetzt!“		21
Focus on the Global South	Bali: nicht den Konzernen das Feld zu überlassen.	21
Walden Bello	Der Tag danach	22
Afrika		
Attac Deutschland	EPAs: Stand der Dinge	23
Aileen Kwa	Europa erzwingt einen Rückschlag für die Süd-Süd-KooperationEPA	24
Attac Europas	Marokko: Sofortige Freilassung der politischen Gefangenen!	25
Europa		
Attac Frankreich	GVO-Verbot: ein Erfolg allemal !	26
Werner Rügemer	Managergehälter begrenzen?	27
Friedensratschlag	Friedenspolitische Schwerpunkte 2008	28
Andreas Zumach	Laudatio auf den Deserteur Agustín Aguayo	30
Aufruf des Aktionsbündnisses gegen die Nato-Sicherheits-Konferenz in München		32
„Das andere Davos“		32

Ignacio Ramonet zieht in einem Interview für SiG eine Bilanz der letzten 10 Jahre: *“Wir sehen den rasanten Aufstieg von einigen Ländern des Südens, mit Folgen, die man sich noch bis vor einigen Jahren gar nicht hat vorstellen können...Ich denke,... das vielleicht einzigartige und spektakulärste geopolitische Phänomen ist die Renaissance Chinas. So wie Italien damals eine Renaissance erlebt hat. Und diese Renaissance weist auf andere Renaissance hin: Korea, Vietnam, Thailand, Malaysia, Lateinamerika – zum ersten Mal seit zwei Jahrhunderten erlebt Lateinamerika Wachstum, Frieden, Demokratie und Erhöhung des Lebensniveaus. Alle diese Phänomene machen die Grundzüge einer Welt aus, die auf jeden Fall anders sein wird als im letzten Jahrhundert. Die Länder, die seit 1815 den Planeten beherrscht haben, werden jetzt auf gleicher Augenhöhe verhandeln müssen. Das ist also **das Ende der Beherrschung der Welt durch den Westen**, aber paradoxerweise der Sieg der Verwestlichung der Welt. Da sind wir angelangt, denn z.B. China entwickelt sich, weil es sich verwestlicht.“*

Neue Fragen stellen sich: ist die Krise der USA-Hegemonie und des Westens gleichzeitig ein Rückzug **der** Globalisierung oder nur eine Verschiebung **innerhalb** der Globalisierung? Walden Bello führte in SiG55 sechs Punkte an, an denen man erkennen könne, dass die Globalisierung auf Grund gelaufen sei, unter anderem wegen des massiven Widerstandes gegen die Globalisierung - von Seattle bis Heiligendamm. Diese Einschätzung ist nicht ohne Widerspruch geblieben. **Conrad Schuhler (ISW)** kritisiert diese Einschätzung vom Niedergang der neoliberalen Globalisierung als falsch und schädlich: Die USA seien mit ihren 700 Militärbasen in der Welt immer noch "Gesamtdienstleister" des globalen Kapitalismus. *„Kontraproduktiv ist der Versuch, das Bild eines bald bevorstehenden Zusammenbruchs des globalen Regulierungssystem an die Wand zu malen“* Globalisierung werde getrieben von den "globalen Sachzwängen" *„So lange nationale Regierungen und Gesellschaften sich gefesselt sehen an neoliberale Vorgaben wie Privatisierung, Senkung der Unternehmenssteuern, Senkung der Arbeitskosten und sozialen Leistungen, hohe und wachsende Renditen des Kapitaleinsatzes, militärische Aktionen zur Sicherung der Rohstoffe, Weltmärkte und globalen Transportwege – so lange marschiert die Globalisierung. Man muss sie mit organisierter Gegenmacht stoppen, auf ihr stilles Ableben zu hoffen, ist unrealistisch und schädlich.“* Eine neue Debatte über die Dialektik der Globalisierung deutet sich an.

In einem Rückblick auf die Bewegung der **Weltsozialforen** der letzten Jahre kommt **Ignacio Ramonet** zu einer eher kritischen Einschätzung: *„Die Bewegung ist – potentiell - heute stark wie sicherlich noch nie zuvor, sie ist weltweit die einzige einigermaßen organisierte Kraft, die sich der Globalisierung widersetzt, aber die Bewegung weiß nicht, was sie mit dieser Kraft anfangen soll. Es werden **Möglichkeiten verspielt**, zumindest sehe ich das so. Dabei sind wir, meine ich, heute in der Lage, Kämpfe auf Weltebene zu führen.“* Auch **François Houtart** untersucht anlässlich des ersten kongolesischen Sozialforums im Oktober 2007 die Stärken und Schwächen der Weltsozialforen. Er hofft auf ein neues historisches Subjekt, das dafür kämpft, *„dass **der Gebrauchswert vor den Tauschwert gehen soll**. Mit anderen Worten, die Produktion und die Verteilung von Gütern und Dienstleistungen muss sich nach den Bedürfnissen der Menschen richten und der Austausch darf nur an die zweite Stelle kommen. Die Logik des Kapitalismus geht komplett in die andere Richtung“*

Auch **Immanuel Wallerstein** wagt einen Rückblick, und zwar auf den Aufstand der **Zapatisten in Mexiko**. Sie hatten ja mit ihrem Aufstand 1994 vielleicht den entscheidenden Anstoß zur neuen globalen Gerechtigkeitsbewegung gegeben. Seine Antwort fällt nachdenklich aus: *„War der Aufstand der Zapatisten ein Erfolg? Die einzige Antwort ist die, die Zhou Enlai gegeben haben soll auf die Frage ‚Was halten Sie von der französischen Revolution?‘ Antwort: “Es ist noch zu früh, um das zu entscheiden“.*

Auch **Eric Toussaint (CADTM)** bleibt im rebellischen Lateinamerika und analysiert ausführlich die Niederlage von Chavez in der Abstimmung über eine **neue Verfassung in Venezuela**. (immerhin wurde dort abgestimmt, im Gegensatz dazu findet über den Vertrag von Lissabon keine Volksabstimmung statt) Er untersucht die einzelnen Artikel der Verfassung und stellt fest, dass Chavez zu schnell vorauseilen wollte, dass der Begriff „Sozialismus“ nicht genau definiert wurde, dass eine zu starke Machtkonzentration fixiert werden sollte. Sein Fazit: *„Seit Ende 2004 hat Hugo Chavez als Einziger unter den Staatsoberhäuptern die Debatte über die Notwendigkeit einer sozialistischen Perspektive im 21. Jahrhundert wieder aufgenommen. Es wird nun Zeit, den Inhalt dieses Projektes zu definieren, damit eine zunehmende Zahl von Bürgern bereit ist, dies als ein Mittel zur Erlangung von sozialer Gerechtigkeit und zur Beendigung aller Arten der Unterdrückung zu übernehmen. Die Niederlage des Vorschlages von Hugo Chavez beim Referendum über die Verfassung kann zu einer Gelegenheit genutzt werden, den derzeitigen revolutionären Prozess in Venezuela zu stärken. Sie liefert in der Tat einen machtvollen Anreiz zur Korrektur der Fehler und Mängel der Regierung Chavez. Wird diese Gelegenheit genutzt?“*

Mehrere Analysen befassen sich mit den Ergebnissen des Klima-Gipfels in **Bali**. An die US-Vertreterin gewandt, formulierte der Delegierte aus Papua-Neuginea die über die Konferenz hinweg angestaute **kollektive Frustration** mit einer heute bereits historischen Aufforderung: *„Wir bitten um Ihre Führung, aber wenn Sie keine Führungsrolle einnehmen können, überlassen Sie das uns. Dann gehen Sie aus dem Weg.“* Bei den Verhandlungen zwischen Europa und Afrika (**EPA**) konnten nur ein Teil der afrikanischen Länder sich den Erpressungstechniken der EU erwehren. Ein **Verbot der gentechnisch veränderte Organismen (GVO) konnte Attac-Frankreich** zusammen mit der Bewegung von Jose Bové und anderen durchsetzen.

Werner Rügemer kritisiert die *Debatte über Managergehälter* als naiv, harmlos, ablenkend, weil sie die Einkommen und die Macht der Eigentümer außen vor lässt: *„Wer aber die Einkommen der Manager begrenzen will, die Einkommen ihrer Herren und der neuen Großspekulanten jedoch nicht einmal erwähnt, der mögelt sich und uns an der Wirklichkeit vorbei.“*

Der Friedensratschlag in Kassel listet die Aufgaben der **Friedensbewegung für 2008** auf, beginnend mit den Protesten gegen die NATO-„Sicherheitskonferenz“ in München.

Die Redaktion: Peter Strotmann und Marie-D. Vernhes (Attac Deutschland) - Barbara Waschmann (Attac Österreich) - Florence Proton (Attac Schweiz)

Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis Bezugsbedingungen: –Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben. Bestellen per Mail an sig@attac.de

François Houtart

Die Zukunft der Weltsozialforen

Stärken und Schwächen der Sozialforen

François Houtart ist Direktor des Centre Tricontinental, Mitglied des Rats des Weltsozialforums. Diese Schlussfolgerungen und Denkanstöße hat er anlässlich des ersten kongolesischen Sozialforums im Oktober 2007 ausgearbeitet

Es ist wichtig, über die Stärken und Schwächen der Sozialforen nachzudenken.

1. Die Stärken

Zwei fundamentale Aspekte unter vielen anderen können hervorgehoben werden. Zunächst einmal handelt es sich bei den Sozialforen um Begegnungen und Austausch zwischen verschiedenen Bereichen sozialer Aktivitäten und zweitens ist eine ihrer wichtigsten Funktionen die Stärkung des kollektiven Bewusstseins.

Das Konzept von **Begegnung und Austausch** setzt voraus, dass alle Teilnehmer gleichberechtigt sind, eine große Nicht-Regierungs-Organisation (NGO) genauso wie eine gerade erst startende Bewegung, und dass ein jeder die Möglichkeit hat, zu Wort zu kommen. Darin besteht ein erstes Wesensmerkmal der Sozialforen, die immer Wert auf eine demokratische Arbeitsweise gelegt haben, auf das Fehlen einer auf der Macht der einen oder anderen Gruppe gegründeten Hierarchie, darauf also, dass ein Raum geschaffen wird, in dem ein jeder sich ausdrücken, seine Ziele erklären, seine Erfahrungen mitteilen, sich über aufgetauchte Schwierigkeiten austauschen und Alternativen und Strategien diskutieren kann.

Wohl gemerkt, die Sozialforen sind nicht ein Treffen, zu dem jeder x-beliebige kommen kann. Die Charta ist klar und eindeutig bei der Festlegung ihrer Teilnahmekriterien. Teilnehmen könne alle, die gegen den Neoliberalismus, gegen die weltweite Hegemonie des Kapitals, gegen jede Form des Imperialismus kämpfen und die auf der Suche nach Alternativen sind. Das schließt automatisch eine gewisse Anzahl von Organisationen aus, die eine derartige Zielsetzung nicht unterschreiben können: Organisationen, die zu herrschenden Gruppierungen gehören oder zu dem, was man die Zivilgesellschaft von oben nennen könnte. Aber die Charta sieht auch vor, dass die politischen Organisationen keinen Platz in den Foren haben, auch wenn – einfache und eventuell führende Mitglieder von politischen Parteien daran teilnehmen können – aber nur als Privatpersonen oder im Rahmen einer NGO oder von sozialen Bewegungen, und nicht als Vertreter dieser Parteien. In gleicher

Weise wird mit den religiösen Bewegungen oder den Kirchen verfahren, die sich nach ihren spirituellen oder pastoralen Zielsetzungen definieren. Das alles verhindert keineswegs die Teilnahme organisierter Gläubiger, dann aber als Mitglieder sozialer Bewegungen oder NGOs oder als Privatpersonen, unter der Voraussetzung, dass sie die Ziele des Forums unterstützen.

Auf dem afrikanischen Kontinent ist das kollektive Bewusstsein eines Kampfes gegen den Neoliberalismus noch ziemlich jung oder sogar erst in seinen allerersten Anfängen. Das grundlegende Problem des Kontinents während der letzten Jahrzehnte bestand darin, sich als Nationen zu definieren und sich eine politische Identität zu schaffen. Zweifelsohne wurde die wirtschaftliche Ausbeutung als ein Angriff von außen und gleichzeitig als innere gesellschaftliche Umwälzung erlebt, die zur Entfaltung einer Klasse geführt hat, die als Erfüllungsgehilfe bei der Ausbeutung der nationalen Reichtümer diente. Heute jedoch entwickelt sich in den meisten afrikanischen Ländern, und vor allem innerhalb der Foren, insofern sie abgehalten werden konnten, allmählich ein objektives Bewusstsein vom Wesen des nationalen und globalen Wirtschaftssystems. Dies bedeutet keineswegs ein Aufgeben der Bemühungen, einen stabilen nationalen Staat aufzubauen, der in der Lage ist, die politische Souveränität und die Kontrolle über die Naturschätze und Nahrungsmittel sicher zu stellen. Es bedeutet auch nicht, dass nun ausschließlich wirtschaftliche Aspekte beachtet würden, sondern vielmehr eine – angesichts der Zerstörung kultureller und ethischer Werte – Wertschätzung des Widerstands, der in den beiden erwähnten Bereichen geleistet wird.

Das Fehlen eines kollektiven, sich mit dem globalen Aspekt der Verhältnisse auseinandersetzenen Bewusstseins kann zu Schwächen nicht nur bei der Analyse, sondern vor allem bei Aktionsformen führen. Was man auch immer dazu sagen mag, Afrika ist wirklich der am stärksten von der Globalisierung erfasste Kontinent, und zwar als Objekt von Ausbeutung und nicht als Akteur. Eine derartige Situation macht die afrikanischen Völker sehr verwundbar, macht sie in besonderer Weise dafür anfällig, in Konflikte mit sehr ernsten Folgen hinein gezogen zu werden und verleitet sie,

sich in die Falle von Kooptationen hinein ziehen zu lassen. Es wurde häufig während dieses ersten kongolesischen Sozialforums betont, dass es sehr nötig sei, die Denkweisen zu ändern; man darf aber nicht vergessen, dass die Denkweisen sich aufgrund der Praxis und der Reflexion über die Praxis ändern. All dies weist darauf hin, wie wichtig es ist, Afrika in die altermondialistische Bewegung hinein zu führen, die sich in der gesamten Welt im Aufbau befindet..

Begegnung und Austausch bedeutet auch, dass man es akzeptiert, nicht in allem gleicher Meinung zu sein. Dies ist einer der Gründe, weswegen die Foren keine Abschlusserklärung verfassen oder Aufrufe für Aktionen geben. Das Verfassen solcher Dokumente bedeutet nämlich notwendiger Weise das Eingehen von Kompromissen und macht es erforderlich, eine beträchtliche Zeit mit Diskussionen über Geschäftsordnungs- oder redaktionelle Fragen zu verbringen, ohne von dem Druck zu sprechen, der ausgeübt wird um diesen oder jenen Vorschlag durchzubringen. Die Foren erkennen durchaus die Notwendigkeit von Aktionen, – ein Thema, worüber hier noch gesprochen wird – aber Aktionen sind nicht ihre Aufgabe. Einen Raum für Begegnungen und Austausch anzubieten, in dem sich alle wohl fühlen, ist bereits für sich ein zukunftsfruchtiger politischer Akt.

Unter den Stärken der Foren muss man an zweiter Stelle hervorheben, wie wichtig die **Bildung eines gemeinsamen sozialen Bewusstseins** ist. Dabei handelt es sich freilich um eine erste Phase in einem ganzen Prozess, aber die Tatsache, dass so unterschiedliche kongolesische, kontinentale oder weltweit operierende Organisationen wie die der Frauen, der einheimischen Völker, der Bauern, der Arbeiter, der Verteidiger der Menschenrechte, der Verteidiger des Waldes, dass humanitäre, Friedens- und Verbraucherschutzorganisationen zusammen über gemeinsame Probleme diskutieren können, ist von allergrößter Wichtigkeit angesichts des derzeitigen Zustands der sozialen Bewegungen und Organisationen.

Das ermöglicht sich dessen bewusst zu werden, das sich alle in der gleichen Lage befinden, sicherlich mit jeweiligen Besonderheiten, aber auch mit Problemen, die alle betreffen: zum Beispiel die Zerstörung der

Wälder, die Plünderung der Naturschätze, die grenzenlosen Privatisierungen, die Bestechlichkeit vieler Verantwortlicher in Verwaltung und Politik. All das folgt der gleichen Gesetzmäßigkeit und es ist wichtig, deren Mechanismen zu verstehen. In einem Prozess von Begegnung und Austausch darf keiner seine Ziele aufgeben, nicht einmal seine Prioritäten. Wichtig ist, die der anderen zu kennen und zu verstehen versuchen, warum gegenseitige Unterstützung nötig sein kann, ebenso wie ein gemeinsamer Kampf um gemeinsame Ziele.

Man wird im Übrigen auch sofort verstehen, dass bei der Bildung eines kollektiven Bewusstseins der ethische Aspekt von großer Bedeutung ist. Hier können die verschiedenen religiösen oder philosophischen Bindungen ihre Rolle spielen, auf die man nicht verzichten darf, denn sie erlauben die Beziehung, zwischen Grundsätzen und Aktionen zu betonen.

2. Die Schwächen der Sozialforen

Wir wollen heute drei Schwächen der Sozialforen hervorheben:

- sie sind keine Träger von Aktionen;
- es besteht die Gefahr der Entwicklung einer Mittelklassenideologie;
- die Strategien der Gegner müssen ernst genommen werden.

1.

Zunächst einmal zur Frage der **Aktionen**. Wie bereits erwähnt, sind die Foren Stätten der Begegnung und des Austauschs, sie stellen selber keine Bewegung dar. Sie erlauben, Spaltungen zu überwinden. Schon durch ihre Existenz stellen sie ein soziales Ereignis dar, denn sie ermöglichen den Aufbau von Netzwerken und manchmal auch gemeinsame Erfahrungen.

Die Notwendigkeit von Aktionen ist deswegen aber nicht weniger wichtig. Die Gefahr bei Foren besteht darin, dass man dort redet, singt, tanzt, aber dass währenddessen die Welt draußen genauso weiter läuft, ohne zu sehr von dem etwas mitzubekommen, was auf dem Forum läuft. Nehmen wir uns einmal den Kongo als Beispiel: wie viele Bäume wurden während der drei Tage unseres Treffens in den Wäldern des Kongobeckens und des Nordens gefällt, wie viele Lastwagen haben mit Erzen beladen illegal die Grenze passiert; wie viele Kilo Gold und Coltan sind illegal in Nachbarländer exportiert worden? Den Foren wird also vorgeworfen, unwirksam zu sein. Das führt uns natürlich zur Frage nach ihrer Funktion. Man muss aber nichts von den Foren erwarten, was sie nicht leisten können. Begegnung und Austausch zu ermöglichen ist ein Schritt in einem Prozess, nicht der einzige und nicht der letzte. Damit der Prozess

wirklich fruchtbar wird, muss er natürlich vollständig ablaufen. Daher werden die Aktionen auf den Sozialforen thematisiert.

Verschiedene Verfahren sind in Betracht gezogen worden, die wir im Rahmen dieser Überlegungen nicht alle wiedergeben können. Es gibt jedoch eines, das auf einem Forum direkt zur Verfügung steht, das ist die Versammlung der sozialen Bewegungen. Die Bewegungen bilden das Fundament der Foren, das dürfen wir nicht vergessen. Die NGOs müssen weiterhin Dienstleister und Stützen sein (wenn es auch manchmal in einem Land wie dem Kongo schwierig ist, die Dinge auseinander zu halten). Genauso verhält es sich mit den Intellektuellen im weiteren Sinn des Wortes, also mit allen, die in der Lage sind, eine kritische Haltung gegenüber Aktionen einzunehmen, von wo aus sie sie auch beurteilen mögen; ihre Aufgabe in den Foren besteht darin, zu einer systematischen, sowohl analytischen als auch zukunftsorientierten Reflexion beizutragen.

Die Versammlung der sozialen Bewegungen kann also Aktionsziele, Strategien oder Kampagnen vorschlagen. Das ist mehrmals auf Sozialforen (weltweite, Kontinentalforen oder nationale) vorgekommen. So war es zum Beispiel 2003 mit der Kampagne gegen den Irakkrieg, die dem europäischen Forum von Florenz vorgeschlagen wurde, und die am 15. Februar des genannten Jahres mehr als 15 Millionen Menschen in mehr als 600 Städten auf die Straßen brachte. So war es auch im Kampf gegen die Amerikanische Freihandelszone (ALCA - Área de Libre Comercio das Américas) in Lateinamerika, ein Kampf, der siegreich endete und dessen Durchführung im Verlauf der Foren in Lateinamerika vorgeschlagen wurde. Wir können also sehen, dass weder die Foren, noch ihr nationaler oder internationaler Rat die Initiative für Aktionen ergreifen. Aber die Foren bilden einen Rahmen, der es den sozialen Bewegungen ermöglicht, Vorschläge zu machen.

Das erlaubt uns nun, ein anderes Problem aufzugreifen, das des **Verhältnisses zur Politik**. Zu Beginn der Foren gab es gegenüber der Politik ein großes Misstrauen, was nicht immer ohne Grund war. In der Tat haben die politischen Organisationen die sozialen Bewegungen oft instrumentalisiert oder haben versucht, sie Wahlkampfzwecken zu unterwerfen, wo doch die jeweiligen Funktionen ganz unterschiedlich sind. Jedoch hat manchmal die Furcht vor dem Politischen dazu geführt, anti-politische und sehr wirklichkeitsfremde Positionen einzunehmen. Das erklärt den Erfolg, den die Theorie von John Holloway haben konnte, die er in seinem Buch "Die Welt verändern ohne die Macht zu übernehmen" entwickelt hat. Sicher stellt die Übernahme der Regierungs- oder Präsidentengewalt nicht die

Gesamtheit der Instrumente dar, um eine Gesellschaft zu ändern. In dieser Hinsicht ist sein Standpunkt korrekt. Aber wie will man eine Agrarreform verwirklichen, eine Alphabetisierungskampagne durchführen oder die Souveränität über die Naturschätze zurückgewinnen ohne politische Macht auszuüben?

Es handelt sich hier um zwei unterschiedliche Bereiche und es ist wichtig, dass man die jeweilige Gesetzmäßigkeit versteht und die Autonomie respektiert. Die politischen Akteure müssen je nach bestehendem Kräfteverhältnis Kompromisse eingehen. Die sozialen Bewegungen allerdings dürfen ihre Ziele sowie deren Radikalität nicht aufgeben, um sich politischen Zwängen zu unterwerfen.

Das ist also eine Frage, die man nicht ausklammern kann, die im Übrigen auf einem Kontinent wie Lateinamerika eine neue Dimension erhalten hat. Die Bildung von Regierungen, die eine gewisse Anzahl der Ziele der Widerstandsbewegungen gegen den Neoliberalismus verwirklichen wollen, und die Gründung von neuen Organen zur wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Integration stellen die Bewegungen und die NGOs vor neue Herausforderungen.

2.

Die zweite Schwäche befindet sich auf einer kulturellen Ebene; oft wird das Denken der Verantwortlichen der NGOs und bestimmter sozialer Bewegungen von der **Mentalität der Mittelklassen** beherrscht, schließlich sind sie Teil dieses sozialen Milieus. Nicht die Ärmsten befinden sich auf den Foren, sondern diejenigen, die für die Ärmsten sprechen. Das muss man sich eingestehen. Es ist ein sozialer Sachverhalt und man muss Abwehrstrategien gegen mögliche Fehlentwicklungen suchen. Die Ideologie der Mittelklassen ist im allgemeinen wenig radikal, anpasserisch, stärker mit Worten als mit Taten und läuft damit Gefahr, sich von den wirklichen Zielen der breiten Bevölkerungsschichten und von dem loszulösen, was eine wirkliche Zivilgesellschaft von unten ist. Es handelt sich hier um ein reales Hindernis, das jedoch nicht unüberwindbar ist. Die bewusste Kenntnis dieses Phänomens ermöglicht eine permanente Selbstkritik und eröffnet die Möglichkeit, sich von der Basis überprüfen zu lassen.

Zu diesem Sachverhalt muss man noch hinzufügen, dass die übergroße Mehrheit der Opfer des Weltwirtschaftssystems nicht auf den Foren präsent ist, weil sie nicht organisiert sind. Man weiß von oft radikalen, manchmal sogar siegreichen Widerstandsaktionen lokaler Gruppen auf der ganzen Welt, die sich gegen den Bau eines Staudamms richten, gegen die Privatisierung des Wassers oder der Elektrizität, gegen den Kauf von Wäldern durch transnationale Unternehmen, usw., aber deswegen

noch keine Bewegungen darstellen. Es ist eine der entscheidenden Herausforderungen, vor denen die Sozialforen, aber auch die sozialen Bewegungen stehen, die Gesamtheit dieser Initiativen zu einer stabileren Kraft zu vereinigen.

Einer Bewegung wie der MONLAR (Bewegung für die Agrarreform) auf Sri Lanka ist es gelungen, sowohl organisierte Bewegungen als auch lokale Initiativen, die nicht unbedingt zu einer bleibenden Organisation geführt hatten, für gemeinsame Aktionen zu vereinen. Während des vierten Weltsozialforums in Mumbai hat die physische Gegenwart von Menschen aus den unteren Volksschichten dazu geführt, dass man sich dieses Sachverhalts mehr bewusst wurde. Die notwendige Institutionalisierung der Kämpfe führt freilich zu einer objektiven Distanz zwischen der Basis und den Organisationen, aber es ist möglich, dieses Hindernis zu überwinden.

3.

Die **Strategien des Gegners** bilden die dritte Schwäche. Wir dürfen nicht erwarten, dass das neoliberale Wirtschaftssystem, mit seinen institutionellen Machtinstrumenten und seinen politischen und kulturellen Aktivitäten den Initiativen, die zu Beginn des Forums ins Leben gerufen wurden, gleichgültig gegenüber steht. Drei Strategien sind schon jetzt entwickelt. Da ist zunächst die Kooptation. Der IWF hat ein Kontaktbüro für NGOs eingerichtet. Die Weltbank hatte eine Instanz eingerichtet, die alle großen Weltreligionen vereinigte. Das Weltwirtschaftsforum von Davos ruft die Gewerkschaftsführer, die NGO und selbst die Staatsschefs fortschrittlicher Staaten zu einem "Dialog" auf, dessen Mindestanforderungen jedoch nicht gegeben sind

Darüber hinaus ist die Verwendung von Konzepten und **Begriffen** eine Ebene der kulturellen Auseinandersetzungen. Die internationalen Finanzorganisationen sprechen von einer Zivilgesellschaft, einer partizipativen Demokratie, vom Kampf gegen die Armut, von einer Dezentralisierung, aber ihre Konzepte sind denen der sozialen Bewegungen diametral entgegengesetzt. Für die Weltbank bedeutet mehr Raum für die Zivilgesellschaft, den Einfluss des Staates zu reduzieren. Der Kampf gegen die Armut soll innerhalb einer Marktlogik geführt werden, die selbst die Ursache für die Zunahme der Ungleichheiten ist. Durch die Dezentralisierung wird es für die Wirtschaftsmächte viel leichter, Kontrolle auszuüben. Nicht zu vergessen ein stets wachsender repressiver Apparat, sowohl durch die Schaffung von Sicherheitsgesetzen, die zur Einschränkung der zivilen Freiheit füh-

ren, als auch durch die Verstärkung der Polizeikräfte und darüber hinaus durch die Ausdehnung der - hauptsächlich amerikanischen - Militärbasen zur Kontrolle der Rohstoffe.

Es geht also darum, dass sich alle altermondialistische Kräfte diese Strategien bewusst machen und versuchen, sich über die Konsequenzen klar zu werden, um sich dagegen zu wehren, anstatt selbst in eine Falle zu geraten. Woraus sich weltweit die Notwendigkeit von Aktionen für den Frieden und gegen **Militärbasen** ergibt. Beispielsweise sollte sich die kongolesische Öffentlichkeit gegen die Einrichtung neuer amerikanischer Militärbasen im unteren Kongo Becken und im Katanga-Bergland zur Wehr setzen. Ebenso ist gegenüber repressiven Gesetzen, die angeblich Drogenhandel und Terror bekämpfen oder Sicherheit gewährleisten sollen, höchste Wachsamkeit geboten. In Namen dieser an sich durchaus berechtigten Ziele werden in Wirklichkeit die Repression von sozialen Bewegungen und deren Kriminalisierung verschärft. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, Netzwerke für den Rechtsbeistand aufzubauen, insbesondere für die Führer der sozialen Bewegungen, deren Anwälte, Journalisten, die oft zur Zielscheibe der repressiven Mächte werden. (...)

3. Die Zukunft

Die Konvergenz der sozialen Bewegungen und fortschrittlichen Organisationen ist kein Ziel an sich. Sie ist nur Teil eines Ganzen, das sich vom Aufbau eines kollektiven Bewusstseins bis zur Bildung von kollektiven Akteuren erstrecken soll. So können unsere Anstrengungen eines Tages in ein **neues historisches Subjekt** münden, d.h. in ein Ensemble von postkapitalistischen Projektträgern, wodurch der Weltwirtschaft andere Grundlagen gegeben werden, als die Zerstörung unseres Naturraums und die Vernichtung von Millionen Menschenleben. Im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts hat sich die Arbeiterklasse zu diesem historischen Subjekt entwickelt. Heute können es nur vielfältige Akteure sein, natürlich mit der Beteiligung der organisierten Arbeiter, aber ebenso von weiteren Akteuren, also **von allen Opfern** der Unterwerfung der Arbeit unter das Kapital, das sich heute auf die gesamte Welt und auf alle unterdrückten sozialen Gruppen ausgeweitet hat: die Bauern, die eingeborenen Völker, die Frauen, usw.

Was die Ziele für diese postkapitalistische Welt anbelangt, so sind hierfür als Fundamente für eine andere Globalisierung **vier wesentliche Grundlinien** festzulegen.

1. Zunächst geht es darum, sich auf die natürlichen erneuerbaren Ressourcen zu stützen und eine öffentliche Kontrolle über nicht-erneuerbare Ressourcen einzurichten. Das setzt eine andere Philosophie für die Beziehung zwischen Mensch und Natur voraus. **Anstatt Ausbeutung muss man wieder zur Symbiose mit der Natur finden**, wie sie in den vorkapitalistischen Gesellschaften existierte. Die Menschen sind Teil der Natur und diese zu respektieren bedeutet auch, die Menschheit zu respektieren.

2. Die zweite Grundlinie ist, dass **der Gebrauchswert vor den Tauschwert gehen soll**. Mit anderen Worten, die Produktion und die Verteilung von Gütern und Dienstleistungen muss sich nach den Bedürfnissen der Menschen richten und der Austausch darf nur an die zweite Stelle kommen. Die Logik des Kapitalismus geht komplett in die andere Richtung. Alles muss zur Ware werden, damit es zur Kapitalanhäufung beiträgt, so dass die globalen Bedürfnisse der Menschheit hinter einen ausgeheilten, destruktiven Konsum treten. Die Perspektive umzudrehen erfordert auch eine andere Wirtschaftsphilosophie, die die grundlegende Funktion der Ökonomie wieder herstellt: die notwendige Basis für das materielle, kulturelle und spirituelle Leben aller Menschen weltweit zu schaffen.

3. Die dritte Grundlinie besteht darin, eine **vollständige Demokratie** zu schaffen. Im politischen Bereich bedeutet dies, nicht nur eine repräsentative, sondern eine partizipative Demokratie zu schaffen; diese partizipative Demokratie sollte auf alle sozialen Beziehungen ausgedehnt werden, inklusiv die Organisation der Wirtschaft und die Beziehungen zwischen Mann und Frau.

4. Die vierte Grundlinie ist die **Interkulturalität**. Das heißt, alle Kulturen, alles Wissen, alle Philosophien und Religionen sollen die Möglichkeit erhalten, zum Aufbau dieser neuen, postkapitalistischen Logik beizutragen, indem sie ihre Vielfalt und die unerlässliche ethische Basis einbringen können.

Die altermondialistische Bewegung und deren Ausdruck in den Sozialforen werden also vor eine sehr wichtige Zukunftsaufgabe gestellt. Wir sind am Anfang eines Prozesses. Das Wichtigste ist, zu wissen, dass wir es schaffen können und dass der Kampf zum Erfolg führen kann, obwohl wir einen sehr schweren und langen Weg vor uns haben. Das ist sicherlich eine der Lehren, die wir aus dem ersten kongolesischen Sozialforum ziehen konnten.

Übersetzung: Juergen JANZ , Kirsten HEINIGER und Michèle Mialane, coordinatrad@attac.org

Zur Debatte über die Bedeutung und die Aufgaben des Weltsozialforums:

Beiträge von Walden Bello, Thomas Ponniah, Chico Whitaker, Jai Sen, Boaventura de Sousa Santos im Newsletter von „Focus on the Global South“ <http://www.focusweb.org/focus-on-trade-number-136-january-2008.html?Itemid=1>

Die Beherrschung der Welt durch den Westen geht zu Ende

Ignacio Ramonet ist seit 1991 Chefredakteur der Monatszeitschrift "Le Monde Diplomatique".

1997 gab er mit dem Artikel „Entwaffnet die Märkte“ den Anstoß zur Gründung der internationalen Attac-Bewegung und 2001 gehörte er zu den Initiatoren des ersten Weltsozialforums in Porto Alegre. Dort unterzeichnete er zusammen mit anderen das „Manifest von Porto Alegre“ (1) und ein Jahr später in Mali (Afrika) den „Aufruf von Bamako“ (2).

In seinem letzten Buch hat er seine umfangreichen Gespräche mit Fidel Castro veröffentlicht (3).

Auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz am 12.1.08 hielt er einen Vortrag über das Versagen der „Vierten Gewalt“, der Presse, und forderte größere Anstrengungen zum Aufbau von widerständigen Medien für die antikapitalistische Bewegung. Im Anschluss an diesen Beitrag gab er uns das folgende Interview.

Frage:

In einem Diskussionsbeitrag für die dezentralen Weltsozialforen 2006 haben Sie zusammen mit Samir Amin und François Houtart ausgeführt: „Im Augenblick geht es darum, das Militärprojekt der USA zum Scheitern zu bringen. Das ist die notwendige Bedingung, um einen hinreichenden Spielraum zu schaffen, ohne den jeglicher sozialer und demokratischer Fortschritt und jeder Vorstoß in Richtung einer multipolaren Konstruktion verletzlich bleiben.“ (3) Meine erste Frage wäre: Hat sich zwei Jahre später Ihre Analyse der Weltlage verändert?

I.R.:

Es ist klar, dass die Analyse in den großen Linien gültig bleibt. Aber es stimmt schon, dass einige Themen, die damals schon wichtig waren, aber in dieser Aufzählung kaum benannt wurden, jetzt äußerst dringend geworden sind.

Zum einen gibt es z.B. die Frage des **Ende des Ölzeitalters** und daher die Frage der Grundlinien einer Energieversorgung - jetzt eine der Hauptfragen. Wir haben vielleicht noch für 40 bis 60 Jahre Öl, das Öl wird also in Zukunft einen solchen Preis erreichen, dass nur wenige Länder es sich werden leisten können, eine auf Öl basierte Energieversorgung aufrechtzuerhalten. Das wird also zu einer strategischen Frage, man sieht es an den Ereignissen der letzten Jahre. Auch ist die militärische Beherrschung der Welt durch die USA wesentlich von der Kontrolle über das Öl bestimmt. Die USA sind wegen des Öls im Nahen Osten und in Afrika, sie sind deswegen im Streit mit Venezuela und Russland. Die Gefahr besteht, dass es in Zukunft andere Kriege wegen des Öls geben wird.

Ein zweites Thema, das uns schon bewusst war, das wir aber nicht benannt hatten, ist die **ökologische Krise**. Da haben wir das Problem der Folgen der Klimaerwärmung, die sich viel schneller als vorhergesehen entwickelt hat. Das zwingt zu einem radikalen Umdenken über die Energieversorgung, selbstverständlich in Richtung auf erneuer-

bare Energien, aber in einigen Ländern auch in Richtung Kernenergie, mit allen daraus resultierenden Gefahren für die Menschheit.

Das sind also zwei Themen, die die gesamte Menschheit betreffen.

Drittens sehen wir den **rasanten Aufstieg von einigen Ländern des Südens**, mit Folgen, die man sich noch bis vor einigen Jahren gar nicht hat vorstellen können: Zum Beispiel der Aufstieg von Indien und China mit gut einem Drittel der Weltbevölkerung, aber auch von Brasilien, Südafrika und Russland. Das ökonomische Gewicht dieser Länder zusammen genommen als Motor der Weltwirtschaft ist inzwischen größer als z.B. das Gewicht der USA. Inzwischen sind diese Länder dabei, sich Staatsfonds aufzubauen, die in der Lage sein werden, im Kern der Globalisierung zu agieren. Daher wird sich meiner Meinung nach bald die Frage einer Rückkehr des Protektionismus stellen. Wenn in diese Länder - China und Indien, aber auch Südkorea, Malaysia Thailand oder Indonesien, die zur Fabrik der Welt geworden sind, kaum noch etwas exportiert werden kann, obgleich sie die neuen ökonomischen Mächte bilden, die etwas kaufen könnten, was wird dann aus den Industrien in den entwickelten Ländern? Die deutschen Exporte sind zwar sehr hoch, aber es wird ja vor allem nach Russland - mit seiner besonderen Struktur - exportiert. Die Frage des Protektionismus wird sich unserer Meinung nach bald ergeben, weil die entwickelten Länder für die Produkte der Peripherie den Zugang zu ihren Märkten versperren werden.

Viertens geht es um eine Gefahr, von der wir schon längst wussten, die wir allerdings nicht als so drängend eingeschätzt hatten, die aber jetzt tatsächlich eintreten könnte: die **US-amerikanischen Wirtschaftskrise**, der Krach an der Börse der USA. Die Hypothekenkrise, die Subprime-Krise hat Folgen für die größten US-amerikanischen Banken, die durch Staatsfonds, insbesondere von arabischen Ländern, gerettet werden. Europäische Banken z.B. in Deutschland und der Schweiz sind auch davon betroffen. Es stellt

sich die Frage, ob es zu einer großen Wirtschaftskrise kommen wird. Denn es besteht das Risiko einer großen Rezession in den entwickelten Ländern. Können China, Indien und andere in dieser Situation zum Motor der Weltwirtschaft werden, wenn der US-amerikanische Motor ausfällt? Sollte das nicht gelingen, bedeutet das eine Weltwirtschaftskrise.

Das waren vier neue Gesichtspunkte.

Zurück zu den früher analysierten Themen: In **militärischen** Hinsicht sind die USA natürlich immer noch bei weitem die erste Macht, aber der Nahe Osten hat gezeigt, dass ihre militärische Macht es ihnen nicht erlaubt, asymmetrische Kriege zu gewinnen: die USA haben den Irak-Krieg nicht gewonnen. Vielleicht wird es ihnen gelingen, den Irak in Schach zu halten, aber man weiß nicht, wie es enden wird. Sie können den Krieg in Afghanistan nicht gewinnen. Israel kann den Krieg gegen die Palästinenser nicht gewinnen, jedenfalls nicht auf der militärischen Ebene, eventuell auf der politischen Ebene. Man sieht also in dieser Region, dass die militärische Überlegenheit sich nicht in einen militärischen Sieg übersetzen lässt. Aus dieser Situation kann man zwei Folgerungen ziehen: die USA werden nicht in den Iran einmarschieren, vielleicht werden sie bombardieren, aber sie werden nicht, wie im Irak, mit Bodentruppen einmarschieren. Sie haben dafür nicht die Mittel.

Zweitens kommen die USA erschöpft aus diesen militärischen Konflikten heraus und sie werden für eine gewisse Zeit sich keine bedeutenden militärischen Abenteuer mehr leisten können. Zumal Russland dabei ist, wieder eine bedeutende militärische Macht auf Weltebene zu werden. Daher ist das militärische Gleichgewicht, das früher völlig unipolar war, inzwischen eher multipolar geworden.

Frage:

Vor zwei Jahren haben Sie in vier Punkten eine Vision für eine wirklich multipolare Welt formuliert (4):

1. „Europa schlägt den Weg des Sozialaufbaus ein (...) und fängt an, definitiv sei-

ner imperialistischen Vergangenheit und Gegenwart den Rücken zu kehren;

2. In China siegt der "Marktsozialismus" über die illusionäre Fehlentwicklung zu einem nationalen Kapitalismus (...)
3. den Ländern des Südens (Völkern und Staaten) gelingt es, eine gemeinsame Front aufzubauen. (...)
4. der Aufbau der nationalen und internationalen Rechtssysteme verbindet den Respekt vor der nationalen Souveränität (...) einerseits mit dem Respekt vor den individuellen, kollektiven, politischen und sozialen Rechten andererseits (...).

Sind diese vier Bausteine nach wie vor anzustreben, angesichts der Veränderungen in der Welt?

I.R.:

Diese vier Ziele bleiben nach wie vor gültig, aber wir können feststellen, dass die Situation, die wir heute auf internationaler Ebene haben, die Stärkung der sozialen Bewegungen in Lateinamerika ermöglicht hat. Denn wir sehen, dass die sozialen Bewegungen sich in Lateinamerika entwickeln konnten u.a. weil die USA an der Front des Nahen Ostens sehr beschäftigt waren und sie zum ersten Mal seit einem Jahrhundert Lateinamerika vernachlässigt haben. Und es gab in Lateinamerika auch einigermaßen demokratische Wahlen; fortschrittliche politische Kräfte wurden gewählt und konnten nicht gestürzt werden, weder durch Staatsstriche noch durch US-Interventionen. Das ist etwas Neues in der Geschichte Lateinamerikas. Das Erstarken der sozialen Bewegungen fand interessanterweise nicht so sehr in den USA, noch in Europa, noch in Osteuropa, noch in den asiatischen Ländern statt, sondern vor allem in Lateinamerika. Das ist sehr wichtig, denn auch für die internationale Linke ist das, was in Venezuela und Bolivien und auch in gewissem Maße in Brasilien passiert, eine große Ermutigung.

Außerdem begünstigt die sich entwickelnde Multipolarität die Herauslösung Afrikas aus der unerträglichen Lage, in der es seit drei oder vier Jahrhunderten steckte. Afrika wurde versklavt, kolonisiert, seine Rohstoffe wurden ausgeplündert. Afrika war im Wesentlichen abhängig von den europäischen Mächten - es wurde in der Berliner Konferenz 1885 zwischen den Kolonialmächten aufgeteilt. Interessanterweise können wir heute feststellen, dass China aus geopolitischen Gründen in Afrika präsent ist. Sie werden natürlich anmerken, dass auch China unter anderem an den Rohstoffen interessiert ist. Aber jetzt können die Afrikaner zwischen mehreren Mächten wählen. Die USA sind wegen des Öls in Afrika. Die Tatsache, dass Afrika nicht mehr so abhängig von Europa ist, sondern es auch mit anderen Mächten zu tun hat, gibt diesem Kontinent eine neue politische Manövrierfähigkeit, es gibt Afrika einen größeren Handlungsspielraum. Wir haben gerade eben gesehen, wie auf der Europa-

Afrika-Konferenz dieser Kontinent die Forderungen Europas abgelehnt hat, weil er jetzt andere Möglichkeiten hat.

Sie sehen also, dass zu den vier benannten Zielen neue Elemente hinzuzufügen sind.

Frage:

Wie können die sozialen Bewegungen, wie kann insbesondere das **Weltsozialforum** sich weiter entwickeln? Sie haben diesbezüglich auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz sehr kritische Worte gehabt. Welche Hindernisse sehen Sie selbst?

I.R.:

Das Haupthindernis ist aktuell die Unfähigkeit der internationalen sozialen Bewegungen, eine Form der Vernetzung zu finden, die es ihnen ermöglicht, auf eine mehr einheitliche Art zu handeln. Weil die sozialen Bewegungen zur Zeit nicht bereit sind, sich Ziele zu setzen, die in die gleiche Richtung gehen, erscheinen sie **uneinheitlich**, und das hindert sie daran, in eine neue Phase überzugehen.

Denn die Bewegung hat ja **mehrere Phasen** durchlaufen:

Die erste Phase bestand darin, **die Globalisierung zu definieren**. Um 1995 existierte die Bewegung noch nicht, weil sie nicht wusste, wogegen sie zu kämpfen hätte. Es war nötig, dass viele intellektuelle und politische Kräfte den Gegner gemeinsam definieren, und der Gegner war die Globalisierung. Damals hatte er noch keinen Namen.

In der zweiten Phase war das Ziel, alle diejenigen **zusammen zu bringen**, die – ohne es zu wissen – gegen die Globalisierung kämpften, im Süden wie im Norden. Das wurde geschafft.

Man hat aber den Eindruck, dass diese Erfolge, insbesondere die Gründung der Weltsozialforen, inzwischen zu einer Lähmung der Bewegung geführt haben. Die Bewegung ist – potentiell - heute stark wie sicherlich noch nie zuvor, sie ist weltweit die einzige einigermaßen organisierte Kraft, die sich der Globalisierung widersetzt, aber die Bewegung weiß nicht, was sie mit dieser Kraft anfangen soll. Es werden **Möglichkeiten verspielt**, zumindest sehe ich das so. Dabei sind wir, meine ich, heute in der Lage, Kämpfe auf Weltebene zu führen. Erinnern Sie sich an die großen Demonstrationen gegen den Irak-Krieg, überhaupt die erste weltweite Demonstration. Heute kann man andere, sehr präzise Losungen gegen die Globalisierung benennen. Wir hatten in Porto Alegre ein Manifest erarbeitet – das hat übrigens zu einer Polemik geführt. Mit den 12 Vorschlägen waren nicht alle, aber schon die große Mehrheit der Organisationen einverstanden. Aber bestimmte Leute, die glauben, sich das Weltsozialforum aneignen zu können, beschlossen, dass es eine Politisierung, eine Manipulation des Weltsozialforums wäre. Nun gut, die Frage stellt sich nicht. Tatsache ist aber, dass es so nicht

funktioniert: Es gibt eine Zeit, wo die sozialen Bewegungen aufhören müssen, nur – erwiesenermaßen erfolgreiche - Widerstandsbewegungen zu sein und zu einem neuen Stadium übergehen müssen, zu einer anderen Form der Kämpfe.

Frage:

Welche Rolle spielt dabei der Aufruf von Bamako?

I.R.:

Ich war selber in Bamako und habe den Aufruf mit unterschrieben. Ja, selbstverständlich, er ist von größter Bedeutung. Ich meine, dass dieser Appell grundsätzlich weiterhin bedeutend und gültig bleibt, dass auf seiner Grundlage mobilisiert werden kann, aber wir müssen feststellen, dass er nicht von der Gesamtheit der sozialen alternativen Bewegungen aufgegriffen wurde. Heute fehlt meines Erachtens der politische Wille, **auf gemeinsame Ziele hinzuwirken**, unter Aufrechterhaltung der Eigenständigkeit der einzelnen Gruppen – die Bewegung kann nur mit ihrer Vielfalt und Pluralität fortbestehen. Denn die **ideologische Offensive** der Globalisierung schreitet voran. Wir können feststellen, dass die Bewegung den Herrschenden keine Angst mehr macht. Die Herrschenden sprechen darüber kaum noch. In Frankreich, seit Attac in eine Krise geraten ist, spricht die herrschende Presse nicht mehr von Attac. Für sie hat Attac aufgehört zu existieren. Man spricht auch nicht mehr vom Sozialforum. Es gibt keine Beunruhigung mehr. Gewissermaßen macht uns dieses Schweigen Sorgen, weil es beweist, dass für sie die Schlacht gewonnen wurde. Sie haben die Schlacht wegen der **Zersplitterung** gewonnen. Darum meine ich, dass die Hauptorganisationen, die das Weltsozialforum bilden, sich die Frage stellen müssen: Was wird aus uns? Was sollen wir tun?

Die Frage der Machtübernahme, die ich vorhin in meinem Vortrag erwähnt habe, erscheint mir wesentlich. Diese ganze Bewegung hat sich gebildet mit der grundsätzlichen Vorstellung, dass es nicht darum gehen könnte, die **Macht zu übernehmen**. Ich frage mich, ob das heute noch gültig bleibt. Die Erfahrung in Lateinamerika zeigt, dass man, wenn an die Macht kommt, einige Dinge realisieren kann. Nun, in Europa ist es schwieriger wegen der Zwangsjacke der EU; die sozialdemokratische Partei wird fast nichts von den grundsätzlichen Forderungen von Attac aufgreifen, weil sie den Rahmen der EU respektieren will.

Frage:

Könnten Sie einiges über den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ sagen.

I.R.:

Das ist zuerst einmal eine Baustelle. Chavez, der dieses Konzept mit lanciert hat, könnte selber keine Definition des „Sozia-

lismus des 21. Jahrhunderts“ geben. Castro selbst sagt, dass heute der Sozialismus sich in einer Krise befindet, dass es mehrere Vorstellungen über den Sozialismus gibt. Er ist sich dessen sehr bewusst und die Gespräche mit ihm darüber waren höchst interessant.

Chavez ist sich klar darüber, dass in einem politischen Veränderungsprozess eine Zeit kommt, wo man **von der Praxis zu der Theorie** übergehen muss, wo man also die Erfahrungen aus den Kämpfen theoretisch aufarbeiten muss. Die Kämpfe werden sehr konkret, mit der Kreativität, mit der Initiative der Massen durchgeführt, und dabei schöpft man aus verschiedenen Kämpfen und deren Ergebnissen, aber es kommt eine Zeit, wo man auch eine Theorie entwickeln muss. Das hat Marx getan, es gab schon den Kapitalismus, als Marx definiert hat, was der Kapitalismus ist. Die revolutionären Bewegungen gab es schon, aber Lenin hat die Beobachtungen über solche Kämpfe theoretisch aufgearbeitet, so wie Marx es über die Revolution von 1848 und über die Kommune getan hatte. Chavez ist gleichermaßen vorgegangen: In Lateinamerika gibt es zur Zeit eine doppelte Bewegung: Es gibt die Vitalität und den Reichtum der Basisbewegungen – nicht der politischen Parteien, Chavez wurde nicht von einer politischen Partei gewählt, die Sozialdemokratie ist gegen ihn, Morales wurde ebenfalls nicht von einer politischen Partei gewählt. Es sind die Basisorganisationen, die Basisbewegungen mit ihrer Vielfalt, Vielfalt der Wohnviertel, der Regionen, der Aktivitäten, Frauen, Männer, die Indigenen, mit ihren jeweiligen Forderungen. Solche Bewegungen verschaffen führenden Persönlichkeiten wie Chavez oder Correa den Sieg, und diese wiederum verbünden sich mit Aktivisten aus den sozialen Bewegungen und geben so den sozialen Bewegungen die Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen. So wurden also Reformen durchgeführt – Erziehungswesen, Arbeitsbedingungen, Gesundheitswesen... Aber es kommt eine Zeit, wo es nicht mehr ein ständiges Handwerkeln sein kann. Man muss zu der Bildung einer Theorie übergehen: Was behalten wir von allen diesen Erfahrungen? – Das ist der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. (5)

Wie sollten wir jetzt handeln? Wir sollten die Ergebnisse der schon 10 Jahre alten boliviarischen Revolution genau ansehen, die Weltlage, die ökologischen, energetischen Dimensionen beachten. Und wie können wir alle diese Elemente in ein Vorhaben einarbeiten, das nicht venezolanisch sein kann, sondern für die gesamte Menschheit gültig sein könnte. Das ist der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, der jetzt entworfen wird.

Dieser Prozess, in dem wir uns jetzt befinden, geht über die Situation hinaus, in der wir uns mit **Subkommandante Marcos** befanden. Dieser hat eine höchst wichtige Rolle gespielt in der Phase, in der von der

Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Menschen, die auf der ganzen Welt Widerstand leisteten, zu überzeugen war. Er hat sehr wichtige Impulse in Lateinamerika gegeben – Impulse hat es auch von Bourdieu in Frankreich gegeben, von Chomsky, von der gewerkschaftlichen Bewegung, von Le Monde Diplomatique, von Attac....

Aber es kommt eine Zeit, wo man zu einer neuen Phase übergehen muss. Wenn man aber aus der Vorstellung, wonach soziale Bewegungen das einzige sind, was man machen kann, wenn man daraus einen Fetisch macht, dann lähmt man die Bewegung. Wenn z.B. eine schwere Rezession entsteht, dann werden wir einiges zu tun haben: Denn es kann an vielen Fronten aufbrechen: an der Frage der Kaufkraft, der Arbeitslosigkeit, der Umwelt, usw....

Frage:

*Sie haben viele Gespräche mit **Fidel Castro** geführt und daraus ein Buch geschrieben. Welche sind die Erfahrungen von Kuba, die nachgeahmt werden sollten, und was wäre zu vermeiden?*

I.R.:

Man sollte vermeiden, sich in einer offenen Konfrontation mit der ersten Weltmacht zu befinden. Aber das ist sehr schwierig, weil es nicht allein von Kuba abhängt, das hängt auch von den USA ab. Also sollte eine Blockade, die von den USA auferlegt wird, vermieden werden, weil dies zu manchen Zwängen führt, die das Leben sehr erschweren.

Ebenfalls zu vermeiden wäre die Zulassung von nur einer Partei. Es hat sich übrigens hier einiges verändert.

Nachahmenswert ist hingegen die gesamte soziale Politik, wie das Erziehungswesen, die Gesundheit – aber nicht nur das: es gibt eine Politik der ständigen Beratung mit den Arbeitern. In diesem Land gibt es Vollbeschäftigung, Kooperativen sind immer freiwillig entstanden insbesondere die Landkooperativen. Aber es ist ein sehr kleines Land, und es ist daher sehr schwierig, autark zu sein. Es war also von der Hilfe der Sowjetunion und vom gesamten sozialistischen Lager abhängig. Kuba hat drei Abhängigkeiten in seiner Geschichte erlebt: von Spanien, dann von den USA, und dann – selbst wenn sie ganz anders war – von der Sowjetunion. Die Kubaner wollen, glaube ich, nicht mehr abhängig sein. Diejenigen, die jetzt von einer Abhängigkeit gegenüber Venezuela reden, beachten nicht, dass die entstandene Beziehung ganz anderer Natur ist: denn das, was Kuba im Austausch geben kann, ist sehr bedeutend – selbst wenn man es nicht so wie Erdöl quantifizieren kann, ist es vielleicht von noch größerer Bedeutung. Nehmen wir das Gesundheitswesen: mehrere Hunderttausende Menschen können wieder sehen, oder noch die Alphabetisierung von Millionen von Menschen: In Venezuela gibt es dank Kuba keine Analphabeten

mehr. Schauen Sie umgekehrt nach Nicaragua, wo es früher eine bedeutende Alphabetisierungskampagne gegeben hat: Jetzt sind wieder 35% der Menschen Analphabeten. Das ist dramatisch!

Eine ganze Reihe von Erfahrungen in Kuba sollten also bewahrt werden, und ich denke, dass die Kubaner selbst viel von dem, was ihre Eigenart ausmacht, bewahren wollen. Aber es gibt die Frage der Einheitspartei. Kuba ist eine komplexe Gesellschaft, überhaupt keine monolithische. Eine einzige Partei ist also nicht in der Lage, die Vielfalt der Bestrebungen der Kubaner zu repräsentieren.

Frage:

Castro sagt, dass diese Vielfalt in der Einheitspartei Platz finden kann.

I.R.:

Ja, aber Castro sagt vor allem, dass in einem Land, das von der ersten Weltmacht bedroht ist, die Einheit das Wichtigste sei, das zu bewahren gilt. Darum ist es sehr wichtig, dass diese Bedrohung aufhört. Ist diese Bedrohung eines Tages nicht mehr vorhanden, wird eine Entwicklung, ein Fortschritt bei gleichzeitiger Anerkennung der Vielfalt in der kubanischen Gesellschaft stattfinden. Man spricht oft vom chinesischen Modell, aber die Kubaner schauen auch genau hin, was sich in Vietnam entwickelt.

Frage:

Die Machtstrukturen zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd scheinen sich dramatisch zu verschieben. Das analysieren marxistische Autoren wie Giovanni Arrighi in seinem neuen Buch „Adam Smith in Peking“. Davon sprechen inzwischen aber auch die bürgerlichen Medien.

Kann man sagen, dass sich durch den wirtschaftlichen Aufstieg einiger Länder der Dritten Welt, vor allem Chinas, und mit den Veränderungen in Venezuela und Lateinamerikas eine neue Welle der Emanzipation der Länder des globalen Südens ergeben hat, die in etwa der Bandung-Bewegung vor 50 Jahren entspricht, aber diesmal mit ökonomischer Unterfütterung? Können wir nicht auch beobachten, wie sich die Benachteiligten in den Industrieländern immer stärker wehren und sich dadurch neue Bündnismöglichkeiten mit den Bewegungen des globalen Südens ergeben?

I.R.:

Ich denke das ist eine gute Analyse, denn es ist klar, dass das vielleicht einzigartige und spektakulärste geopolitische Phänomen die Renaissance Chinas ist. So wie Italien damals eine Renaissance erlebt hat Und diese Renaissance weist auf andere Renaissance hin: Korea, Vietnam, Thailand, Malaysia, Lateinamerika – zum ersten Mal seit zwei Jahrhunderten erlebt Lateinamerika Wachstum, Frieden, Demokratie und Erhöhung des

Lebensniveaus. Alle diese Phänomene machen die Grundzüge einer Welt aus, die auf jeden Fall anders sein wird als im letzten Jahrhundert. Die Länder, die seit 1815 den Planeten beherrscht haben, werden jetzt auf gleicher Augenhöhe verhandeln müssen. Das ist also das Ende der Beherrschung der Welt durch den Westen, aber paradoxerweise der Sieg der Verwestlichung der Welt. Da sind wir angelangt, denn z.B. China entwickelt sich, weil es sich verwestlicht.

Frage:

Arrighi sagt am Ende seines Buchs, dass der Aufstieg Chinas den US-Imperialismus empfindlich schwächt. Er meint auch, dass dieses Land Wege aufzeigen könnte, wie die ökologischen und sozialen Probleme des 21. Jahrhunderts zu lösen sein könnten. Ob das tatsächlich geschieht, sei noch offen.

I.R.:

China wird heute durch zwei sich zum Teil widersprechende Merkmale charakterisiert: Zum einen hat es den schlimmsten, den brutalsten Kapitalismus, zum anderen hat es vom Kommunismus die an meisten zu kriti-

sierenden Aspekte, die Einheitspartei und die Unterdrückung, behalten. Wie lange werden diese beiden Merkmale nebeneinander existieren können? Das weiß man nicht. Wird China, dessen Hauptanliegen die Stabilität ist, lange stabil bleiben können? Das glaube ich nicht – denn diese beiden Merkmale können nicht lange miteinander leben. China wird schwere soziale Krisen erleben, denn die Unterschiede sind riesig zwischen den Teilen der Bevölkerung, die arm bleiben und denjenigen, die sich bereichern, und die Bestrebungen werden sehr verschieden sein. China könnte das gleiche Schicksal wie die Sowjetunion erleben, weil Menschen sich gegen den wildesten Kapitalismus auflehnen werden und weil auch Menschen sich gegen den archaischen Kommunismus auflehnen werden. China fasziniert uns, aber sein Schicksal steht auf des Messers Schneide.

Monsieur Ramonet, wir bedanken uns für das Gespräch.
 Gesprächspartner: Marie Dominique Vernhes und Peter Strotmann.

Anmerkungen der Redaktion:

- (1) Januar 2005, in „Sand im Getriebe“ Nr. 41 veröffentlicht: <http://sandimgetriebe.attac.at/1466.html>
- (2) Januar 2006, in „Sand im Getriebe“ Nr. 49 veröffentlicht <http://sandimgetriebe.attac.at/2598.html>
- (3) Die deutsche Übersetzung erscheint Ende 2008.
- (4) S. Amin, F. Houtart, I.Ramonet: Das imperiale Projekt zum Scheitern bringen: in Sand im Getriebe Nr 48, <http://sandimgetriebe.attac.at/2411.html>
- (5) S. auch den Leitartikel von I. Ramonet in der französischen Ausgabe von „Le Monde Diplomatique“ (8/07). Übersetzung <http://www.steinbergrecherche.com/lemondediplomatique.htm#> (In der TAZ-Ausgabe von Le Monde Diplomatique fehlt leider dieser Text)



**Börsen-Crash belegt Scheitern des Finanzmarktkapitalismus
 Attac Deutschland fordert demokratische Kontrolle von Banken und Kapitalmärkten**

Frankfurt am Main 22.01.2008

Die um sich greifende Finanzmarktkrise - ausgelöst durch die geplatze Blase auf den US-amerikanischen Immobilienmärkten - belegt nach Ansicht von Attac das Scheitern des Finanzmarktkapitalismus. Gemäß dem neoliberalen Mythos sollen unregulierte Finanzmärkte wirtschaftliche Risiken breiter streuen und zu einer stabileren Wirtschaft beitragen. *"Tatsächlich zeigt sich wieder einmal, dass in Boomzeiten einige wenige Spekulierende und Aktionäre Profite machen, die folgende Krise aber ganze Ökonomien und damit die breite Masse der Menschen trifft"*, sagte Stephan Schilling, Mitglied im bundesweiten Koordinierungskreis von Attac. Wie sich nun zeige, konnten die zweistelligen Renditen des Bankensektors in angeblich guten Zeiten nur durch exzessive Spekulation erzielt werden. Wegen der wichtigen Funktion

von Banken in den Volkswirtschaften lasse kein Staat eine Bank Pleite gehen - sondern übernehme lieber die Verluste wie jetzt für die Northern Rocks und die SachsenLB. *"Hohe private Gewinne in guten Zeiten, hohe öffentliche Verluste in schlechten - so sieht das Geschäftsmodell der Banken aus"*, kritisierte Stephan Schilling. Attac fordert, den Bankensektor endlich unter eine stärkere demokratische Kontrolle zu stellen. Möglichkeiten, die Regulierung zu umgehen, wie sie die so genannten Conduits oder die Weitergabe von Krediten bieten, seien zu verbieten. Zudem müsse die Bankenregulierung drastisch verschärft werden. *"Zweistellige Renditen sind ohne unverantwortliche Risiken nicht zu erzielen, in Zukunft darf es sie nicht mehr geben."* Die aktuelle Krise zeigt laut Attac aber auch, dass die zunehmende Komplexität der Finanzmarktprodukte nicht zu einer besseren

Risikostreuung, sondern nur zu höheren Profiten der Finanzindustrie geführt hat. *"Auch viele Akteure an den Finanzmärkten verstehen nicht mehr, was da passiert"*, stellte Detlev von Larcher fest, ebenfalls Mitglied des Attac-Koordinierungskreises sowie der Attac-AG Finanzmärkte. Notwendig sei eine Entschleunigung und stärkere Regulierung der Finanzmärkte - auch im Detail. *"Und Kredite gehören in die Hände von streng regulierten Banken, nicht an die Finanzmärkte"*, forderte Detlev von Larcher. *"Wir müssen Luft aus den Finanzmärkten ablassen und drastisch von Kapital- zu Lohneinkommen umverteilen."* In die irrlichternden Finanzmärkte dürfe nicht immer mehr Kapital - etwa durch eine Privatisierung der Rente - gepumpt werden. Informationen im Internet: www.attac.de/finanzmarkt/

Immanuel Wallerstein

„Was haben die Zapatisten erreicht?“

Am 1. Januar 1994 führte die Ejército Zapatista de Liberación Nacional (EZLN), gemeinhin Zapatisten genannt, in San Cristobal de las Casas einen Aufstand im mexikanischen Bundesstaat Chiapas an. Knapp 14 Jahre später, vom 13. bis 17. Dezember 2007, organisierte die EZLN ein internationales Kolloquium mit dem Thema "Planet Erde – Bewegungen gegen das „System“", eine Art Inventur der erreichten Ziele, sowohl lokal als auch global. Ich nahm gemeinsam mit anderen Aktivisten und Intellektuellen an diesem Kolloquium teil. Im Lauf des Kolloquiums hielt Subkommandante Marcos sechs Referate, die man im Internet nachlesen kann.

Was haben die Zapatisten erreicht und was sind die Zukunftsaussichten der Bewegungen gegen das „System“ in Chiapas und in der Welt, fragten sich alle, und auch Marcos.

Die Antwort ist nicht ganz einfach. Beginnen wir die Geschichte mit dem 1. Januar 1994. Man wählte diesen Tag, um den Aufstand anzufachen, weil es der Tag war, an dem das NAFTA (das Nordamerikanische Freihandelsabkommen) in Kraft trat. Der Slogan des Tages war ¡Ya basta! (Jetzt reicht's). Von Anfang an sagten die Zapatisten, dass der **Protest der letzten fünfhundert Jahre** gegen Ungerechtigkeit, Demütigung und für Autonomie heute in organischer Verbindung steht mit dem weltweiten Kampf gegen Neo-Liberalismus und Imperialismus, von dem NAFTA sowohl ein Teil als auch ein Symbol ist. Lasst uns nicht vergessen, Chiapas ist wahrscheinlich die ärmste Region von Mexiko. Die Bevölkerung besteht überwiegend aus indigenen Völkern. Der erste katholische Bischof von Chiapas war Bartolomé de Las Casas. Dieser Dominikaner-Pater des 16. Jahrhunderts weihte sein Leben der energischen Verteidigung der Gleichberechtigung für die Indigenen (gegen die kirchliche Hierarchie und die spanische Krone). Seit den Tagen von Las Casas bis 1994 erlebten die Indigenen nie, dass ihnen diese Gleichberechtigung gewährt wurde. Die EZLN entschied sich für andere Methoden. Hatten sie damit mehr Erfolg?

Wir sollten die **Erfolge dieser Bewegung** in drei Bereichen untersuchen: In Mexiko, im globalen System und in der Theorie der Bewegungen gegen das „System“.

Zuerst **Mexiko**: Die Taktik des bewaffneten Aufstands wurde nach ca. drei Monaten aufgegeben und nicht mehr aufgenommen. Und man ist sicher, dass diese Taktik nicht mehr aufgenommen wird, solange weder die mexikanische Armee noch rechte Paramilitärs die autonomen Gemeinden der Zapatisten aggressiv angreifen. Allerdings wurde das Waffenstillstandsabkommen mit der Regierung von Mexiko, das Übereinkommen von San Andrés, das die Autonomie der indigenen Gemeinden anerkennt, von der Regierung nie umgesetzt.

2001 marschierten die Zapatisten friedlich quer durch Mexiko nach Mexiko City. Sie

hofften, damit den Kongress zu zwingen, die wesentlichen Punkte des Abkommens gesetzlich festzuschreiben. Der Marsch war eine Sensation, aber der Kongress tat nichts. 2005 starteten die Zapatisten "die andere Kampagne". Sie wollten eine Allianz der Zapatisten mit anderen Gruppen in anderen Provinzen mit ähnlichen Problemen schmieden. Auch das war eine Sensation, aber die Politik der mexikanischen Regierung änderte sich nicht. 2006 lehnten die Zapatisten jede Unterstützung des linken Präsidentschaftskandidaten Andrés Manuel López Obrador ab. Er trat in einer knappen Wahl gegen den stockkonservativen Favoriten Felipe Calderón an. Das verursachte eine starke Kontroverse zwischen den Zapatisten und ihren Sympathisanten in Mexiko und im Rest der Welt. Viele von ihnen glaubten, dass das López Obrador den Wahlsieg gekostet hatte. Die Position der Zapatisten war immer, dass sich Wahltaktik nicht lohnt. Die Zapatisten stehen allen linken Präsidenten Lateinamerikas kritisch gegenüber, von Lula in Brasilien bis zu Chávez in Venezuela. Sie sind der Ansicht, dass sie alle von oben nach unten regieren und nichts Wesentliches für die unterdrückten Mehrheiten verändern. Die einzige Regierung, mit der die Zapatisten sympathisieren, ist jene von Kuba. Sie halten diese Regierung für die einzige wirklich anti-kapitalistische.

Andererseits haben die Zapatisten de facto autonome Gemeinden geschaffen, die gut funktionieren, obwohl sie ständig von der Armee gequält und schikaniert werden. Ihre politische Hartnäckigkeit und Raffinesse ist beeindruckend. Aber können sie sich damit behaupten, solange sich die Politik in Mexiko nicht ändert? Können sie dem Druck gegen ihre Landrechte standhalten? Diese Frage ist noch nicht gelöst.

Das **Bild auf der globalen Ebene** ist etwas differenzierter. Es ist keine Frage, dass der Aufstand der Zapatisten von 1994 weltweit eine **starke Inspiration** für alle Bewegungen gegen das „System“ war. Es war auch ein Wendepunkt in dem Prozess, der 1999 zu den Demonstrationen in Seattle führte, welche die Konferenz der Welthandels-Organisation (WTO) zum Scheitern brachten. Davon hat sich die WTO bis heute nicht wirklich erholt. Wenn die WTO heute am stockenden Nord-Süd-Dialog kränkele, dann haben die Zapatisten einiges dazu beigetragen.

Die Ereignisse von Seattle führten in der Folge zur Gründung des **Welt-Sozial-Forums** (WSF). Dieses wurde zum wichtigsten Netzwerk der Bewegungen gegen das „System“ in der ganzen Welt. Auch wenn die Zapatisten nie an einem WSF teilnahmen – sie gelten technisch als bewaffnete Kraft – sind sie eine Symbolfigur innerhalb des WSF geworden, eine Art Kraft der Inspiration.

Von Anfang an haben die Zapatisten gesagt, dass ihre Ziele und Probleme weltweiter Natur sind – sie sagen intergalaktisch. Sie boten Unterstützung für Bewegungen überall auf der

Welt an und sie suchten aktiv nach Unterstützung von überall her. Sie waren dabei sehr erfolgreich. Wenn in letzter Zeit die weltweite Unterstützung ermüdet ist, so war das Kolloquium vom Dezember 2007 ein Versuch, die alten Allianzen wieder zu beleben.

Auf verschiedene Art leisteten die Zapatisten wichtige – aber auch umstrittene – **Beiträge auf theoretischem Gebiet**. Es ist bemerkenswert, dass Marcos im Dezember das erste seiner sechs Referate der **Wichtigkeit der Theorie** in den Sozialwissenschaften widmete. Was haben die Zapatisten zur Analyse der Welt zu sagen?

Als erstes betonten sie, dass der Fehler der Welt von heute ist, dass es eine kapitalistische Welt ist, und um das zu ändern bedarf es eines echten Kampfes. Sicher sind die Zapatisten nicht die ersten, die das fordern, also was haben sie dem hinzuzufügen? Sie sind **Teil einer Post-68er-Sichtweise**. Sie erkennen, dass die Analyse der Alten Linken zu eng war, den sie schienen sich auf die Probleme und Kämpfe des städtischen Industrie-Proletariats zu beschränken. Marcos widmete ein ganzes Referat den Kämpfen der Frauen um ihre Rechte. Ein anderes Referat widmete er der wichtigen Bedeutung der Kontrolle des Grund und Bodens durch die Landarbeiter der Welt.

Und sehr wichtig: Marcos verwies in mehreren Referaten auf das Thema "Weder Mitte noch Peripherie". Er lehnt es ab, Prioritäten für das eine oder das andere zu setzen, weder in Bezug auf die Macht noch in der intellektuellen Analyse. Die Zapatisten behaupten, dass der Kampf jeder unterdrückten Gruppe um ihre Rechte gleich wichtig ist, und dass jeder Kampf zu jeder Zeit an jedem Ort zugleich geführt werden muss.

Sie fordern auch, dass die Bewegungen intern demokratisch organisiert sein müssen. Ihr Slogan ist "mandar obedeciendo," man könnte das übersetzen mit: "Führe, indem du der Stimme und den Wünschen deiner gehorchst, die du führst". Das ist leichter gesagt als getan, aber es ist ein Aufschrei gegen die historisch vertikalen Strukturen linker Bewegungen. Das führt bei ihnen zu einem "**Horizontalismus**" in den Beziehungen zwischen verschiedenen Bewegungen. Einige ihrer Anhänger sagen, dass sie niemals Regierungsgewalt übernehmen wollten. Während sie zutiefst skeptisch sind, Regierungsgewalt nach dem Schema „das kleinere Übel“ zu übernehmen, so sind sie doch bereit, Ausnahmen zu machen, wie im Falle von Kuba.

War der Aufstand der Zapatisten ein Erfolg? Die einzige Antwort ist die, die Zhou Enlai gegeben haben soll auf die Frage "Was halten Sie von der französischen Revolution?" Antwort: "Es ist noch zu früh, um das zu entscheiden".

Kommentar Nr. 224, 1. Januar 2008

<http://fbc.binghamton.edu/224en.htm>

Übersetzung: Herbert Kaser, coorditrad.org

Eric Toussaint

Referendum in Venezuela:

Aus der Niederlage einen neuen Schwung gewinnen

Beim Verfassungsreferendum am 2. Dezember 2007, das Hugo Chavez initiiert hatte, haben 51% mit Nein, 49% mit Ja abgestimmt. Diese Niederlage kann sich zu einem unverhofften Vorteil für den revolutionären Prozess in Venezuela verwandeln. Er bedeutet in der Tat einen mächtigen Anreiz für die Korrektur der Irrtümer und Fehler der Regierung Chavez. Wird man die Gelegenheit wahrnehmen?

Einige Stunden nach der Schließung der letzten Wahlbüros, als 92% der abgegebenen Stimmen ausgezählt waren, hat Hugo Chavez seine Niederlage eingestanden ohne die vollständige Auszählung abzuwarten. Er hat sowohl die Befürworter des Nein wie seine eigenen Anhänger beglückwünscht. Er hat sich über die Zustimmung der Befürworter des Nein zur Verfassung von 1999 gefreut, die zu Beginn des ersten Mandats von Chavez angenommen worden war und die die Opposition angegriffen hatte - wenigstens bis 2004, als sie sich darauf berief um eine Abberufung des Präsidenten zu versuchen. Sofort nach der Ansprache des Präsidenten hat die Mehrheit der Aktivisten der Campagne für das Nein über die Person von Manuel Rosales, dem Verlierer der Präsidentschaftswahl von 2006, die Haltung von Hugo Chavez begrüßt, zur Versöhnung aufgerufen, bekräftigt, dass Chavez der Amtsinhaber bis 2012 bleibe und vorgeschlagen, dass gewisse Bestimmungen der abgelehnten Verfassung durch Gesetze ersetzt werden, die von den Abgeordneten mit ihrer Unterstützung beschlossen werden könnten. Zum Beispiel die Schaffung eines Sozialversicherungsfonds für die Arbeiter des informellen Sektors sowie eine Verkürzung der Arbeitswoche. Dieser Punkt ist von großer Bedeutung: selbst der Führer der Rechten schlägt eine Verkürzung der Arbeitswoche vor. Das ist ein Zeichen dafür, wie sehr das Pendel bestimmt immer noch nach links ausschlägt. Die von Chavez vorgeschlagene Verfassung sah vor, die Arbeitswoche von 44 auf 36 Stunden zu verkürzen und die Regierung hatte angekündigt, Maßnahmen für eine sich auf mehr als 100 000 Arbeitsplätze belaufende kompensatorische Beschäftigung zu ergreifen.

Die nationale und internationale Presse misst mit zweierlei Maß

Zunächst muss der Unterschied zu den Präsidentschaftswahlen in den USA von 2001 und zu anderen Wahlen in der jüngeren Vergangenheit unterstrichen werden. Die Schlusssauszählung hatte viele Tage gedauert und Al Gore, der demokratische Gegenkandidat von G.W. Bush, hatte den Sieg des Kandidaten der Republikaner ange-

fochten. Dieser war dank seinem Bruder, dem Gouverneur von Florida, zum Sieger erklärt worden. Erinnern wir uns auch an die gefälschte Wahl von Felipe Calderon den Kandidaten der pro Washington eingestellten Rechtspartei PAN im Juli 2006 in Mexiko. Der Kandidat der Linken Andrés Manuel Lopez Obrador hat das Endergebnis nie akzeptiert und bei jedem öffentlichen Auftritt Calderons demonstrieren Oppositionelle, um den Betrug anzuprangern. Welches westliche Medium berichtet darüber? Ganz zu schweigen von der Wahl von Perez Musharraf in Pakistan, die ohne Anwendung des allgemeinen Wahlrechts im Oktober 2007 durchgeführt wurde und schändlicherweise von den meisten westlichen Medien als beste Lösung begrüßt wurde. Letztere haben darauf verzichtet, diese indirekte Wahl durch Wahlmänner anzuprangern, die für keinen anderen als für den durch einen Militärputsch an die Macht gekommenen General Musharraf abstimmen konnten. Aber sie zögern nicht, die angeblichen diktatorischen Entgleisungen von Hugo Chavez anzuprangern, der letztes Jahr nach dem allgemeinen Wahlrecht mit 3 Millionen Stimmen mehr als sein Gegner Manuel Rosales gewählt wurde. Die westlichen Medien fingen erst dann an, Musharraf zu kritisieren, nachdem er am 3. November 2007 den Ausnahmezustand erklärt hatte und 10 000 politische Oppositionelle eingesperrt hatte. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen. Gegenüber den betrügerischen Handlungen und antidemokratischen Politiken der Alliierten Washingtons und der europäischen Hauptstädte schließt man die Augen, während man über die demokratischen Präsidentschaften von Evo Morales, Rafael Correa und Hugo Chavez fehlerhaft informiert. Was wäre geschehen, wenn das Referendum eine Mehrheit von 51 % für den Vorschlag von Chavez und 49% für seine Gegner erbracht hätte? Wir können sicher sein, dass ein Großteil der Medien von Betrug gesprochen hätte. Washington und andere Hauptstädte hätten dem gegenwärtigen Regime in Caracas gegenüber ihre Ablehnung ausgedrückt.

Schauen wir uns noch einmal an, was am 2. Dezember in Venezuela passiert ist.

Warum hat eine Mehrheit von 51% die von Hugo Chavez vorgeschlagenen Verfassungsreformen abgelehnt?

Wie einige Befürworter von Chavez es erklärt haben: „Nicht die Opposition hat gewonnen, sondern wir haben verloren“. Und sie haben recht: Die rechtsgerichtete Opposition hat kaum mehr Wähler mobilisiert als ihr Kandidat es gegen Chavez in 2006 getan hatte (Manuel Rosales hatte fast 4.300.000 Stimmen am 3. Dezember 2006 erhalten, während die NEIN-Kampagne am 2. Dezember 2007 es auf ein wenig mehr als 4.500.000 Stimmen brachte, also um 200.000 mehr).

Dennoch wurde die Nein-Kampagne sehr aktiv unterstützt durch die Mehrheit der Fernsehsender, Radio- und Printmedien, die Venezolanische Föderation der Handelskammer Fedecamaras [1], und die katholische Hierarchie. Wesentlich war aber die nie da gewesene, machtvolle Unterstützung von Seiten einer stark mediatisierten Aktivistensorganisation: eine Studentenbewegung, die sich im April 2007 gegen die Einstellung der Hertz-Wellen-Übertragung vom reaktionären Fernsehprogramm RCTV, und später gegen die Veränderung eines der Universitäten betreffenden Verfassungsartikels [2] eingesetzt hatte. Diese Bewegung, die hauptsächlich in privaten Universitäten - aber auch in einigen führenden öffentlichen Einrichtungen [3] aktiv war, hat eine Menge Straßenveranstaltungen unternommen, um die Bevölkerung zu einem NEIN gegen die Verfassungsänderungen aufzurufen.

Eine weitere Verstärkung der NEIN-Gruppe bildete Podemos, eine sozialdemokratische, Partei die gewöhnlich die Regierung unterstützt [4], sowie der General a.D. Raúl Baduel [5], bis zum Sommer 2007 Verteidigungsminister und Verbündeter von Chavez. Podemos stellt die Regierung in vier Bundesstaaten (von 23 in Venezuela), dennoch haben diese Bundesstaaten eine JA-Mehrheit geliefert. So zum Beispiel hat der industriell geprägte Bundesstaat Aragua, Raúl Baduels politische Basis zu 53% für die Vorschläge des Referendums, und zu 47% dagegen abgestimmt. Aber Vorsicht :

die Verschiebung der Pro-Chavez -Stimmen von Dezember 2006 dürfen wir nicht unterschätzen. Gemäß Edgard Hernandez, ein Analyst und Chavez-Anhänger, ist die Anzahl jener, die vor einem Jahr Chavez zum Präsidenten gewählt und nun mit NEIN gestimmt haben tatsächlich hoch [6], insbesondere in dem industriell geprägten Bundesstaat Aragua, wo Chavez besonders hohe Zustimmung gefunden hatte.

„Die industrialisierten Bundesstaaten mit der größten Konzentration von Arbeitern: Aragua, Sucre, Carabobo und Lara sind - zusammen mit der Hauptstadt- jene, wo die meisten früheren Chavez-Wähler nunmehr mit NEIN gestimmt haben (...). Der Stimmenverlust in diesen Bundesstaaten war entscheidend für die zusätzlichen Stimmen (insgesamt über 200.000), dank denen auf nationaler Ebene der NEIN den Sieg davontrug. So kann man schlussfolgern, dass dies der Grund war für die Ablehnung der Reformen [7].“

Die in der Studie von Edgard Hernandez wiedergegebenen Tabellen zeigen, dass in den Arbeitervierteln von Caracas (Petare, Caricuao, Libertador und Sucre), wo die Bevölkerung früher mehrheitlich für Chavez abgestimmt hatte (65%), diesmal die NEIN-Stimmen überwogen. Edgard Hernandez sagt weiter: „Dies zeigt eine Unzufriedenheit mit den Reformen bis in die überwiegend mit einfachen Leuten bevölkerten Bezirken von Caracas hinein.“

Eine weiteres signifikantes Element ist die Stimmabgabe vom 2.Dezember im Ölstaat Zulia, dem Bundesstaat mit der größten Bevölkerung und bis dahin eine feste Burg der Rechten. Der Gouverneur Manuel Rosales war 2006 der Hauptgegner von Chavez. Wie erwartet hat eine Mehrheit für das NEIN abgestimmt, aber interessant ist, dass die NEIN-Stimmen um 58.202 weniger waren als 2006 die Wähler von Manuel Rosales, was einen Verlust von 8,5% bedeutet.

Fazit: Die Kampagne gegen die Reformen hat trotz erheblicher Verstärkung es nicht geschafft, bei den Rechten viel neue Unterstützung zu finden, vielmehr hat sie in einigen festen Burgen welche verloren. Das Scheitern des JA ist also auf eine Verringerung der Unterstützung für Chavez in seinem eigenen Lager zurückzuführen, wie er selbst erkannt hat in der Nacht vom 2. zum 3.Dezember 2007. Etwa 7.300.000 Menschen haben in Dezember 2006 für Chavez gestimmt, was ihm einen Vorsprung von 3 Millionen Stimmen vor seinem Hauptgegner Manuel Rosales gab. Beim Referendum erhielt das JA insgesamt etwas mehr als 4.300.000 Stimmen [8], d.h. 3 Millionen weniger als ein Jahr zuvor.

Warum hat Chavez 3 Millionen Stimmen verloren? Das müssen wir nun verstehen. Ein - wenn auch begrenzter - Teil dieser Stimmen ging zu der NEIN-Seite über (möglicher Weise 100.000 oder 200.000,

vielleicht gar 300.000 Stimmen, es ist schwer zu bestimmen). Auch wenn es aber nur 150.000 waren, so waren sie entscheidend. Die Reformvorschläge wären nämlich mit einer einfachen Mehrheit angenommen worden, wenn 150 000 linke Wähler statt für das NEIN für das JA abgestimmt hätten und alles sonst gleich geblieben wäre. Wie Chavez kurz nach der Stimmabgabe sagte: Besser, das NEIN gewinnt mit einer knappen Mehrheit als das JA. Tatsächlich, hätte das JA mit 10.000, 20.000 oder selbst 100.000 Stimmen den Sieg davongetragen, so hätte ein großer Teil der Opposition behauptet, dass Wahlbetrug vorgelegen hätte. Die Opponenten wären auf die Straße gegangen mit der Unterstützung von den Regierungen in den USA, in Spanien, Deutschland, Großbritannien und Mexiko, Kolumbien oder Peru u.A.

Warum haben nun die Befürworter von Chavez und links gerichtete Bürger die Vorschläge abgelehnt? [9] Viele Bürger, die gegen die Verfassungsreform abgestimmt haben, wünschen sich Veränderungen zwecks sozialen Gerechtigkeit und mehr Demokratie, ebenso wie diejenigen, die sich dafür entschieden haben. Stellen wir also die Frage anders: Warum haben so viele im Chavez-Lager sich der Stimme enthalten? Eine Antwort auf diese Frage erfordert eine kurze Analyse der Inhalte der vorgeschlagenen Verfassungsänderungen.

Vorschläge zur Verfassungsänderung.

Da eine erschöpfende Darstellung unmöglich ist, wird folgende Auswahl getroffen: Sozialismus und Privateigentum; die Macht des Präsidenten; die Ermächtigung des Volkes.

- Die wichtigste Änderung im Vergleich zur jetzigen Verfassung ist, dass **die sozialistische Prägung des Staates** in der Verfassung festgeschrieben werden sollte. Das Wort "sozialistisch" kam in der vorhergehenden Verfassung nicht vor, in der neuen gab es keinerlei Definition des Begriffes sozialistisch. Angesichts der Affinitäten von Chavez zu Fidel Castro und dem kubanischen Regime, bringen viele die sozialistische Ausrichtung mit dem kubanischen Modell in Verbindung, das aber in der Bevölkerung Zurückhaltung hervorruft. Die Rechte hat karikierend und fälschlicherweise die Einführung des Begriffes sozialistisch stark angegriffen, indem sie behauptete, dass das Privateigentum aufgehoben (der Staat würde zweifellos den Leuten die Häuser und Autos wegnehmen) oder sehr eingeschränkt würde. Die Rechte erklärte, dass die Kinder den Eltern mit 16 Jahren weggenommen würden, um sie dem boliviarischen sozialistischen Staat anzuvertrauen. Obwohl

sich die Lebens- und Einkommensverhältnisse unbestreitbar verbessert haben, ist es der Rechten gelungen, die tatsächlichen Versorgungsprobleme bei einigen unentbehrlichen Produkten wie Milch und Zucker für sich auszuschlachten. Sie hat angekündigt, dass sich im Fall einer den Sozialismus übernehmenden Verfassung die Lage in dieser Hinsicht wie in Kuba unweigerlich verschlechtern würde.

Der gescheiterte Entwurf einer neuen Verfassung garantierte genauso wie die geltende Verfassung das Recht auf **Eigentum** (s.Art. 115 alt und neu), erklärte aber in völlig zutreffender Weise, dass dieses rechtmäßig erworben sein muss. Im Entwurf steht auch, dass jedes Eigentum besteuert werden kann und verschiedene gesetzlich festgelegte Verpflichtungen beachten muss. Im Artikel 112 der neuen Version wurde vorgeschlagen, die Passage „der Staat wird das Privateigentum fördern“ zu streichen und sie durch die viel bessere Formulierung zu ersetzen, die im Wesentlichen besagt, dass der Staat für die Finanzierung und Entwicklung verschiedener Arten von Eigentum eintreten wird: soziales, kommunales, Staats- Eigentum, gemischtwirtschaftli-

ches Eigentum unter Einbeziehung des privaten Sektors. Kurz, das Privateigentum wird garantiert, aber der Staat wird vorrangig andere Eigentumsformen finanzieren und entwickeln, indem er sich auf humanistische Werte der Kooperation stützt, bei denen das Allgemeininteresse über das Privatinteresse gestellt wird. Der neue Artikel 112 endete: „indem die besten Bedingungen für den kollektiven und kooperativen Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft geschaffen werden.“

Die Machtbefugnisse des Präsidenten: sie werden beträchtlich ausgedehnt, indem er die Befugnis erhält, die territoriale und politische Einteilung des Landes neu festzulegen. Mehr als die Möglichkeit, die gleiche Person mehrmals zum Präsidenten wählen zu können (Art.230) /10/, ist es dieser Aspekt, der zu Recht beunruhigt und Ablehnung hervorruft.

Außerdem enthielt der abgelehnte Entwurf den Vorschlag, eine Reihe von Mechanismen beizubehalten, die den **Bürgern** erlauben, verfassungsmäßige Änderungen, Volksabstimmungen oder eine Abberufung von

von Mandatsträgern einzuleiten, aber er erhöhte die zu erreichende Schwelle.

Anstelle der 15% der Wähler, die heute eine Verfassungsänderung beantragen können, wären 20% (Art. 341) nötig; anstelle der 15% der Wähler, die eine Verfassungsreform vorschlagen können, wären 25% (Art.342) nötig und anstelle der 15% der Wähler, die eine verfassungsgebende Versammlung einberufen können, wären 30% nötig (Art.348).

Für die Einleitung eines Referendums stieg die Schwelle von 10% auf 20% der Wähler, für die Einleitung eines Abberufungsreferendums für jeden beliebigen Mandatsträger nach der Hälfte der Mandatsperiode wären 30% statt 20% der Wähler nötig gewesen (Art.72).

Selbst wenn die Verfassung in dieser Weise geändert worden wäre, hätte sie, was das Initiativrecht der Bürger angeht, noch immer ein Beispiel für den Rest der Welt dargestellt, insbesondere die Möglichkeit Mandatsträger abzurufen. Dennoch hat die Erhöhung der Schwelle Anlass zum Verdacht gegeben. Viele haben sich gefragt, ob der Staat mit Chavez an der Spitze nicht versucht, die Bürger an der Ausübung ihrer Rechte zu hindern, die in der heute geltenden Verfassung verankert sind.

Es wäre viel besser gewesen, keine Erhöhung der Schwellen vorzuschlagen, denn das würde die praktische Umsetzung des Initiativrechts der Bürger erschweren.

Die Verfassungsreform wollte eine neue Macht hinzufügen: die **Volksmacht**. Der neue Artikel 136 lautete: „Die öffentlichen Machtbefugnisse verteilen sich auf folgende Bereiche: Volksmacht, Macht der Gemeinde, des Staates und der Nation“. Die Intention war sicher gut, zumindest aber unklar. Der neue Artikel 184 präziserte, dass die Volksmacht eine sehr wichtige Rolle auf der kommunalen Ebene spielen werde. Ebenso erklärte der Artikel 16 in der neuen Fassung: „auf der Ebene der Gemeinschaften und der Gemeinde wird die Volksmacht Formen des politisch-territorialen Zusammenschlusses entwickeln, die gesetzlich geregelt werden und Formen einer Selbstverwaltung darstellen werden...“.Wie sieht es mit den anderen Ebenen aus? Nimmt die Volksmacht nur auf der kommunalen Ebene eine konkrete Form an?

Hier seien auch einige der wichtigsten Abänderungsvorschläge zur Verfassung aufgelistet:

- 1) Die 44-Stundenwoche soll durch die 36-Stundenwoche ersetzt werden; es soll verboten werden, dass Arbeiter dazu verpflichtet werden, Überstunden zu akzeptieren (Art.90);
- 2) Verbot des Latifundiums (Art.307) und der Immobilienspekulation (Art.18);
- 3) Schutz der Familien- oder Einzelunterkunft vor Inbesitznahme oder Enteignung (Art.82)
- 4) Bestätigung der Unabhängigkeit der Universität (während die Rechte fälschli-

cherweise behauptete, sie würde abgeschafft) und der Unverletzlichkeit der Universitätscampusse, dazu paritätische Wahlen der Studenten, Professoren und der anderen Universitätsarbeiter (während bisher die Stimme der Professoren entschied und die anderen Universitätsarbeiter vom Wahlrecht ausgeschlossen waren);

5) Garantie der öffentlichen Kontrolle über alle natürlichen Ressourcen (Art.302 und 303);

6) Schaffung eines Systems der Sozialversicherung für den informellen Sektor und die unabhängigen Arbeiter (Art.87);

7) Ende der Autonomie der Zentralbank (Art.318);

8) Förderung der Agrarökologie, um die Ernährungssouveränität zu garantieren (Art.305);

9) Wahlrecht mit 16 anstatt mit 18 Jahren (Art.64);

10) Verbot der Parteienfinanzierung durch Fonds aus dem Ausland, einerlei ob privaten Ursprungs oder von Regierungen (Art.67);

11) Die Abstammung und Identität der Einheimischen, Europäer und Afrikaner werden besser zur Geltung gebracht. „, die boliviarische Republik von Venezuela ist das historische Ergebnis des Zusammenfließens zahlreicher Kulturen; deshalb anerkennt der Staat die Verschiedenartigkeit der Ausdrucksformen und hebt die einheimischen, europäischen und afrikanischen Wurzeln hervor, die unsere große südamerikanische Nation hervorgebracht haben“. (Art.100)

Nach der schnellen Durchsicht der Verfassungsänderungen, die durch eine knappe Mehrheit abgelehnt wurden kann man abschließend die Hypothese aufstellen, dass ein Teil der traditionellen Wähler von Chavez befürchtet haben, ihm eine Blankoscheck auszustellen und sich lieber der Stimme enthalten haben. Einige Chavisten dachten, dass die Machtbefugnisse, die der Präsident erhalten würde, zu groß seien und vielleicht die Gefahr bestünde, dass Chavez oder die Person, die an seiner Stelle gewählt würde, sie missbrauchen würde.

Wahlmüdigkeit alleine erklärt das Scheitern nicht

Es wäre falsch zu denken, dass die hohe Enthaltungsquote wesentlich auf Wahlmüdigkeit zurückzuführen ist, wenn es jene auch tatsächlich gibt. In den vergangenen zehn Jahren sind die Bürger mehr als zehnmals zu Nationalwahlen aufgerufen worden und Chavez oder seine Anhänger haben unter demokratischen Bedingungen jedes Mal den Sieg davon getragen. Jedoch wussten die Organisatoren der Ja-Kampagne [1], dass eine große Zahl von Chavez-Anhängern sich möglicherweise der Stimme enthalten würden. Der siegesichere Ton der

Ja-Kampagne, vom Vizepräsidenten, mehreren Ministern und leitenden Persönlichkeiten aus der Nationalversammlung geführt, vermochte die Zögernden nicht zu überzeugen. Außerdem war der Inhalt der Rede von Chavez am 30. November 2007 keine Hilfe für die immer noch Unentschiedenen, los zu gehen und mit Ja zu stimmen. Er verkündete, dass die Vereinigten Staaten einen Sieg des JA nicht anerkennen würden, um hiermit Venezuela zu destabilisieren. Er hat einigen Oppositionsmitgliedern vorgehalten, Washington in die Hände zu spielen. Er hat der Armee den Befehl erteilt, zusammen mit den Arbeitern die Ölfelder zu besetzen und seinen Ölminister gebeten, sich auf eine Einstellung der Öllieferungen ab Montag, dem 3. Dezember, bereit zu machen, falls die Vereinigten Staaten ihre Drohung in die Tat umsetzen sollten. Eine solche Dramatisierung ist ein zweischneidiges Schwert. Sie mag einige Zögernde mobilisiert haben, aber auch jene, die eine Wiederholung von den schlimmsten Spannungen der Jahre 2002-2003 vermeiden wollten, auf den Schluss gebracht haben, dass es besser sein würde, die Vereinigten Staaten nicht mit der Erklärung zu provozieren, dass Venezuela ein sozialistisches Land sei. Dann vielleicht lieber zu Hause bleiben.

Welche Art Sozialismus?

Kurz gefasst erklärte Hugo Chavez selbstkritisch, dass er den Wunsch der Menschen, zum Sozialismus überzugehen, überschätzt hatte. Aber wie es der ehemalige Vizepräsident und überzeugter Chavez-Anhänger Jose Vicente Rangel in einem Interview bei der Tageszeitung *La Jordana* dem Präsidenten erwiderte: vier Millionen Leute, die sich zum Sozialismus bekennen, stellen immerhin eine beträchtliche Zahl dar.

Wir müssen also gewiss einen anderen Schluss ziehen, davon ausgehend, dass Sozialismus im Laufe der Kampagne nicht deutlich definiert wurde. Die Zerrbilder des Sozialismus, wie er im 20. Jahrhundert praktiziert wurde, haben einen -milde ausgedrückt- bitteren Nachgeschmack hinterlassen. Im Kopf vieler Leute geht Sozialismus nicht unbedingt einher mit Glück und Freiheit. Eine Entscheidung zu Gunsten des Sozialismus erfordert solide Argumente. Außerdem: Sozialismus lässt sich nicht durch eine Verfassung verfügen, sondern muss konkret aufgebaut werden. Wenn die Vorteile, welche der Sozialismus bringen kann und die Schritte, die dazu notwendig sind, nicht klar und deutlich definiert werden, bleibt das Ganze viel zu abstrakt. Noch schlimmer: Sozialismus kann die Gefahr

von autoritären Ausschweifungen hervorgerufen. Es war ein Leichtes für General a.D. Raul Baduel zu behaupten, dass die neue Verfassung abgelehnt werden sollte, weil sie den Sozialismus nicht definierte: *das Wort Sozialismus hat nicht nur EINE Bedeutung, es kann sich auf verschiedene Regimes beziehen, von Pol Pot in Kambodscha oder Stalin in der UdSSR bis hin zum Nordeuropäischen Sozialismus oder zum europäischen demokratischen Sozialismus. Welcher Sozialismus wird nun hingestrebt? Warum wird uns nicht deutlich gesagt, in welche Richtung die Nation hin steuert? Als Volk müssen wir fordern, klar zu wissen, welche Zukunft uns bevorsteht und lehnen es ab, uns einen so genannten „venezolanischen“ Sozialismus vortäuschen zu lassen.* [12]

Andere Elemente, die für eine hohe Enthaltung verantwortlich sind

Die Verfassungsänderungen wurden durch Hugo Chavez als Präsident vorgelegt. Über deren Inhalt war, im Gegensatz zur Verfassung von 1999, in keiner verfassungsgebenden Versammlung debattiert worden. Hugo Chavez hat zusammen mit einem ganz kleinen Komitee, den Vorschlag ausgearbeitet [13], der dann durch die nahezu ausschließlich aus Chavez-Anhängern zusammengesetzte Nationalversammlung vervollständigt wurde [14]. Dies ist eine erste wichtige Schwäche. Notwendig wäre ein breiter Prozess der Debatte und der Ausarbeitung von Vorschlägen gewesen, der zu einer begrenzten Zahl von Verfassungsergänzungen geführt hätte und hiermit die verschiedenen Alternativen möglichst klar gestellt hätte. Hugo Chavez wollte sehr schnell gehen. Dieses Vorgehen war ihm oft gelungen. Er war der Überzeugung, dass er nach dem überwältigenden Sieg im Dezember 2006 ein massives Ja für seine Vorschläge erlangen könnte, da er diese schon in der Wahlkampagne erwähnt hatte. Er hatte nämlich verkündet, dass die Verfassung geändert und insbesondere Sozialismus in den Text eingeführt werden sollte. Aufgrund dieser trügerischen Einschätzung machte er den Fehler, innerhalb des eigenen Lagers keinen Konsens über die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen zu haben. Dies hätte eine Bereitschaft vorausgesetzt, auf gewisse Vorschläge und zusätzliche Machtbefugnisse zu verzichten. Stattdessen stürmte er nach vorn, in dem Glauben, dass seine Anhänger fest hinter ihm stehen würden. Bei der Abschlusskundgebung am 30. November erklärte er: „Die, die für Chavez sind, stimmen für das JA ab; die, die mit Nein abstimmen, sind gegen Chavez.“ Eine Mehrheit der Bevölkerung denkt zweifellos, dass er der bestmögliche Präsident ist, aber das heißt nicht blinde Befürwortung aller seiner Vorhaben. Und die Verfassung ist keine harmlose Angelegenheit.

Die Macht der rechten Propaganda darf nicht unterschätzt werden als ein Faktor, der die Stimmenthaltung stärkte, aber das ist nichts Neues. Die Medien, die die Rechte unterstützen, griffen bei früheren Kampagnen systematisch zur Lüge, aber dies verhinderte nicht den Sieg von Chavez oder seinen Vorschlägen.

Unter den Faktoren, die zur Niederlage führten, sollte ganz gewiss das zögernde Engagement eines nicht geringen Teils der gewählten Pro-Chavez-Volksvertreter, besonders auf der Ebene der Teilstaaten und der Städte, in Betracht gezogen werden. Tatsächlich wurde die Erweiterung der Machtbefugnisse des Präsidenten in Bezug auf die Umorganisation von politisch-territorialen Einheiten von manchen unter ihnen als Bedrohung empfunden, aufgrund ihrer Bindungen an ein Netzwerk von regionalen Machtverhältnissen, sogar vielleicht gewissen Formen des Klientelismus,

Und schließlich herrscht nicht angesichts des Gefälles zwischen Diskurs und Realität eine gewisse Unzufriedenheit in jenem Teil der Bevölkerung, der bisher Chavez unterstützt hat? In der Tat fehlen die Probleme nicht. Wie ist es möglich, dass bei massiven Öleinnahmen die regelmäßige Versorgung mit gewissen Grundnahrungsmitteln wie z.B. Milch und Zucker nicht garantiert wird? Warum verbessert sich die Wohnsituation nur so langsam? Warum scheinen manche örtliche Pro-Chavez-Gewählte mehr mit ihrer eigenen Zukunft beschäftigt zu sein als mit dem öffentlichen Wohlergehen? Fest steht, dass jene, die sich angesichts dieser völlig berechtigten Frustrationen für die Enthaltung der Stimme entschieden haben, der Ansicht waren, dass die neue Verfassung nicht notwendigerweise eine Antwort auf ihre individuellen und kollektiven Probleme bringen wird. Um auf ihre Zweifel und ihre Unzufriedenheit einzugehen, wird die Behauptung nicht reichen, dass sie hätten abstimmen sollen, um ihr Gewicht durch eine größere Macht des Volkes zu erhöhen, wie in der Verfassung vorgeschlagen. Sie folgten vielleicht einer anderen Logik: indem sie deutlich den Pro-Chavez-Funktionsträgern nicht folgen wollten, die für das JA aufgerufen hatten, um die Zustimmung der höheren Ränge zu erlangen, gaben sie ein Warnsignal. Sie haben ganz gewiss Hugo Chavez selbst eine Warnung erteilt.

Was geschah mit der Vereinigten Sozialistischen Partei von Venezuela [15], 2007 gegründet?

Hugo Chavez wollte alle Parteien, die ihn unterstützen, davon überzeugen, sich zu einer einzigen politischen Gruppierung, der Vereinten Sozialistischen Partei von Venezuela (PSUV) zu vereinen. Die Mehrheit der Mitglieder der Kommunistischen Partei

von Venezuela (PCV), der Partei Vaterland für Alle (PPT) und der *Podemos* lehnten es ab. Dies hinderte die ersten beiden nicht, die Ja-Kampagne kräftig zu unterstützen, während *Podemos* für das Nein aktiv warb. Aktivisten anderer Parteien schlossen sich der PSUV an. Offiziell sind sechs Millionen Venezolaner der PSUV beigetreten. Jedoch erhielt das JA nur wenig mehr als vier Millionen Stimmen, wobei manche offensichtlich nicht von PSUV-Anhängern kamen, da die PCV und die PPT auch für zum JA aufgerufen hatten. Warum haben zwei Millionen oder mehr Mitglieder der PSUV nicht für das JA gestimmt? Das macht eine sehr kritische Untersuchung des Aufbaus der neuen Partei erforderlich.

Schlussfolgerungen

So notwendig und berechtigt jene Kritik auch ist, darf man nicht vergessen, dass die in den letzten zehn Jahren geführte Politik die sozioökonomische Situation der Mehrheit der Venezolaner stark verbessert hat. Zugang zur Kultur und Bildung ist auch weitaus mehr verbreitet als zuvor. Politische und bürgerliche Rechte werden gesichert: Freiheit der Meinungsäußerung, der Versammlung, des Protestes, der Teilnahme an freien Wahlen und der Information. In einer von der OECD veröffentlichten und in mehreren Zeitungen -darunter sogar die spanische Tageszeitung *El Pais*[16], eine gegen Hugo Chavez besonders voreingenommene Zeitung - wieder aufgenommenen Studie werden die hervorragenden Leistungen Venezuelas bezeugt. In einer in ganz Lateinamerika durchgeführten und durch die OECD übernommenen Meinungsumfrage, antworten 76 % der befragten Venezolaner, dass Demokratie das beste politische System sei. Viel mehr als die Chilenen und Kolumbianer (56%), Peruaner (55 %), Mexikaner (54%) und Brasilianer (46 %). Der Durchschnitt für ganz Lateinamerika liegt bei 58 %. Bei der Antwort auf die Frage „Vertrauen Sie der Art und Weise, wie die Regierung Ihre Steuern ausgibt?“ rangierte Venezuela am höchsten mit 38 % Zustimmung, im Vergleich mit 21 % in Argentinien, 20 % in Kolumbien, 15% in Mexiko, 12 % in Brasilien und 10 % in Peru.

Es muss jedoch festgestellt werden, dass das Bild Venezuelas als das eines Landes, in dem der öffentliche Sektor rasch zunehmend eine immer wichtigere wirtschaftliche Rolle spielt, der Realität wirklich nicht entspricht. Privates Großkapital (gleich ob einheimisch oder von ausländischen, hauptsächlich spanischen Banken, kontrolliert) hat bis jetzt von den Regierungsprogrammen sehr profitiert. Laut einer jüngeren Studie von Max Weisbrot und Luis Sandoval, die sehr wohlwollend gegenüber der Chavez Regierung ist, erreichte die Wachstumsrate des privaten Finanzsektors 2004

37,9 %, 2005 34,6 % und 2006 39,2 %, wobei sie im öffentlichen Sektor (alle öffentlichen Sektoren einschließlich) 2004 lediglich 12,5 %, 2005 4,1 % und 2006 2,9 % erreichte.

Im verarbeitenden Sektor, (privat und öffentlich) war die Wachstumsrate 2004 von 21,4 % , 2005 von 9,5% und 2006 von 10,4% in [17]. Große private Banken erfüllen ihre Rolle als Parasiten und Zinseinknehmer, da sie aus sowohl den öffentlichen Institutionen als auch Privatpersonen gewährten Anleihen enormen Profit ziehen. Sie leiten einen Teil der Staatseinnahmen und der Privateinkünfte zu einer unproduktiven Anhäufung von Gewinnen um. Die Produzenten unterstützen sie aber nicht. Wenn Venezuela die zunehmenden sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigen will, dann muss es dem parasitären steinreichen Privatbankensystem ein Ende bereiten und alternative Finanzierungsquellen für die verschiedenen, nicht-kapitalistischen Sektoren der Wirtschaft entwickeln, wie z.B. für kleine Produzenten, für Genossenschaften, für den öffentlichen Sektor usw. Wenn die ergänzten Artikel 112 und 115 angenommen worden wären, wäre es zwar leichter gewesen, die Rolle der großen privaten Banken drastisch einzuschränken. Es ist jedoch möglich, Gesetze zu erlassen, die es dem Land ermöglichen, sich in diese Richtung zu bewegen. Gleichzeitig dürfte die öffentliche Schuld nicht weiterhin erhöht werden [18], weil sie in der Zukunft eine enorme Belastung bedeuten könnte. Die Regierung Venezuelas ist in diesem Punkt nicht ausreichend rigoros und im Verfassungsvorschlag waren keine Mechanismen zur Rechnungsprüfung der Verschuldung vorgesehen. Außerdem, steht laut Artikel 236 der Verfassung, sowohl in der bestehenden als in der zur Wahl stehenden Verfassung dem Staatsoberhaupt zu Unrecht die vollständige Befugnis für die Aushandlung von Staatsanleihen zu, wohingegen es weitaus besser gewesen wäre, die öffentliche Verschuldung der gesetzgebenden Macht zu überlassen.

Seit Ende 2004 hat Hugo Chavez als Einziger unter den Staatsoberhäuptern die Debatte über die Notwendigkeit einer sozialistischen Perspektive im 21. Jahrhundert wieder aufgenommen. Es wird nun Zeit, den Inhalt dieses Projektes zu definieren, damit eine zunehmende Zahl von Bürgern bereit ist, dies als ein Mittel zur Erlangung von

sozialer Gerechtigkeit und zur Beendigung aller Arten der Unterdrückung zu übernehmen.

Die Niederlage des Vorschlages von Hugo Chavez beim Referendum über die Verfassung kann zu einer Gelegenheit genutzt werden, den derzeitigen revolutionären Prozess in Venezuela zu stärken. Sie liefert in der Tat einen machtvollen Anreiz zur Korrektur der Fehler und Mängel des Chavez Regimes. Wird diese Gelegenheit genutzt?

Anmerkungen:

[1] www.fedecamaras.org.ve

[2] Es gibt zwei studentische Massenbewegungen: Die eine, die oben erwähnt wird, und eine andere, die dem jetzigen Prozess positiv gegenüber steht, deren Vertreter allerdings teilweise überzogene Positionen einnehmen und damit die Kreativität und die Spontaneität der Basis lähmen. Zehn Tage vor dem Referendum fanden zwei Studentendemonstrationen statt: Eine für das „NEIN“, mit weniger TeilnehmerInnen als die andere für das „JA“

[3] Die Studentenbewegung, die gegen das Referendum ist, hat Mitte November die Uni-Wahlen in der öffentlichen zentralen Universität Venezuelas gewonnen. Im Gegensatz zu den Führern der rechten Oppositionsparteien betonen sie, dass sie nicht gegen Chavez eingestellt sind.

[4] Die Distanzierung der Partei Podemos gegenüber Chavez wurde an mehreren Punkten im Jahre 2007 deutlich, z.B. in der Frage der Vereinigten Sozialistischen Partei von Venezuela und der Verfassungsreform, [http://es.wikipedia.org/wiki/Movimiento_Podemos_\(Venezuela\)](http://es.wikipedia.org/wiki/Movimiento_Podemos_(Venezuela))

[5] http://es.wikipedia.org/wiki/Ra%C3%BAl_Isa%C3%ADas_Baduel

[6] H. Hernandez "Sectores : laboral, petrolero, urbano e indígena, los grandes ausentes en las urnas para el Referendo" <http://www.aporrea.org/actualidad/a46834.html>

[7] H. Hernandez

[8] Zwei Stimmen waren abzugeben, da die Verfassungsänderungen in zwei Blöcken aufgeteilt waren, Block A und Block B. Es gab 4.404.626 Ja-Stimmen im Block A, also 49,34% und 4.521.494 Nein-Stimmen, also 50,65% (ein Unterschied von knapp 120.000 Stimmen). Im Block B gab es 4.360.014 Ja-Stimmen (48,99%) und

4.539.707 Nein-Stimmen (51,01%), also fast 180.000 Stimmen Unterschied.

[9] Mehrere sehr bekannte venezolanische Intellektuellen, die den bolivarianischen Prozess und Chavez selbst unterstützen, hatten dazu aufgerufen, mit Nein zu stimmen: So z.B. Margarita Lopez Maya und Edgardo Lander. Der Gewerkschaftsführer und Trotzist Orlando Chirinos hatte dazu aufgerufen, eine ungültige Stimme abzugeben, während die meisten trotzkistischen Aktivisten eine aktive Kampagne für das Ja durchführten, u.a. mit ihrer Zeitschrift „Marea clasista y socialista“. Roland Denis, früherer Minister für Planung und Entwicklung und einer der führenden Köpfe der Bewegung des 13. Aprils, hatte mitgeteilt, dass er an der Abstimmung nicht teilnehmen würde.

[10] Nicht vergessen, dass Artikel 72 es den Bürgern ermöglicht, den Präsidenten der Republik oder jeden anderen gewählten Vertreter nach halber Amtszeit (siehe nächsten Punkt) abzurufen.

[11] Die Ja-Kampagne wurde geführt von Commando Zamora, an deren Spitze stand der Vize-Präsident Jorge Rodriguez. <http://comandozamora.com>

[12] www.raulbaduel.blogspot.com

[13] Die vorgeschlagenen Änderungen, wie sie durch Hugo Chavez formuliert und der Nationalversammlung am 15 August 2007 vorgestellt wurden, waren als Buch gedruckt, von dem 370 000 Exemplare kostenlos in ganz Venezuela verteilt wurden. Hugo Chavez , Ahora la batalla es por el SI, Gobierno bolivariano de Venezuela, Caracas, 2007, 255 Seiten

[14] Hugo Chavez hat bei 33 Verfassungsartikeln der Änderungen vorgeschlagen. Die Nationalversammlung schlug schließlich Änderungen bei mehr als zweimal so viel vor, was die Analyse erschwerte, die jede/r WählerIn einzeln zur Meinungsbildung und Entscheidung vor der Abstimmung vorzunehmen hatte.

[15] Siehe die website der PSUV <http://www.militantepsuv.org.ve/>

[16] El Pais, vom 9. November 2007.

[17] Siehe Mark Weisbrot und Luis Sandoval, La Economia Venezolana en tiempos de Chavez, Center for Economic and Policy Research, Washington, 2007, www.cepr.net

[18] Interne und externe öffentliche Verschuldung steigen in 2007.

URL:

<http://www.cadtm.org/spip.php?article2988>

Zum Weiterlesen :

<http://www.venezuela.attac.org/>
<http://www.botschaft-venezuela.de/>
<http://www.netzwerk-venezuela.de/>

Dossier über Venezuela:

<http://www.jungewelt.de/themen/index.php?tcid=4>

www.lunapark21.net



Walden Bellos Ende der Globalisierung

Die These vom Niedergang der neoliberalen Globalisierung ist falsch und schädlich

Die Globalisierung, verkündete Walden Bello auf dem G8-Gegengipfel in Rosstock/Bad Doberan unter großem Beifall des Publikums, sei auf dem Rückzug. Mehr noch, das von der Clinton-Regierung angeschobene Projekt einer von der US-Elite angeführten Weltkoalition "liegt in Scherben", wahlweise: "Die Globalisierung ist auf Grund gelaufen". Und noch mal als Resu-

mée: "Die Globalisierung ist eine verbrauchte Macht."

(Die Gedanken hat Bello erstmals veröffentlicht in Foreign Policy im Focus, www.fpfif.org/fpifxt/3826. Unter dem Titel "Globalisierung auf dem Rückzug" übersetzt in 'Sand im Getriebe', Nr. 58, S. 3)

So verständlich der Applaus von Globalisierungskritikern ist, wenn ihnen das Ableben des ruchlosen Gegners bescheinigt wird, so

wenig hilfreich ist Bellos Abschiedsgesang in Wahrheit für die Bewegung, die für eine andere, eine bessere Welt kämpft. Denn er vermittelt ein falsches Verständnis dessen, was Globalisierung ausmacht, und er fußt auf falschen Tatsachenbehauptungen.

Eine kritische Bewegung, die sich weder über Struktur noch über Dynamik der Globalisierung im Klaren ist, wäre zum Scheitern verurteilt.

I. Bellos falsche Grundthese: "Zu allererst waren die Argumente für die Globalisierung überbewertet. Die Masse der Produktion und Umsätze der meisten TNCs (Transnationale Konzerne – TNK) findet nach wie vor in ihren Herkunftsländern und –regionen statt. Es gibt nur eine Handvoll von globalen Unternehmen, deren Produktion und Umsätze relativ gleichmäßig über Regionen verstreut sind."

1. Bellos Definition von Globalisierung reicht zu kurz

Als wesentliches Kriterium der Globalisierung gibt Bello an, dass die TNK ihre Produktion und Umsätze "relativ gleichmäßig über Regionen verstreut" haben.

Dieser Globalisierungsansatz, der nur die Globalisierung der Produktion berücksichtigt (die Bello darüber hinaus falsch einschätzt, s.w.u.), greift zu kurz. Ein Großteil der Globalisierung, wesentliche Entwicklungslinien geraten völlig aus dem Blick. Kriterien für die Erfassung des Globalisierungsprozesses müssen vielmehr sein:

- 1) Die Internationalisierung von Produktion, Handel und Finanzkapital.
- 2) Die Herausbildung globaler wirtschaftlicher Parameter für das wirtschaftliche Handeln (globale Kriterien für den kostengünstigsten Einsatz von Technologien und betriebswirtschaftlichen Techniken und für die Rendite des eingesetzten Kapitals).
- 3) Die Umformung der Staaten zu nationalen Wettbewerbsstaaten, die staatliche Politik unter dem Gesichtspunkt globaler Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen veranstalten.

Selbst wenn es entgegen der Realität so wäre, dass die Internationalisierung der Produktion sich "auf dem Rückzug" befände, so würden doch die "globalen Sachzwänge", d.h. die sich durch den globalen Wettbewerb bestimmenden Parameter für wirtschaftliches und politisches Handeln der wirtschaftlichen und politischen Eliten ihre Wirkkraft behalten. Dies lässt sich besonders schlagend illustrieren am Beispiel des Finanzkapitals, das offenkundig alles andere als auf dem globalen Rückzug ist (der internationale Durchmarsch des Finanzkapitals

in Gestalt der Hedgefonds war eines der Schwerpunktthemen des G8-Gipfels von Heiligendamm).

Es lässt sich regional dort nieder, wo es die besten Verwertungsbedingungen antrifft, und Unternehmen wie Staaten bemühen sich, diese Bedingungen zu optimieren.

Doch ist auch die Behauptung, die Globalisierung der Produktion ginge zurück, irrig. Zunächst einmal sind auch hier Bellos Kriterien ungenügend. Er spricht davon, dass "die Masse der Produktion und Umsätze nach wie vor in ihren Heimatländern" stattfände "und nicht relativ gleichmäßig" über die Welt-Regionen verstreut sei.

Damit trifft er zweifach am eigentlichen Punkt vorbei. Ohne Frage verfügen fast alle TNK über eine Heimatbasis, wo ein Großteil ihres wirtschaftlichen Gewichts ruht. Es geht nicht darum, dass diese Heimatbasis zu existieren aufgehört hat, sondern dass ein Prozess stattfindet, der kontinuierlich zu einem Anwachsen der Teile von Betriebsvermögen, Beschäftigung und Umsatz führt, die transnational, außerhalb der Grenzen der Heimatbasis generiert werden.

Globalisierung ist ein Prozess, dessen Tendenz erkannt werden muss. Wenn zum Beispiel vor 20 Jahren 55 Prozent der Wirtschaftsaktivitäten und -aktiva von TNK im Inland anzutreffen gewesen wären, und heute wären es nur noch 45 Prozent, dann kann ich zwar sagen, "die Masse" läge immer noch im Inland, habe aber, wenn ich mit diesem Hinweis die Globalisierung für nicht vorhanden oder "verbraucht" abtue, die Natur der Entwicklung völlig verkannt.

Ebenso irrelevant, ja geradezu irreführend für das eigentliche Problem ist auch das zweite Kriterium, mit dessen Hilfe Bello die Globalisierung leugnen oder verschwinden lassen will, nämlich: die Produktion sei "nicht relativ gleichmäßig über Regionen" verstreut. Bei der Internationalisierung der Produktion handelt es sich im Wesentlichen um die Entwicklung globaler Wertschöpfungsketten der TNK, die die einzelnen Segmente ihrer Produktionsketten in den jeweils günstigsten Regionen platzieren. Zugespitzt könnte man sagen, darin liegt gerade der Witz dieser globalen Wertschöpfung, dass die Investitionen und Umsätze zwar transnational, aber nicht gleichmäßig verteilt sind. Die TNK gehen dorthin, wo die Arbeit genügend qualifiziert und genügend billig ist, wo die politischen Bedingungen auch mittel- und nach Möglichkeit langfristig stimmen, wo die Transportwege kostengünstig und sicher sind usw. Sie entscheiden sich im Wettbewerb der Standorte für den jeweils kostengünstigsten und sie entscheiden sich in der Regel übereinstimmend so, weil sie nach den selben Maßstäben vorgehen. Dieses Selektionsverfahren der Standorte führt stets zu "Siegern" und "Verlierern", jedenfalls zu einer ungleichen regionalen Verteilung. Auch die Länder, die bei diesem Standortvergleich "verlieren" und keine ausländischen Investitionen erfahren, sind mit dieser Exklusion in den Prozess der Globalisierung einbezogen. Ihr Schicksal wird durch die globalen Parameter ebenso bestimmt wie das der Länder, die von Ausländischen Direktinvestitionen eingedeckt werden, wie das heute z.B. für China gilt.

2. Die Globalisierung der Produktion ist nicht auf dem Rückzug, sie schreitet voran

2.1 Die Ausländischen Direktinvestitionen steigen stärker als das BIP-Wachstum, die Zahl der Transnationalen Konzerne wächst

Tabelle 1

Weltsozialprodukt in Billionen Dollar und Wachstum in %

1990	2000	2005
22,1	31,7 (+ 43 %)	44,5 (+ 40 %)

UNCTAD, Statistical Handbook 2006/2007, S. 392

Tabelle 2: Gesamtbestand von Ausländischen Direktinvestitionen (inward stocks = Direktinvestitionen aus dem Ausland) in % zum jeweiligen Bruttoinlandsprodukt:

	1990	2000	2005
Welt	8,5 %	18,3 %	22,7 %

UNCTAD, WIR 2006, S. 307 f.-

Tabelle 3: Transnationale Unternehmen und ausländische Tochterfirmen

Jahr	Muttergesellschaft	Auslandstöchter
1990	37.000	170.000
1995	44.000	280.000
2005	77.000	770.000

UNCTAD, WIR 2006, Overview

Bellos Behauptung, auf dem Sektor der Produktion sei die Globalisierung zum Erliegen gekommen, ja rückläufig, hält den Fakten nicht stand. Das Weltsozialprodukt ist von 1990 auf 2005 um insgesamt 101 % gestiegen, hat sich also mehr als verdoppelt. (Tabelle 1) Im selben Zeitraum hat sich der

Anteil des Bestands der Ausländischen Direktinvestitionen an diesem kräftig gewachsenen BIP von 8,5 % auf 22,5 % erhöht. Die wachsende Weltwirtschaft wird wesentlich getrieben von noch weit schneller wachsendem ausländischem, d.h. transnationalem Produktionskapital.

Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der wachsenden Zahl transnationaler Unternehmen wider. Sie haben sich in den 15 Jahren von 1990 bis 2005 mehr als verdoppelt. (Tabelle 3)

2.2 Die größten 100 Konzerne der Welt generieren über die Hälfte an Umsätzen, Belegschaften und Betriebsvermögen im Ausland und sie erhöhen diese Anteile ständig weiter

Tabelle 4

Transnationalitätsindex der Top 100

Region	1990	2003	2004	Anzahl
Top 100	51,1	55,8	56,8	100
Davon aus:				
USA		45,8	48,2	25
Frankreich		59,5	62,3	15
Deutschland		49,0	52,2	13
Großbrit.		69,2	70,5	11
Japan		42,8	52,2	9

Quelle: UNCTAD: World Investment Report (WIR) 2006, Table I.16., S. 33

Schon ein Blick auf die 100 größten Konzerne der Welt erweist Bellos Ansicht, dass es "nur eine Handvoll" wirklich globaler Unternehmen gäbe, als irrig. Aus den Anteilen von Auslandsvermögen, -umsatz und -beschäftigten an den entsprechenden Gesamtdaten der Konzerne errechnet die UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development – Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung) den so genannten Transnationali-

täts-index (TNI) der Unternehmen. Liegt dieser über 50 %, hat das Unternehmen den größeren Teil seiner Aktivitäten und seiner Aktiva außerhalb des "Mutterlandes".

Die Tabelle beweist, dass beide Grundannahmen Bellos falsch sind. Erstens wurde die Globalisierung keineswegs "zu allererst überbewertet". Der TNI der Top 100, der strukturbestimmenden Unternehmen der Weltwirtschaft, lag schon in den Neunziger Jahren über 50 %. Zweitens ist der Index keineswegs dabei, zurückzugehen oder auch nur zu stagnieren; im Gegenteil, er wächst ständig an, sowohl bei den Konzernen der Länder, die wie Frankreich und Großbritannien bereits über eine hohe Transnationalisierung verfügen, wie bei den bislang weniger transnationalen. Die größten japanischen Konzerne haben ihren TNI von 2003 auf 2004 um fast ein Viertel erhöht und liegen jetzt klar über 50 %. Die einzige Region, die ein knappes Übergewicht im eigenen Land

zu verzeichnen hat, sind die USA mit ihrem riesigen Binnenmarkt, doch auch sie erhöhen ihren TNI Jahr für Jahr.

Abgerundet wird dieser Befund einer auf hohem Niveau fortschreitenden Transnationalisierung durch die Tatsache, dass auch die 100 größten Konzerne aus den Entwicklungsländern bereits 2004 einen TNI von 50,7 % aufwiesen. (WIR 2006, S. 33)

Die größten deutschen Konzerne liegen ebenfalls klar über 50 % und intensivieren ihre Transnationalisierung so zügig, dass eine deutsche Zeitung ihre Tabelle über die Anteile ausländischer Aktionäre, der ausländischen Umsätze und der Mitarbeiter im Ausland bei den 30 DAX-Unternehmen mit dem Titel versah: "Adieu Deutschland – Der DAX haut ab". Nur noch drei dieser 30 Unternehmen haben im Inland höhere Umsätze als im Ausland. (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 14.1.2007)

Der "Knick" durch die Wirtschaftskrise 2000 – 2002

Tabelle 5

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Weltsozialprodukt (Mrd. \$)	31.895	31.900	32.227	40.671	44.674	
Auslandsinvestitionen (Mrd. \$)	1.271	735	651	710	916	1230
Gesamtbestand von ADI (Mrd. \$)	5.976	6.582	6.866	9.732	10.672	
Umsatz der Auslandstöchter (Mrd. \$)	15.680	18.517	17.685	18.677	22.171	
Export der Auslandstöchter (Mrd. \$)	3.572	2.600	2.613	3.690	4.214	
Bruttosozialprodukt der Ausl.t. (Mrd \$)	3.167	3.495	3.437	4.283	4.517	
Beschäftigte in den Ausl.t. (in Mio.)	45,587	53,581	53,094	57,394	62,095	

Quelle: UNCTAD, WIR 2001– 2006, press release UNCTAD/PRESS/PR/2007/001. Vgl. Leo Mayer, "Transnationale Konzerne" Manuskript. Erscheint in Stefan Frank (Hg.), What's New, Economy? – Die Transformation der Weltwirtschaft. Hamburg 2007

Die Weltwirtschaftskrise 2000 – 2002, ausgelöst durch das Platzen der New Economy-Blase, hat den Prozess der Globalisie-

rung verlangsamt, aber keineswegs aufgehoben oder gar umgekehrt. Die Stagnation der Weltwirtschaft führte zunächst zu

einem deutlichen Rückgang (des Zuwachses) der Ausländischen Direktinvestitionen und des Exportes der Auslandstöchter der

TNK. Die Unternehmen hatten weniger liquide Mittel zur internationalen Expansion und der enger gewordene Weltmarkt drückte die Exportchancen der Auslandsfilialen. Ein genauerer Blick auf die Auslandsinvestitionen zeigt indes, dass auch auf der Investitionsebene selbst in dieser Krisenzeit der Globalisierungsprozess fortschritt. Denn im Jahr 2000 entfielen 90 % der Auslandsinvestitionen auf so genannte "Mergers & Acquisitions", also auf Firmenaufkäufe. Die wurden in den beiden Krisenjahren 2001 und 2002 heruntergefahren, während die Investitionen innerhalb der schon vorhandenen globalen Wertschöpfungsketten der Unternehmen bzw. zu deren Ausdehnung weiter erhöht wurden. Sie waren 2002

mit 281 Milliarden Dollar weit mehr als doppelt so hoch wie 2000 (127 Mrd. \$). Dementsprechend wuchs auch in den Jahren der Krise der Gesamtbestand von ADI um 15 %, ihr Anteil am Weltsozialprodukt erhöhte sich von 18,7 % (2000) auf 21,3 % (2002). Die Umsätze der Auslandstöchter stiegen in dieser Phase um 13 %, die Anzahl der Beschäftigten um 10,7 %. Der Anteil des Bruttosozialprodukts der Auslandstöchter am Weltsozialprodukt stieg von 9,9 % (2000) auf 10,7 % (2002).

Mit dem Überwinden der Krise zeigen alle Transnationalisierungsdaten wieder scharf nach oben. Die Auslandsinvestitionen erreichten 2006 wieder die Ebene der Rekorde

von 2000. Der Gesamtbestand der ADI im Verhältnis zum Weltsozialprodukt erreicht 2005 die historische Rekordmarke von 23,9%.

Die Lehren aus der Entwicklung von 2000 auf 2006 sind:

- a) Das Tempo des Globalisierungsprozesses hängt ab von der Konjunktur der Weltwirtschaft. In Krisen- und Stagnationszeiten gehen vor allem die Auslandsinvestitionen und der Export der Auslandsfilialen zurück.
- b) Doch auch in der Krise schreitet der Prozess der Globalisierung weiter voran, wenn auch langsamer. Mit dem Anspringen der Weltkonjunktur beschleunigt sich die Globalisierung wieder.

3. Der Außenhandel, der globale Markt, wächst weit schneller als die Wirtschaft allgemein

Tabelle 6: Jährliches Wachstum der Exporte plus Importe in %

Region	1990–2000	2000 – 2005	2005 – 2006
Welt	6,8 %	11,3 %	14,8 %
Industrieländer	5,9 %	9,4 %	12,6 %
Entwicklungsländer	9,0 %	14,1 %	17,6 %
Schwellenländer	6,7 %	19,9 %	22,8 %

Quelle: UNCTAD, *Handbook of Statistics 2006-07*, S. 26 ff.

Tabelle 7
Jährliches Wachstum des BIP in %

Region	1990 – 2000	2000 – 2005	2004 – 2005
Welt	2,8 %	2,9 %	3,4 %
Industrieländer	2,5 %	2,0 %	2,5 %
Entwicklungsländer	4,9 %	5,2 %	6,3 %
Schwellenländer	4,5 %	6,2 %	6,2 %

Quelle: s.o., S. 402

Bello hält dafür, die Dynamik der nationalen Volkswirtschaften sei im Wesentlichen schon immer und nun immer mehr durch Binnenfaktoren bestimmt.

Dies widerlegen schon die w.o. genannten Daten über die wachsende Bedeutung der TNK und der ADI. Sie zeigen, dass die Globalisierung der Produktion beträchtlich ist und weiter zunimmt.

Was für die Produktion gilt, ist auch gültig für die Märkte, für den Handel.

Gegenüber den Binnenmärkten gewinnt der "globale Markt" zunehmend an Bedeutung. Dies zeigt sich am wachsenden Anteil der Exporte und Importe am BIP der nationalen Volkswirtschaften.

Die Volkswirtschaften der Welt wie der einzelnen Regionen stützen sich in wachsendem Maß auf den globalen Markt.

Die Wachstumsraten liegen weit über denen der Bruttoinlandsprodukte (BIP).

Die Kluft zwischen Binnenmarkt und Außenöffnung der Volkswirtschaften wird immer größer. Weltweit übertraf 2000 bis 2005 der Anstieg der "Exporte und Importe" das BIP-Wachstum um fast das Vierfache. In den Industrieländern haben Exporte und Importe von 2004 auf 2005 jährlich um 12,6 % zugenommen, während das allgemeine Wirtschaftswachstum bei rund 3 % lag.

Die Schwellenländer haben die schnellsten Zuwachsraten beim internationalen Handel aufzuweisen.

China (das in der UNCTAD-Statistik unter Entwicklungsländern geführt wird) bringt es auf ein jährliches Wirtschaftswachstum von 10 %, doch sein Außenhandel stellt diese gewaltige Rate noch weit in den Schatten. Die Exporte und Importe Chinas sind von 2000 bis 2005 im Jahresdurchschnitt um 26,7 % gestiegen.

4. Das Ziel muss bleiben: "Säule Nr. 1" des Neoliberalismus einreißen: Freihandel und freie Zirkulation des Kapitals

Attac Frankreich hat im "Manifest 2007 – Die sieben Säulen des Neoliberalismus einreißen" zu Recht als erste Säule den "Freihandel und die freie Zirkulation des Kapitals" herausgestellt. (Siehe 'Sand im Getriebe' Nr. 58, S. 28 – 31). Dem globalen Kapitalismus geht zum einen um "die Öffnung aller Handelsgrenzen durch den schrittweisen Wegfall der Zölle, der nichttarifären Handelshindernisse und der quantitativen Schwächen des Austauschs von Gütern und Dienstleistungen, ungeachtet jeglicher sozialer, ökologischer und menschenrechtlicher Überlegungen". Zum anderen strebt er die möglichst

ren strebt er die möglichst vollkommene Mobilität des Kapitals an, um globale Wertschöpfungsketten zu knüpfen, wo auf den einzelnen Stufen die jeweils niedrigsten Kosten von Nationen und Regionen ausgenutzt werden, die mithilfe von Senkungen der Sozial-, Arbeits- und Umweltstandards um das global mobile Kapital konkurrieren. Hätte Bello mit seiner These vom Rückzug der neoliberalen Globalisierung recht, dann würde diese "erste Säule" des Neoliberalismus von innen her erodieren und in sich zusammenfallen. Tatsächlich aber weist die innere Dynamik des neoliberalen Kapitals,

sowohl was die Kapitalbildung wie den Handel angeht, immer stärker in Richtung weitere Transnationalisierung. Wenn man bedenkt, dass täglich fast 2 Billionen Dollar auf den weltweiten Devisenmärkten kreisen, um sich möglichst rentabel niederzulassen (nicht einmal 2 % werden zur Bedienung des Warenverkehrs benötigt), dann wird die Dimension dessen deutlich, was Bello fälschlicherweise auf dem Rückzug wähnt. Es bleibt aber dabei: Die globalisierungskritische Bewegung muss all ihre Kraft aufbieten, um, wie Attac Frankreich formuliert, diese Säule einzureißen.

II. Bellos Irrtum Nr. 2: Das Projekt einer Weltkoalition des globalen Kapitals liegt in Scherben. Heute konkurrieren nationalistisch geprägte Staaten scharf miteinander, wobei sie die Wirtschaft der jeweils anderen auszuplündern trachten.

Bello verwechselt unilaterale US-Hegemonie mit Zerfall in nationalistische Konkurrenz

Unter der Bush-Regierung, meint Bello, habe die "nationalistische die transnationale Fraktion der Wirtschaftselite überstimmt" und somit der Strategie der Globalisierung ein Ende bereitet. Nun werde die Lage dadurch gekennzeichnet, dass "nationalistisch geprägte Staaten scharf miteinander (konkurrieren), wobei sie die Wirtschaft der jeweils anderen auszuplündern trachten".

Bello verwechselt hier den Umstand, dass Bush das multilaterale Vorgehen Clintons durch eine Politik der unumschränkten US-Hegemonie (Unilateralismus) abgelöst hatte, mit einem Rückfall der USA und der anderen internationalen Akteure in "Nationalismus". Tatsächlich war die politische und wirtschaftliche Elite hinter und um Bush keineswegs "nationalistisch", sondern betont transnational, nur wollte sie die Globalisierung vollends unter das Diktat der USA stellen und die Juniorpartner aus Europa und Japan an die Kandarre legen.

Die Personen, die Bush in seine Regierung holte, stammten ganz überwiegend aus den Bereichen Öl, Rüstung und Auto. (Vgl. Conrad Schuhler, *Unter Brüdern*. Köln 2003, S. 17ff.) Bush selbst war, wenn auch

nicht sehr erfolgreich, Ölunternehmer gewesen, sein Vize Cheney Chef von Halliburton, des weltgrößten Zulieferers der Ölindustrie, seine Sicherheitsberaterin und spätere Außenministerin Rice Vorstandsmitglied des Erdölkonzerns Chevron. Nicht weniger als 32 Regierungsposten besetzte Bush mit Vertretern der Rüstungsindustrie. Diese Spezialisten und die hinter ihnen stehenden Wirtschaftskräfte wollten sich keineswegs mehr auf den Binnenmarkt konzentrieren, sondern sie waren an schnellen Fortschritten der neoliberalen Globalisierung interessiert, im Zweifel auch mit Waffengewalt. Der Öl-Mann Cheney gab das Motto vor: "Der Liebe Gott hielt es nicht für angebracht, Erdöl und Erdgas nur dort hinzutun, wo es demokratisch gewählt, den USA freundlich gesinnte Regierungen gibt. Gelegentlich müssen wir in Gegenden operieren, wohin man bei Lichte besehen normalerweise nicht freiwillig gehen würde. Aber wir gehen dorthin, wo es Geschäfte zu machen gibt." (Eliot Weinberger, *New York, Schrei ohne Ton*. Lettre International, Frühjahr 2003, S. 59).

Die "Nationale Sicherheitstrategie" der Regierung Bush erhob die globale Ausbreitung des freien Unternehmertums, die unumschränkte Investitionsfreiheit, die Sicherung der Energiequellen und -transportwege zu den wesentlichen Kriterien ihrer Militär- und ihrer allgemeinen Außen- und Außenwirtschaftspolitik. Sie war in diesem Sinn transnationaler als alle ihre Vorgänger. Und sie vertrat damit nicht nur Interessen des US-, sondern solche des globalen Kapitalismus, der auf eine Zurichtung der Welt nach seinem Bild aus war. Die USA waren insofern "Gesamtdienstleister" des globalen Kapitalismus. Bellos Unterstellung, dass der US-Unilateralismus dazu geführt habe, dass die Unterschiede und Gegensätze zwischen den Industriestaaten nun gegenüber dem gemeinsamen Interesse an der Unterwerfung des Globus unter neoliberale Prinzipien überwiegen würden, ist falsch. Sowohl die gemeinsamen Kriege wie die wieder mehr multilateralen Initiativen etwa der G8 belegen die anhaltende und intensiviertere Kooperation.

Rohstoffimperialismus und Energiekriege des globalen Kapitals

Beispielhaft demonstriert die Entwicklung der Sicherheitsstrategien und der militärischen Aktionen und Kriege der letzten Jahre, dass die Interessen aller Industriestaaten auf die noch stärkere Kontrolle des globalen Ausbeutungsraumes zielen, dass die USA hier als "Zugpferd" des globalen Kapitalismus fungieren und dass die militärischen Anstrengungen von EU und Deutschland komplementär zu denen der USA ablaufen, keinesfalls konträr und schon gar nicht, wie Bello sagt, in scharfer nationalistischer Konkurrenz.

Noch zur Clinton-Zeit wurde 1999 eine neue Nato-Strategie beschlossen, worin die militärische Funktion der Nato um den "Auftrag zur Krisenbewältigung" erweitert wurde. Ein solcher Krisenfall ist auch gegeben, wenn "Risiken umfassenderer Natur

berührt werden, eingeschlossen Akte des Terrorismus, der Sabotage und des organisierten Verbrechens sowie zur Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Güter." Deutschland stimmte als Nato-Mitglied dieser Deklaration eines bedenkenlosen Rohstoffimperialismus zu. In der Nationalen Sicherheitsstrategie von 2002 präzisiert Bush die Doktrin hinsichtlich Öl und Naher Osten: "Falls erforderlich, werden wir diese Interessen auch mit militärischer Gewalt verfolgen."

Die EU zieht 2003 in ihrer Europäischen Sicherheitsstrategie nach. Weltweit und vorbeugend müsse man bei Gefahr im Verzug eingreifen, besonders auch bei der Energiefrage, denn: "Die Energieabhängigkeit gibt Europa in besonderem Maß Anlass zur Besorgnis." Folgerichtig heißt es im

Weißbuch der Bundeswehr 2006: "Von strategischer Bedeutung für die Zukunft Deutschlands und Europas ist eine sichere, nachhaltige und wettbewerbsfähige Energieversorgung ... Energiefragen werden künftig für die globale Sicherheit eine immer wichtigere Rolle spielen."

Der Sicherheitsbegriff erfährt sowohl in den USA und der Nato wie in Deutschland und der EU eine vollkommen neue Deutung. Es geht nicht mehr um Verteidigung, sondern alles dreht sich um die militärische Durchsetzung ökonomischer Interessen unter besonderer Berücksichtigung von Rohstoffen, speziell der Energieträger. Die Armeen aller Länder werden umgestellt auf globale, brennpunktbezogene Eingreiftruppen, die in der Regel unter Führung der US-Armee operieren.

US Central Command: USA haben das Oberkommando über die Truppen der Industrieländer

Die US Army hat die Welt in fünf regionale Militärkommandos aufgeteilt. Das größte, das Central Command (Centcom) ist für 26 Länder "verantwortlich", von Zentralasien über Südasien, die Arabische Halbinsel, Irak, Rotes Meer bis hin zum Horn von Afrika und dem östlichen Teil Afrikas. In diesem Gebiet liegen über 70 % der Ölreserven der Erde. Centcom führt die aktuellen Kriege/Militäraktionen im Irak, in Af-

ghanistan, im Libanon und am Horn von Afrika. In dreien dieser Kriege ist auch die Bundeswehr involviert und sie "berichtet" an das US Centcom. Überhaupt decken sich die meisten der 11 derzeitigen Auslandseinsätze der Bundeswehr mit dem Einsatzgebiet der Centcom. Die Einsätze auf dem Balkan werden von der Nato koordiniert. Die Operationen in Zentralafrika (Kongo) werden ab dem nächsten Jahr wahrschein-

lich an Africom "berichten", dem neuen, sechsten Militärkommando der US Army. Offensichtlich wird, dass die Industriestaaten neben der zivilen "Global Governance" längst ein globales Militärsystem installiert haben, in dem die regionalen und nationalen Truppen unter dem Oberkommando der USA zusammengefügt werden.

Bellos Irrtum Nr. 3: Er überzeichnet das Versagen von "Global Governance", er übersieht das Wichtigste: die "globalen Sachzwänge", regieren, auch wenn die Institutionen schlechter funktionieren

"Global Governance" hat Sand im Getriebe, aber es funktioniert noch

Für Walden Bello ist der Patient eigentlich schon eher tot: Der IWF (Internationaler Währungsfonds) "ist praktisch außer Funktion". Die Weltbank leidet unter einem fundamentalen "Legitimationsmangel". Die WTO (Welthandelsorganisation) steht vor dem "Kollaps". Die G8 ist "nur noch ein hohles Gerippe", ihr Treffen in Heiligendamm nichts weiter als eine "Quasselbude". So richtig und wichtig es ist, auf die wachsenden Funktionsprobleme von Global Governance hinzuweisen, so kontraproduktiv ist der Versuch, das Bild eines bald bevorstehenden Zusammenbruchs des globalen Regulierungssystems an die Wand zu malen. Gerade die Ergebnisse der "Quasselbude" G8 zeigen, dass man nicht davon ausgehen darf, dass sich die nationalstaatlichen Akteure in der jetzigen Globalisierungsphase gewissermaßen selbst lähmen, sondern dass sie nach wie vor zügellos die Welt unter sich aufteilen. Dies gilt auch für den Komplex "Klimakatastrophe". Man will "ernsthaft in Erwägung ziehen", heißt es im offiziellen Abschlussdokument des G8-Gipfels, bis 2050 die globalen CO₂-Emissionen zu halbieren. Man hat also nichts entschieden, und darum war es dem

Energie-Öl-Rüstung-Auto-Bau-Logistik-Komplex gegangen, der sowohl in den USA wie in allen anderen Industrieländern struktur- und politikbestimmend ist. Dass die G8-Länder in ihrer angeblichen Zerrissenheit zu diesem Nicht-Ergebnis im Interesse der entscheidenden wirtschaftlichen Mächte kamen, ist in Wahrheit ein fundamentales Ergebnis. Gleichzeitig wird im Dokument zum Klimawandel das "Abkoppeln des Wirtschaftswachstums vom Energieverbrauch" propagiert. Dies heißt, das Wirtschaftswachstum und die entsprechende Lebensweise werden als unantastbare Größen festgeschrieben, der Energieverbrauch ist die Variable, die man durch Energieeffizienz und bessere Schutztechnologien verändern will. Dies ist eine programmatische Festlegung mit weit reichenden Folgen, zu denen auch die Favorisierung der Kernenergie gehört.

Ähnlich präzise geht die G8 zum Thema Afrika vor, zu dem sie ein 26-seitiges Papier "Wachstum und Verantwortung in Afrika" beschlossen hat, das einen fast lückenlosen Plan zur vollkommenen Neoliberalisierung Afrikas unter der Ägide der G8 darstellt. Das ebenfalls beschlossene Programm

"Wachstum und Verantwortung in der Weltwirtschaft" umfasst 46 Seiten und hat u.a. die Rückführung des Defizits in der US-Zahlungsbilanz zum Inhalt. Bello missversteht die Politik des schwachen Dollars als einen eigensüchtigen Trick der USA, um die eigene Wirtschaft auf Kosten Europas und Japans zu fördern. Ein allmählicher Abbau der US-Defizite ist jedoch das ausgemachte Ziel aller G8-Staaten, um eine explosionsartige Krise bei einem rapiden Sturz des Dollarkurses zu vermeiden.

Der gemeinsame Gestaltungswille der G8 (in vielem ist die Gruppe eine G7, da Russland weithin eine andere Interessenlage als die anderen hat) zeigt sich nicht zuletzt im Umgang mit den Schwellenländern, die als Kraft ausgemacht werden, ohne die in Zukunft keine weltweite Regulierung stattfinden kann. In einer gemeinsamen Erklärung mit den "Outreach-Staaten" Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika wurde der so genannte "Heiligendamm-Prozess" eingeleitet, der diese Länder in das System des globalen Kapitalismus fest einbinden soll. Ausdrücklich wird die "Förderung grenzüberschreitender Investitionen zu unserem gegenseitigen Nutzen" festgeschrieben.

Globalisierung wird getrieben von den "globalen Sachzwängen"

Multi- und binationale Verträge und Einrichtungen sind bedeutsam für die Weiterentwicklung der Globalisierung, doch entscheidend ist das Fundament, worauf sie errichtet werden. Dieses Fundament besteht vor allem aus dem ungehemmten Freihandel und dem ungehinderten Kapitalverkehr, wie sie in der WTO und in zahlreichen internationalen Verträgen – z.B. den EU-Verträgen – festgelegt sind. Zu den bitteren Konsequenzen gehört die Pervertierung der Natio-

nen zu nationalen Wettbewerbsstaaten, die um die Gunst des globalen Kapitals kämpfen müssen, sonst würden sie zu Investitionswüsten und wirtschaftlichen und sozialen Abbruchunternehmen. Neoliberalismus und Volkssouveränität und Demokratie schließen einander aus.

So lange nationale Regierungen und Gesellschaften sich gefesselt sehen an neoliberale Vorgaben wie Privatisierung, Senkung der Unternehmenssteuern, Senkung der Ar-

beitskosten und sozialen Leistungen, hohe und wachsende Renditen des Kapitaleinsatzes, militärische Aktionen zur Sicherung der Rohstoffe, Weltmärkte und globalen Transportwege – so lange marschiert die Globalisierung. Man muss sie mit organisierter Gegenmacht stoppen, auf ihr stilles Ableben zu hoffen, ist unrealistisch und schädlich.

Quelle: Institut für Sozial-ökologische Wirtschaftsforschung. <http://www.isw-muenchen.de/download/bello-cs.pdf>

Attac Deutschland

Nokia: Krokodilstränen helfen nicht gegen Raubtierkapitalismus

Frankfurt am Main 21.01.2008

Die Entscheidung des Nokia-Vorstandes, das Werk in Bochum zu schließen, zeigt nach Ansicht des globalisierungskritischen Netzwerkes Attac, wie im entfesselten Kapitalismus soziale Belange unter die Räder kommen. Die empörten Reaktionen vieler Politiker seien daher heuchlerisch. *"Diejenigen, die den Raubtierkapitalismus gegen alle Widerstände befreit haben, weinen jetzt Krokodilstränen über seine Untaten"*, sagte Stephan Schilling vom Attac-Koordinierungskreis. Attac fordert die Bundesregierung und die Abgeordneten auf, **endlich eine Politik zu beginnen, die mit der Logik des Standortwettbewerbs bricht und dem Finanzmarktkapitalismus soziale Schranken setzt.**

"Die geplante Werksverlagerung hat nichts mit

unternehmerischem Handeln, Innovation oder Regionalentwicklung zu tun, es geht nur um die Interessen der Shareholder, für die eine Kapitalrendite von mehr als 30 Prozent nicht reicht", betonte Stephan Schilling.

Attac fordert soziale Mindeststandards und eine einheitliche Besteuerung von Kapital und Unternehmen in der Europäischen Union. *"Die Beschäftigten dürfen nicht länger gegeneinander ausgespielt werden, der Wettlauf nach unten - das Race to the Bottom - muss endlich gestoppt werden"*, sagte Sabine Zimpel, Mitglied der Attac-Gruppe Essen und des bundesweiten Koordinierungskreises. Dringend notwendig sei ein Regulierungsgesetz für Finanzmärkte, das die Bewegungsfreiheit von Kapital einschränkt. *"Kapital braucht Kontrolle. Die Rechte der Arbeitnehmerinnen und*

Arbeitnehmer bei Standortverlagerungen müssen gestärkt werden", so die Globalisierungskritikerin. Attac fordert zudem, Schluss zu machen mit einer Subventionspraxis, die es den transnationalen Konzernen ermöglicht, einzelne Länder gegeneinander auszuspielen. *"Für Bildung und Soziales fehlt das Geld, aber reiche Konzerne werden vom armen Staat gefüttert"*, kritisierte Sabine Zimpel. Nokia müsse die Subventionen selbstverständlich zurückzahlen. Betriebsverlagerungen dürften nicht auch noch mit Steuern gefördert werden. Attac unterstützt die von der drohenden Werkschließung betroffenen Menschen im Ruhrgebiet und wird Druck machen auf das Nokia-Management und die Politik.

[Protestbriefe an Nokia und mehr: www.attac.de/nokia](http://www.attac.de/nokia)

Debatte u.a. über Nokia: <http://www.labournet.de/diskussion/wipo/allg/index.html>

Wer fehlte bei den Klimagesprächen in Bali?

DIE GERECHTIGKEIT!

Presseerklärung des Bündnisses „Klimagerechtigkeit Jetzt!, BALI (INDONESIEN), 14 Dezember 2007

Während des UN-Klimagipfels auf Bali waren es Menschen von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen aus der ganzen Welt, die den Kampf für soziale, ökologische und geschlechterorientierte Gerechtigkeit in die Verhandlungssäle und Straßen brachten. [1]

Innerhalb und außerhalb des Tagungsgebäudes forderten AktivistInnen alternative Politiken und Praktiken, um Existenzgrundlagen und Umwelt zu schützen.

In zahlreichen Parallelveranstaltungen, Berichten, Spontanprotesten und Pressekonferenzen wurden die falschen Strategien, den Klimawandel in den Griff zu bekommen, aufgezeigt. Dazu gehören: Emissionshandel, Handel mit Waldflächen als Treibhaus-Senken, Agrartreibstoffe, Handelsliberalisierungen und Privatisierungen, wie sie von Regierungen, Finanzinstitutionen und internationalen Konzernen vorangetrieben werden.

VertreterInnen von betroffenen Gemeinschaften und indigenen Völkern, von Frauen und KleinbäuerInnen, forderten echte Auswege aus der Klimakrise. Zu diesen Forderungen, die die Ohren der politischen Spitzenvertreter allerdings nicht erreicht haben, gehören:

- ein Zurückschrauben des **Verbrauchs**;
- substantielle **Finanztransfers** von Norden nach Süden, die der historische Verantwortung und den angehäuften ökologischen Schulden gerecht werden, finanziert aus umzustrukturierenden Militärbudgets, durch innovative Steuern und Schuldenerlässe, für Maßnahmen der Anpassung und Schadensbegrenzung in den Ländern des Südens.
- Verbleib der fossilen Rohstoffe im Boden und dafür **Investitionen** in **Energieeffizienz** sowie sichere, saubere, erneuerbare, von den NutzerInnen mitentwickelte Energieformen;
- der an der Gemeinschaft ausgerichtete Erhalt der Ressourcen, um die **Landrechte** der indigenen Völker durchzusetzen und die **Selbstbestimmungsrecht** der Völker über Energie, Wälder, Land und Wasser zu fördern;
- nachhaltige kleinbäuerliche Landwirtschaften und **Ernährungssouveränität** der Völker.

Bei den Verhandlungen haben die reichen Industriestaaten die Regierungen des Südens mit unzulässigem Druck dazu gebracht, niedrigeren Emissionen zuzustimmen. Gleichzeitig haben sich erstere geweigert, ihrer rechtlichen und moralischen Verpflichtung nachzukommen; also Emissionen radikal zu senken und die Länder des Südens dabei zu unterstützen, ihre Emissionen verringern und sich an die Folgen des Klimawandels anpassen zu können. Wieder einmal zahlt eine Mehrheit für die Exzesse einer Minderheit.

In Anbetracht der offiziellen Verhandlungsergebnisse liegt der größte Erfolg von Bali darin, einer **facettenreichen globalen Bewegung für Klimagerechtigkeit** mehr Rückenwind verschafft zu haben.

Klimagerechtigkeit – JETZT!

Dafür werden wir weiter kämpfen, bei Verhandlungen, vor Ort und in den Straßen!

[1] In Bali haben zahlreiche zivilgesellschaftliche Bewegungen und Gruppierungen beschlossen, das Bündnis „Klimagerechtigkeit Jetzt!“ zu gründen, um Informationsaustausch und Zusammenarbeit untereinander und mit dritten zu fördern, mit dem Ziel den Wirkungsgrad von Aktionen zu verstärken und auf den Klimawandel zu reagieren und ihn abzuwenden. **In der Auseinandersetzung mit dem Klimawandel muss Gerechtigkeit immer der zentrale, verbindende Wert bleiben.**

Bündnis-PartnerInnen: Biofuelwatch; Carbon Trade Watch, Transnational Institute; Center for Environmental Concerns; Focus on the Global South; Freedom from Debt Coalition, Philippines; Friends of the Earth International; Gendercc - Women for Climate Justice, Global Forest Coalition; Global Justice Ecology Project; International Forum on Globalization; Kalikasan-Peoples Network for the Environment (Kalikasan-PNE); La Via Campesina; Members of the Durban Group for Climate Justice; Oilwatch; Pacific Indigenous Peoples Environment Coalition, Aotearoa/New Zealand; Sustainable Energy and Economy Network; The Indigenous Environmental Network; Third World Network; WALHI/ Friends of the Earth Indonesia; World Rainforest Movement

Focus on the Global South

Bali: nicht den Konzernen das Feld zu überlassen.

WÄHREND der jüngsten UNO-Konferenz über den Klimawandel, leuchtete das Kernthema „Gerechtigkeit“ auf:

Wer ist historisch verantwortlich für die Treibhausgas-Emissionen und wer zahlt den Preis dafür. Ebenso die entscheidende Frage, **wie man das Leben vieler hunderter Millionen Menschen auf der Südhälfte der Erde verbessern kann**, deren ökologischer Lebensraum ständig kleiner wird.

Jede zukünftige Klimapolitik, die diesen Namen verdient, hat sich an dieser Gerechtigkeitsforderung zu orientieren. Alles, was darunter bleibt, ist inakzeptabel. Allerdings wird das noch von wenigen anerkannt. Im Gegensatz zu allen technischen Reparaturversuchen und der Hoffnung auf die Marktmechanismen, die als „Win-win-win“ Lösungen angeboten werden, wird eine neue faire Klima-Politik notwendig sein, mit der die reichen Länder

tiefe Einschnitte in ihre Treibhausgas-Emissionen vornehmen und das sehr bald. Diese Länder werden auch namhafte finanzielle und technische Beiträge an die Länder des Südens als Ausgleich und zur Unterstützung von Modernisierungen leisten müssen. Ebenso werden sie jenen helfen müssen, die schon vor Klima-bedingten Ereignissen fliehen mussten.

Die Weigerung der reichen Länder – insbesondere der USA – sich dazu zu verpflichten, ist eine Schande. Die meisten Analysten stimmen darin überein, dass die USA diese ihre Position kaum vor den Präsidentenwahlen im Jahr 2008 aufgeben werden. Aber wenn die Äußerungen von **John Kerry**, dem Präsidentschafts-Kandidaten von 2004, bei seiner Pressekonferenz auf Bali irgendeinen Schluss auf die Ideen der Demokratischen Partei zulassen, dann gibt es wenig Grund zum

Optimismus. In seiner 30-minütigen Rede, exklusiv für die US-Medien, sprach er von der Notwendigkeit „globaler Lösungen“. Dies gleicht haargenau der Argumentation der Bush-Delegation während der gesamten Konferenz auf Bali. Das bedeutet mit anderen Worten: „Wir werden uns nicht bewegen, bevor sich China bewegt.“. Kerry lehnte jede Pro-Kopf Regelung vehement ab. Er favorisierte stattdessen ein Emissions-Handels-System, von dem er sagte, es mache den „Markt berechenbar“.

Die Groß-Konzerne sind im Zentrum der Zukunfts-Visionen von Kerry. Er erzählte mit Begeisterung von den 27 Gesellschaften aus dem Kreis der Fortune 500 – darunter Dupont, Dow und BP. Sie seien bereit, „die Herausforderungen des Klimawandels anzunehmen“ (D. h. Vom „Klimawandel zu profitieren“). Er erwähnte auch eine Konferenz von 150 Gesell-

schaften im Clarence House (dem Wohnsitz von Prinz Charles), wo alle fröhlich darin übereinstimmten, dass man mit einer „Grünen Ökonomie“ Geld machen könne. Tatsächlich schien Kerry so begeistert von der entscheidenden Rolle der Konzerne bei der Lösung der Probleme, dass ich den schlimmen Verdacht nicht los wurde, die USA wollen die Verhandlungen hinauszögern, einfach um den US-amerikanischen Konzernen Zeit zu verschaffen, sich in eine Position zu bringen, aus der sie später ihre Profite maximieren können. (In der Zwischenzeit machen die großen Öl- und

Kohlekonzerne das große Geld, indem sie die Gipfel der Berge absprennen und die ganze Taiga umgraben).

In der Zukunftsvision von John Kerry werden einige Konzerne gewinnen und andere werden verlieren, aber der Kapitalismus selbst wird überleben. Für einige ist der Kapitalismus das Problem, für andere ist er die Lösung. Andere argumentieren, dass die Drohung der Klima-Katastrophe zu real ist, um sich mit dieser Frage überhaupt aufzuhalten: Wir müssen einfach alles tun, was getan werden muss, um die Emissionen zu reduzieren. Allerdings sind

wir bei einem **Paradigmenwechsel** über Energie angekommen. Wir werden **neue Produktions- und Konsumsysteme** brauchen und wahrscheinlich auch **neue Formen von Eigentum und Kontrolle**. Die Chance, unsere Gesellschaft zu verändern, ist real und nicht nur theoretisch, denn die Dinge werden, nein, sie müssen sich ändern. Noch ist es nicht zu spät, in der Zukunft Gerechtigkeit walten zu lassen, und nicht den Konzernen das Feld zu überlassen.

Übersetzung: Herbert Kaser

Walden Bello*

Der Tag danach

Einen Tag nach dem dramatischen Ende der Klimakonferenz auf Bali fragt mancher sich, ob das erzielte Ergebnis in Anbetracht der Umstände wirklich das Beste war was man erreichen konnte. So konnten die USA zwar wieder mit ins Boot geholt werden, dieses jedoch auf Kosten jeglicher Erwähnung von konkreten Werten der zur Einschränkung des globalen Temperaturanstiegs nötigen Reduktion von Treibhausgas-Emissionen im Abschlussdokument – der Bali-Roadmap.

Um den Temperaturanstieg bis zum Ende dieses Jahrhunderts auf 2.0 bis 2.4 Grad Celsius zu minimieren, müssten die Treibhausgas-Emissionen bis zum Jahr 2020 um etwa 25 bis 40 Prozent gegenüber den Werten von 1990 reduziert werden.

Eine Referenz zu quantitativen Zahlen beschränkte sich auf eine Fußnote, die auf einige Seiten im 2007 Report des Weltklimarates (IPCC) verwies auf welchen lediglich verschiedene Szenarien der Klimastabilisierung aufgelistet sind. Alternative Szenarien reichen von einem globalen Temperaturanstieg um 2.0 bis 2.4 Grad Celsius bis zu einem Anstieg von 4.9 bis 6.1 Grad Celsius. Ein Teilnehmer der Zivilgesellschaft kommentierte dies mit: „Die Bali-Roadmap (übers.: Fahrplan) ist ein Fahrplan in alle Richtungen.“

Wäre es besser gewesen die USA außen vor zu lassen und so dem Rest der Welt ein starkes Abkommen mit zwingenden tiefen Einschnitten in Treibhausgas-Emissionen auf Seiten der Industrieländer zu ermöglichen? Mit einem neuen US-Präsidenten und einem in diesem Zusammenhang erwarteten Kurswechsel in der Klimapolitik zu Beginn des Jahres 2009 hätten sich die USA einem Prozess anschließen können, welcher dann mit starken, verbindlichen Zielen bereits in die Wege geleitet worden wäre. Skeptiker argumentieren, dass die jetzige Situation, mit den USA als Teil des Bali-Konsens, den Unterhändlern der Bush-Regierung die **Weiterführung ihrer Quertreiber-Taktik** während der gesamten Verhandlungen im Jahr 2008 erlaubt, wodurch geplante globale Aktionen weiter verwässert werden könnten.

Man fragt sich was passiert wäre, wäre Washington seinen ideologischen Neigungen treu geblieben und hätte den Raum verlassen, als ein Delegierter aus Papua-Neuguinea, die über die Konferenz hinweg angestaute kollektive

Frustration mit einer heute bereits historischen Aufforderung aussprach: „*Wir bitten um Ihre Führung, aber wenn Sie keine Führungsrolle einnehmen können, überlassen Sie das uns. Dann gehen Sie aus dem Weg.*“ Bekanntlich gab die US-amerikanische Verhandlungsführerin, nach einer in der letzten Minute geführten Absprache mit Washington, die Hardliner-Position der US-Regierung bezüglich des Änderungsantrages, in dem Indien um Verständnis für die Kapazitätsunterschiede im Umgang mit Klimawandel in Entwicklungsländern bat, auf und sagte, dass Washington „*hervortreten und sich dem Konsens anschließen*“ werde.

Letztendlich hat der zielstrebige Fokus darauf, Washington an Bord zu bekommen, zu einem Mangel an während des Treffens beschlossenen festen Auflagen geführt. Die einzige Ausnahme hierbei ist die Fristsetzung für das Verhandlungsgremium, die „Ad-hoc-Arbeitsgruppe für langfristige gemeinsame Maßnahmen unter der Konvention“, seine Arbeit bis 2009 fertig zu stellen, damit die daraus resultierenden Ergebnisse bei der Konferenz der Vertragsparteien in Kopenhagen (COP 15) zur Verabschiedung bereit sind.

Des Weiteren befinden sich viele der Delegierten bezüglich der nach über einer Woche von harten Nord-Süd-Verhandlungen erzielten institutionellen Maßnahmen im **Zwiespalt**.

- Ein **Anpassungsfonds** wurde eingerichtet. Dieser befindet sich jedoch in Verwaltung der Global Environmental Facility (GEF), der von den USA dominierten Weltbank. Weiterhin wird erwartet, dass das Startkapital der Entwicklungsländer nur zwischen 18.6 und 37.2 Millionen US-Dollar betragen wird – Gelder, welche als höchst unzureichend gelten, um die Notfallmaßnahmen in den durch den Klimawandel verwüsteten kleinen Inselstaaten und anderen sich an der „vordersten Front“ des Klimawandels befindlichen Ländern zu unterstützen. Nach Einschätzung von Oxfam müssten ein Minimum von 50 Milliarden US-Dollar im Jahr zur Verfügung gestellt werden, um allen Entwicklungsländern die Anpassung an den Klimawandel zu ermöglichen.

- Ein „**Strategieprogramm**“ für **Technologieentwicklung und -transfer** wurde genehmigt, allerdings wieder begleitet von trübenden Kompromissen. Die Entwicklungsländer

beharrten zunächst darauf, diesen Mechanismus als eine „Einrichtung“ zu kennzeichnen, mussten dann aber aufgrund der Kompromisslosigkeit der USA zur der verwässerten Bezeichnung der Initiative als „Programm“ einlenken. Hinzu kommt, dass dieses Programm auch unter Administration durch die GEF gestellt wurde und keine festen Angaben zur Höhe der Finanzierung gemacht wurden. Und dies für ein Projekt, welches potentiell mehrere hundert Milliarden Dollar kosten wird.

- Eine **Initiative zur Reduktion von durch Entwaldung und Degradation entstehenden Emissionen (REDD)**, welche vor allem von Gastgeber Indonesien und anderen Entwicklungsländern mit großen, durch Abholzung rapide schwindenden Wäldern vorangetrieben wurde, wurde verabschiedet. Diese Initiative beinhaltet die Bereitstellung von Geldern durch Industrienationen, durch Hilfs- oder Handelsprogramme, um Wälder als CO₂-Fallen zu erhalten. Klimaschutzaktivisten befürchten jedoch, dass indigene Gemeinschaften rücksichtslosen privaten Interessen zum Opfer fallen werden, welche sich zu den Hauptempfängern der aufgebrauchten Gelder avancieren könnten.

Trotz all dem waren viele der Meinung, dass die mageren und gemischten Resultate besser sind als nichts.

Der vielleicht beste Indikator ob es sich für die Konferenz gelohnt hat, sich ein Bein auszureißen, um die Vereinigten Staaten aufzunehmen, wird wohl das nächsten Monat in Honolulu stattfindende **Major-Economies-Meeting** sein, ein von Washington initiiertes Treffen, welches ursprünglich zum Unterlaufen der UN-Klimakonferenz gedacht war. Die Frage, die im Moment jeder auf den Lippen hat, ist: „*Wird die Bush-Regierung zu ihrer alten Form zurückkehren und einen separaten Prozess starten, um die Bali-Roadmap entgleisen zu lassen?*“

Bali, 16. Dezember 2007

*Walden Bello ist führender Analyst bei „Focus on the Global South“ und Soziologie-Professor an der University of the Philippines. Er war ein Teilnehmer einer Nichtregierungsorganisation (NRO) bei der UN-Klimakonferenz auf Bali

<http://www.focusweb.org/the-day-after.html?Itemid=156>

EPAs: Stand der Dinge



<http://www.attac.de/wto/epas/>

Nach fünf Jahren Verhandlungen und kurz vor dem Auslaufen des WTO-Waivers fällt das Fazit zum Stand der EPA-Verhandlungen ambivalent aus. Trotz aller Druckmittel ist es der EU bisher nicht gelungen, ihre Eigeninteressen durchzusetzen. Bei Themen wie der Liberalisierung von Dienstleistungen, Investitionsbedingungen oder öffentlichem Beschaffungswesen haben viele AKP-Staaten klare Worte gefunden, um ihre Ablehnung deutlich zu machen. Angesichts dieser unerwarteten Schwierigkeiten und angesichts einer Kritik am strikten Liberalisierungskurs der EPAs, die bis hin zur konservativen Fraktion des Europaparlaments und bis zur Weltbank reichte, hat die Generaldirektion Handel in letzter Minute einen Strategiewechsel vollzogen: Ziel sind nun sogenannte Interimsabkommen, in denen eine wechselseitige Handelsliberalisierung und Marktöffnung vereinbart wird, während alle anderen Verhandlungsthemen 2008 erneut auf der Agenda stehen. Vorschläge für diese Interimsabkommen wurden am 23.11.2007 veröffentlicht. Bis zum 18.12. haben 22 Staaten diese Interimsabkommen unterzeichnet, darunter fast alle Staaten der Eastern and Southern African States und einige Staaten der South African Development Community, sowie Fidschi und Papua-Neuguinea. Viele west- und zentralafrikanische Staaten, darunter Nigeria und Senegal, sowie die übrigen pazifischen Inseln lehnen dies weiterhin ab. Die vierzehn Staaten der Karibik-Region haben am 16.12. 2007 sogar ein vollständiges EPA unterzeichnet.

Was sind nun die Ziele und Inhalte dieser Interimsabkommen? Und wie geht es im nächsten Jahr weiter in Sachen EPAs?

Bisher existieren Vertragsentwürfe für Interimsabkommen mit vier EPA-Regionen, mit der Southern African Development Community (SADC), mit Staaten des östlichen und südlichen Afrikas (ESA), mit den pazifischen Staaten, und mit der East African Community (Kenia, Tansania, Uganda, Ruanda, Burundi). Die Verträge für die Abkommen mit einzelnen Staaten sind noch nicht öffentlich bekannt, zu vermuten ist

aber, dass sie sich an den Vorschlägen vom 23.11.2007 orientieren.

Handelspolitik: Freie Fahrt für den Ausschuss aus europäischen Agrarfabriken

Alle vier Vertragsentwürfe sehen vor, innerhalb der nächsten zwanzig Jahre die Handelspolitik zu liberalisieren. Zölle und Quoten sollen schrittweise gesenkt und nicht-tarifäre Handelshemmnisse abgeschafft werden. Für das Ausmaß der Zollsenkung gibt es verschiedene Formeln, die je nach Produktkategorie bereits in den nächsten Jahren eine weitreichende Liberalisierung vorschreiben, oder einen längeren Zeitraum vorgeben.

Dramatisch ist die Situation für die Staaten der EAC sowie für die SADC-Staaten Botswana, Swaziland, Namibia und Lesotho. Diese sind gezwungen, bis 2010 64% bzw. 86% ihrer Exportvolumina zu liberalisieren.

Die Staaten können im Anhang der Verträge bestimmte, besonders sensible Produkte von einer Liberalisierung ausschließen. Welche dies sein werden, ist noch nicht bekannt. Welche Produkte in diese Liste aufgenommen werden ist erfahrungsgemäß ein extrem kontroverser Punkt, bei dem sich die Handelsinteressen der EU und der AKP-Staaten klar widersprechen. Zudem müssten sich in den einzelnen Regionen die Staaten auf eine gemeinsame Ausnahmeliste einigen.

Besonders fatal ist unter den handelspolitischen Bestimmungen ein sogenannter "Standstill Clause", den die EU neu in die Verhandlungen eingebracht hat, und der von der WTO gar nicht verlangt wird. Dieser verbietet es, jemals wieder Zölle oder Quoten einzuführen, sodass ein wichtiges Steuerungsinstrument unwiederbringlich verlorengeht.

Zudem gibt es nur geringe Ausnahmemöglichkeiten, um die eigenen Märkte zu schützen: So können laut der "Bilateral Safeguard Clauses" für europäische Produkte, die bisher Antidumping Maßnahmen unterworfen waren - also typische Erzeugnisse der europäischen Agrarüberproduktion - erst in einem Jahr wieder Schutzmaßnahmen ver-

hängt werden. Auch die "Infant industry clauses", mit denen besonders verletzte Branchen geschützt werden können, haben nur eingeschränkten Nutzen, zumal sie nur zehn bis zwölf Jahre gültig sind.

Für ihre eigenen Exportinteressen hat die EU sich jedoch ihre Pfründe sichern können: Denn nach all diesen Einschränkungen stellt Absatz 4 des Paragraphen zu "National treatment on internal taxation and regulation" fest, dass Subventionen weiterhin erlaubt sein sollen. Die sehr vage gefasste Formulierung lässt insbesondere auch die berichtigten Maßnahmen der "internen Stützung" zu, bei denen der Staat Produkte aufkauft, um damit den Preis zu stabilisieren, und die in der Vergangenheit zu einer massiven Überproduktion von Agrarerzeugnissen geführt haben. Der "policy space" für die Handelspolitik der AKP-Staaten verringert sich dadurch drastisch, während die EU sich weiterhin regulative Spielräume sichert. Die Häfen der AKP-Staaten werden also auch weiterhin weit geöffnet sein für die Überschüsse an Geflügel, Tomaten, Rindfleisch und Zucker.

Wer die Macht hat...Streitschlichtung in den Interimsabkommen

Ein weiterer Bestandteil der Interimsabkommen sind Streitschlichtungsverfahren. Sie sollen alle Fälle, in denen Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Interpretation oder Umsetzung der Abkommen auftreten, klären. Neben Beratung und Mediation sind auch Sanktionen vorgesehen. Auffällig ist, dass das Streitschlichtungskomitee hier recht freie Hand hat. Wenn es zu der Ansicht gelangt, dass der beklagte Staat nicht an einer Lösung interessiert ist, gestattet es dem klagenden Staat "angemessene Maßnahmen" durchzuführen.

Fortsetzung folgt im nächsten Jahr: Die Rendez-Vous Clauses

Mit den Interimsabkommen ist das Ende der Fahnenstange noch lange nicht erreicht. Sie bringen lediglich klassische handelspolitische Themen unter Dach und Fach, wobei sie auch hier schon über die Anforderungen des GATT hinausgehen. In allen Abkommen ist aber ein "Rendez-Vous Clause"

eingebaut. Er legt fest, wie die Verhandlungen im nächsten Jahr weitergehen. Besonders strikt ist er für die SADC-Staaten formuliert. Hier schreibt er bereits konkrete Schritte für die Liberalisierung von Dienstleistungen vor: Für mindestens einen Sektor muss jeder der Unterzeichnerstaaten innerhalb des nächsten Jahres einen Liberalisierungs"fahrplan" entwickeln. Für ein Kapitel über Investitionen sollen die Verhandlungen spätestens am 31.12.2008 beginnen.

Auch die anderen Interimsabkommen benennen Dienstleistungen, Investitionen und Öffentliche Beschaffung als Verhandlungsthemen für nächstes Jahr, ferner Geistige Eigentumsrechte, Landwirtschaft und Entwicklungspolitik.

Exit-Optionen

Die Interimsabkommen sind anders als die Lomé-Abkommen nicht zeitlich begrenzt, sondern unbegrenzt gültig. Jeder Staat kann aber das Abkommen innerhalb von sechs Monaten kündigen. Eine Exit-Option für die Unterzeichnerstaaten könnte darin bestehen, sich im Jahre 2009 für ein bisher wenig

genutztes Handelsregime der EU, das "Generalized System of Preferences +" zu bewerben und dann das Interimsabkommen zu verlassen. Die Seychellen beispielsweise verfolgen eine solche Strategie. Auch für die meisten anderen Staaten, insbesondere für Developing Countries kann es Sinn machen, die noch bestehenden Spielräume auszunutzen, da in den Jahren 2008 und 2009 nur für Mauritius und Mosambik drastische Liberalisierungsverpflichtungen anfallen.

Fazit

Das Great Game um Afrikas Ressourcen wird im nächsten Jahr weitergespielt. Allerdings mit einigen neuen Spielregeln: Im Mittelpunkt werden nun Europas geostrategische Interessen in Afrika stehen. Mit den Worten des EU-Entwicklungskommissars Louis Michel ausgedrückt: "Afrika ist ein neues großes Schachbrett geworden, auf dem sich die Mächte bewegen, die die Geopolitik dieser Welt bestimmen." (Die ZEIT: 10.12.2007) Dies gilt um so mehr für Staaten im südlichen Afrika, da diese als "emer-

ging markets" für Rohstoffe und (Finanz-)Dienstleistungen an Attraktivität gewinnen. Interessenkonflikte zwischen der EU und den AKP-Staaten werden hier im nächsten Jahr besonders deutlich artikuliert werden.

Der Sachzwang "WTO-Waiver" steht nun nicht mehr als Druckmittel zur Verfügung. Damit ist zwar ein wenig Verhandlungsspielraum gewonnen. Zu befürchten ist aber, dass Entwicklungshilfegelder zusehends genutzt werden, um sich die Zustimmung der AKP-Staaten zu erkaufen. Im Abkommen mit der SADC-Region ist dies sogar expliziter Vertragsinhalt: die Umsetzung des Interimsabkommen soll, so Artikel 8 "Development Finance Cooperation" Priorität bei der Verwendung von Entwicklungshilfegeldern haben.

Zu befürchten ist, dass das öffentliche Interesse an den EPAs abflaut, da die Debatten um EPAs sich in den letzten Jahren oft auf den Aspekt der Handelsliberalisierung konzentriert haben. Doch die Auseinandersetzungen um die EPAs haben nicht an Brisanz verloren, es ist wichtiger denn je, sie ins Zentrum von Kampagnen zu stellen.

Aileen Kwa

Europa erzwingt einen Rückschlag für die Süd-Süd-Kooperation

EU WENDET DAS "RECHT DES STÄRKEREN" AN UM EPA DURCHZUDRÜCKEN

(Economic Partnership Agreements = „Wirtschafts-Partnerschafts-Abkommen“).

„Wir sind eingeknickt,“ jammerte ein Diplomat aus **Namibia**. „Am 12. Dezember haben wir unterschrieben. Der Druck war zu groß. Die Privatwirtschaft fühlte, dass sie unverhältnismäßig betroffen sein würde. Unter Marktbedingungen würden sie den Zugang für Rindfleisch, Trauben, Fisch und Fischprodukte verlieren.“

„Die politische und wirtschaftliche Stärke der Europäischen Kommission (EC) ist in sich selbst eine Drohung und übt Druck bei den Verhandlungen aus,“ erklärt dieser Diplomat unter der Bedingung ungenannt zu bleiben.

Er sagt weiter „Wenn man mit einem stärkeren Partner verhandelt, dann endet man immer in der schwächeren Position. Die Taktik lautet: Einschüchtern mit der Drohung, entweder unterschreiben oder kein Zugang zum Markt“.

Bis zuletzt hat die Regierung von Namibia versucht, sowohl dem Druck des eigenen privaten Sektors als auch dem der EU zu widerstehen. Bis gegen Ende der vergangenen Woche hat der Handelsminister Immanuel Ngatjizeko die Forderungen des EPA an Namibia kategorisch als „nicht akzeptabel“ bezeichnet.

Er beharrte darauf, dass das EPA die „regionale Integration“ fördern sollte „und nicht zur Desintegration in der Region“ führen sollte.

„Wir haben eine Menge Fehler gemacht,“ erzählte der Diplomat dem IPS (Inter Press Service). „Es gab keine angemessene Koordination innerhalb der afrikanischen, karibischen und pazifischen (AKP) Staaten. Die EC hat die AKP erfolgreich gespalten, nicht nur die Regionen untereinander, sondern auch innerhalb der Regionen.“

Die **Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft (SADC)** besteht aus 14 Ländern. „Früher wurde die Entwicklungshilfe der EU für die Region als Ganzes gewährt, jetzt erhalten lediglich sieben SADC Länder (jene, die das EPA für die SADC unterzeichnet haben) Entwicklungshilfe im Rahmen des EPA. Das wird Auswirkungen haben.“

Die Freihandelszone innerhalb der SADC sollte 2008 endgültige stabile Strukturen bekommen. Wie das jetzt verwirklicht werden soll, bleibt fraglich, wenn manche Länder EPA-Unterzeichner sind, während ein Land wie Angola entschied, das EPA nicht zu unterzeichnen,.

Der namibische Diplomat beeilte sich hinzuzufügen, dass sein Land wohl das Interim-EPA am 12. Dezember unterzeichnet habe, allerdings nur mit ausdrücklichen Vorbehalten bei bestimmten Klauseln. „Wenn diese Bedenken in der nächsten Phase der Verhandlungen nicht zufriedenstellend ausgeräumt werden können, dann

können wir sagen, dass wir nicht in der Lage sind, ein abschließendes Abkommen zu ratifizieren und wir werden uns für den Ausstieg entscheiden. Aber in der Zwischenzeit haben wir anderes zu tun, wie die Suche nach alternativen Märkten.“

Das Problem ist, dass Namibia, Lesotho, Botswana, Swaziland und Südafrika gemeinsam eine Zollunion haben – die Südafrikanische Zollunion (SACU), gegründet 1910. Lesotho, Botswana und Swaziland haben das EPA unterzeichnet. Es enthält Klauseln, an denen Namibia keine Freude hat.

Eine dieser Klauseln schränkt die Bestimmungen für lokale Anteile im Fertigwarensektor ein. Um lokale Industrien zu unterstützen, möchte Namibia keine Gesetze abschaffen, die von Investoren verlangt, lokal erzeugte Produkte zu verwenden. Eine andere Klausel betrifft das Einfrieren von Ausfuhrzöllen. Die EG möchte nicht, dass AKP-Länder Ausfuhrzölle erheben. Namibia möchte jedoch die Freiheit, Ausfuhrsteuern anzuwenden zu können, um die Ausfuhr von Rohstoffen zu erschweren um der lokalen Industrie inländische Wertschöpfung zu erleichtern.

Die EG hat die SADC-Länder ersucht, den Ländern der Europäischen Union (EU) den gleichen Marktzugang zu gewähren, wie die SADC anderen wichtigen Handelspartnern gewährt. Die SADC verhandelt derzeit über

Freihandelsabkommen mit Indien und mit dem MERCOSUR. Der MERCOSUR ist der Gemeinsame Markt des Südens, der Brasilien, Paraguay, Argentinien und Uruguay umfasst.

Wenn in diesen und anderen künftigen Handelsabkommen günstigere Bedingungen für den Marktzugang enthalten sind, wird derselbe Grad der Liberalisierung auch auf die Europäische Union (EU) ausgedehnt werden müssen.

Das SADC EPA legt auch fest, dass Güter, die in eines der SADC EPA Signatarstaaten importiert werden, auch frei in alle anderen Länder bewegt werden dürfen, die diesem Abkommen beigetreten sind. Allerdings müssen die SADC-Länder erst noch ihre eigene regionale Zollunion formell verwirklichen. Es gibt immer noch Themen, die zuerst intern ausgehandelt werden müssen.

Im Gegensatz zu Ländern, die eingeknickt sind und das Interim-EPA unterzeichnet haben, bleibt **Senegal** in Westafrika fest in seiner **Ablehnung der EPA**. Ein Experte aus Senegal, der nicht genannt werden möchte, gab folgenden Kommentar zu der harten Haltung von Präsident Abdoulaye Wade auf dem Afrika/EU-Gipfel in Lissabon am Anfang derselben Woche:

„Er hat einfach die nationale Position wiedergegeben. Der private Sektor, die Zivilgesellschaft, das Parlament und die Opposition, alle lehnen das EPA ab. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt würde ein EPA zahlreiche Probleme für unsere Wirtschaft schaffen. Es würde unsere Märkte für Produkte der EU öffnen, einige davon werden sogar subventioniert,“ sagte der senegalesische Handelsexperte.

„Senegal gehört zu den am wenigsten entwickelten Ländern (Least developed countries = LDC). Weder der industrielle noch der landwirtschaftliche Sektor sind darauf vorbereitet, mit der EU zu gleichen Bedingungen in Wettbewerb zu treten. In der nächsten Phase der EPA-Verhandlungen

möchten wir auch Themen einbringen, wie Investitionen, den Wettbewerb und das öffentliche Beschaffungswesen. Diese Themen wurden von der Welthandelsorganisation (WTO) abgelehnt.

Die EPAs sind WTO Plus. Andererseits sind wir, was die Entwicklungs-Zusammenarbeit betrifft, nicht sicher, ob das, was auf dem Tisch liegt, mögliche negative Auswirkungen der Handelsliberalisierung aufwiegt,“ sagte der Experte.

Er unterstrich auch die regionalen Probleme des EPA für Westafrika, insbesondere für die **Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion (WAMU/UMOA)**. Die Währungsunion besteht aus acht Mitgliedern – Senegal, Benin, Burkina Faso, Cote d'Ivoire (Elfenbeinküste), Mali, Niger, Togo und Guinea-Bissau.

Elfenbeinküste ist das einzige Land der WAMU, welches das Interims-EPA unterzeichnet hat, um seine Bananexporte in die EU abzusichern. Das Land ist die wichtigste Wirtschaftsmacht in der WAMU. Es erwirtschaftet 40 % des Brutto-Inlandsprodukts (BIP) der Region.

Laut diesem Experten aus Senegal „wird die Unterzeichnung des Interim-EPA durch Elfenbeinküste Auswirkungen auf die WAMU haben.“ Bei der vorhandenen engen wirtschaftlichen Integration dieser Region ist zu erwarten, dass EU-Produkte, die in die Elfenbeinküste strömen, leicht ihren Weg in die anderen WAMU-Länder finden werden.

Er sagt weiter: „Ich glaube nicht, dass die EU eine Bewertung der Auswirkungen auf die regionale Integration vorgenommen hat.“

Er betont auch die Verspannungen, die durch die EPA-Verhandlungen in die WTO-Verhandlungen gebracht haben. Sie haben die am wenigsten entwickelten Länder (LDC) in der WTO in eine sehr schlechte Verhandlungsposition gebracht. Seit dem Ministertreffen von 2005 in Hongkong ersuchen die LDS nach zollfreiem und men-

genmäßig unbeschränktem Marktzugang in alle entwickelten Länder.

Er sagt: „Unter dem EPA ist der zollfreie und mengenmäßig unbeschränkte Marktzugang wechselseitig zu gewähren. Jetzt könnten andere Länder sagen: ‚Ihr habt dies der EU gewährt, jetzt müsst ihr uns zum Ausgleich auch etwas geben.‘“ Er schließt so: „Also da gibt es viele unbeantwortete Fragen und eine Menge an Ungewissheit.“

Kenia hat gemeinsam mit anderen Ländern der ostafrikanischen Union ebenfalls ein EPA unterzeichnet. Ein Handelsdiplomate aus Nairobi spielt auf die Bedrohungen an, welche die EPA für Afrika darstellen: „Man sagt, dass Liebe blind macht. Daher muss das die wahre Liebe sein, denn wir gehen mit, ohne zu wissen, wohin wir gehen.“

Gruppen der Zivilgesellschaft in Kenia arbeiten hart daran, das EPA zu einem Hauptthema bei den nationalen Wahlen, die noch in diesem Monat stattfinden werden, zu machen. Laut Ezekiel Mpapale von der Initiative für die Entwicklung von Gemeinden und Unternehmen: „Eines der Dinge, die wir machen, ist sicher zu stellen, dass Dr. Mukhisa Kituyi (derzeit Minister für Handel und Industrie) nicht wieder gewählt wird. Wir glauben, dass er die Menschen von Kenia verraten hat.“

* Aileen Kwa ist eine unabhängige Beraterin für Handelspolitik. Ihre Haupttätigkeit umfasst Forschung, Publikation und Training zu alternativer Handels- und Wirtschaftspolitik. Sie ist Mitautorin von „Hinter den Kulissen der WTO“ (Behind the Scenes at the WTO) und Autorin von „Überdenken der internationalen Handelsordnung“ (Rethinking the Trading System). Zur Zeit ist sie beurlaubt von ‚Focus on the Global South‘. Dieser Artikel wurde zuerst durch Inter Press Service, (IPS) veröffentlicht.

Übersetzung: Paul WOODS, Herbert KASER, coorditrad

Marokko: Sofortige Freilassung der politischen Gefangenen!

In einigen Tagen wird das marokkanische Bundesgericht sein Berufungsurteil gegen unsere Attac-Freunde Mohamed Yousfi und Abderrahman Aji zum Urteil des Tribunals von Beni Mellal fällen. Mit acht weiteren Aktivisten der Marokkanischen Menschenrechtsorganisation wurden sie in erster Instanz zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Einziges Motiv war, dass sie sich mit anderen Gewerkschafts- und Bewegungsaktivisten solidarisiert haben, die bei den Demonstrationen zum 1. Mai 2007 festgenommen wurden und einfach wegen gerufener Parolen verfolgt wurden. Marokko ist damit das einzige Land, in dem Mitglieder des Attac-Netzwerks wegen ihrer Meinungsäußerung, der Ausübung ihrer Bürgerpflichten bzw. der

Verteidigung unserer aller Rechte verurteilt wurden, und noch dazu schwer.

Bis heute ist der marokkanische Staat gegenüber den vielen Protesten taub geblieben, die sich in Marokko erhoben haben, ebenso gegenüber den wiederholten Appellen verschiedener Menschenrechtsorganisationen wie etwa Amnesty International oder der Internationalen Föderation der Liga für Menschenrechte (FIDH), verschiedener nationaler Attacs und dem internationalen Solidaritätskomitee für die Freilassung der Gefangenen des 1. Mai.

Die europäischen Attacs, versammelt vom 11.-13. Januar 2008, rufen die marokkanische Regierung auf, in Übereinstimmung mit den internationalen Konventionen der Grund- und Menschenrechte zu handeln, die sie selbst

unterschrieben hat. Sie werden alles in Bewegung setzen, um die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen zu verlangen, die derzeit im Gefängnis sind und der Attac-Mitglieder, denen nun Gefängnis droht. Sie fordern ferner die Streichung aller Verurteilungen und Verfolgungen der Gewerkschafter und Bewegungsaktivisten. Sie haben lediglich ihr elementarstes Bürgerrecht ausgeübt, die sozialen und demokratischen Forderungen ihrer Organisationen friedlich öffentlich zu machen. Die europäischen Attacs unterstützen die eingeleiteten Initiativen des internationalen Solidaritätskomitees, insbesondere beim Europäischen Parlament und bei der UN-Menschenrechtskommission.

Paris, 13. Januar 2008

Attac Deutschland, Attac Finnland, Attac Flandern, Attac Frankreich, Attac Griechenland, Attac Italien, Attac Norwegen, Attac Österreich, Attac Polen, Attac Portugal, Attac Schweden, Attac Schweiz, Attac Spanien, Attac Ungarn, Attac Wallonien-Brüssel sowie Attac Marokko

Wie helfen? http://www.attac.de/aktuell/080116_Attac-Marokko.php

Attac Frankreich

GVO-Verbot: ein Erfolg allemal !

Am 11. Januar hat sich die französische Regierung endlich dazu entschieden, von der europäischen Schutzklausel Gebrauch zu machen und somit den Anbau der einzigen in Frankreich angebauten gentechnisch veränderten Pflanze (bt-Mais Mon810 des Großkonzerns Monsanto) zu untersagen.

Um die Schutzklausel in Bezug auf einen spezifischen gentechnisch veränderten Organismus (GVO) anwenden zu können, muss ein Land neue wissenschaftliche Erkenntnisse vorlegen, die seit der Zulassung dieser Pflanze in Europa gewonnen worden sind. Vorgebracht wurden in diesem Fall Erkenntnisse von der provisorischen Hohen Behörde für gentechnisch veränderte Organismen (GVO), die diese dank der Informationsarbeit von Gewerkschaften, Verbänden und zivilgesellschaftlicher Netzwerke gewinnen konnte.

Hier die Feststellungen der Hohen Behörde:

- durch den Anbau agrargentechnisch veränderter Pflanzen kommt es unweigerlich zu Verunreinigungen innerhalb der agrargentechnisch nicht manipulierten Lebensmittelkette;
- die Evaluierungsverfahren für GMO weisen große Lücken auf, vor allem, weil sie auf der Annahme der substantiellen Äquivalenz zwischen dem gentechnisch veränderten Organismus und seinem nicht gentechnisch veränderten Gegenstück beruhen. Nun stellte sich beim Monsanto-Mais MON810 heraus, dass sich das insektizide Protein vom dem Protein unterscheidet, welches das natürliche Agrobakterium, aus dem das Gen stammt, selbst produziert. Dieses neue insektizide Protein muss daher mindestens genauso streng untersucht werden wie ein chemisches Pestizid;
- Länder mit hohem GMO-Verbrauch können aufgrund der fehlenden Rückverfolgbarkeit die Einflüsse von GMO auf Umwelt und Gesundheit nicht do-

kumentieren;

- es ist erforderlich, wirtschaftsorientierte Untersuchungen auf lokaler und internationaler Ebene durchzuführen, wirklich funktionierende Biokontrollprogramme einzurichten und die Auswirkungen importierter Produkte zu evaluieren.

Dank des Hungerstreiks und des gemeinsamen Vorgehens der Anti-GVO-Gruppierungen, zu denen auch attac gehört, dürfen in diesem Jahr in Frankreich überhaupt keine gentechnisch veränderten Pflanzen angebaut werden. Die maßgeblichen Feststellungen der Hohen Behörde wurden durch die Regierungsentscheidung offiziell bestätigt und müssen daher in entsprechende institutionelle Maßnahmen münden.

Wahr ist, dass weiterhin großer Klärungsbedarf besteht: über das Gesetz zur Umsetzung der EU-Richtlinie zur Freisetzung von GMO, über die Freisetzungsversuche von neuen GMO, über die Einfuhr von gentechnisch veränderten Futtermitteln (Millionen Tonnen pro Jahr!), über die Rolle des Landwirtschaftsministeriums als Vertreter der Lebensmittelindustrie und Gegenspieler des Umweltministeriums. Diese Dinge müssen nun mit den Feststellungen der Hohen Behörde in Einklang gebracht werden und werden in naher Zukunft Gegenstand neuer Kampagnen sein, an denen sich auch attac beteiligen wird. **Eine zentrale Forderung dabei wird sein, dass die Feststellungen der Hohen Behörde sich in der neuen Gesetzesvorlage widerspiegeln, damit das Recht GMO-frei zu produzieren und konsumieren - eine der Schlussfolgerungen des so genannten Grenelle de l'Environnement (frz. Umweltgipfels mit VertreterInnen aus Politik, Gewerkschaften, Unternehmen, Zivilgesellschaft) - auch garantiert wird.**

Natürlich sehen wir auch die ungünstigen Vorzeichen für die Agrargentechnikfreiheit, wie die neuen Zulassungsansuchen für GMO in Europa von Seiten der Agrochemieindustrien, den ungerechtfertigten Rückzieher Deutschlands, das wie Frankreich von der Schutzklausel Gebrauch gemacht hatte, die massiven Proteste der GMO-BefürworterInnen gegen das Aussaatverbot in Frankreich, sowie die Entscheidung der französischen Regierung, gleichzeitig 45 Mio. Euro in die Biotechpflanzenforschung zu stecken.

Nichtsdestotrotz wollen wir unseren bedeutenden Vorstoß feiern, der deutlich zeigt wie erfolgreich wir gemeinsam sein können.

<http://www.france.attac.org/spip.php?article8087>

Weitere Informationen über die Entscheidung der französischen Regierung:
<http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/16694.html>

Wir dokumentieren die Argumentation von GMO-BefürworterInnen - Als "Wissenschaftler" kann wohl alles umdrehen, selbst das Vorsorgeprinzip (siehe letzten Satz), SiG-Redaktion

„Association Française pour l'Information Scientifique (AFIS) 75005 Paris

Gemeinsame Erklärung vom 7. 12. 2007,

„Zusammenfassung:

Die Koexistenz beim Anbau von konventionellem, gentechnisch verändertem und gemäß den Auflagen für die biologische Landwirtschaft produziertem Mais ist möglich. In zahlreichen Ländern ist sie bereits Realität. Für die Entscheidung, den Anbau von GV-Mais auszusetzen – sei sie nun klar als solche kommuniziert oder kaschiert durch diskriminierende, daher abschreckende Regulative – gibt es keine wissenschaftliche Grundlage. Diese Entscheidung würde ausschließlich auf gegenstandslosen, ja lügenhaften Vermutungen basieren, sowohl in Bezug auf Umwelt- als auch Ernährungsfragen, und sie widerspräche somit dem Vorsorgeprinzip.“

Zum Gentechnikgesetz in Deutschland

<http://www.keine-gentechnik.de/dossiers/gentechnikgesetz-iv/countdownzumgesetz1000.html>

<http://www.greenpeace.de/themen/gentechnik/presseerklarung-gen/artikel/gutachten-belegt-seehofer-verstoesst-gegen-eu-recht/>

„Nach dem in der deutschen und in der EU-Gesetzgebung verankerten Vorsorgeprinzip ist Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU) dazu verpflichtet, den Anbau des riskanten Gen-Maises *MON810* in Deutschland zu verbieten. Das ist das Ergebnis eines heute

von Greenpeace vorgelegten Rechtsgutachtens, (...) Neben Spanien wird 2008 in Europa voraussichtlich nur in Deutschland eine nennenswerte Fläche mit Gen-Pflanzen bewirtschaftet. In Österreich, Griechenland, Polen, Ungarn und in der Schweiz ist der Anbau von Gen-Mais längst verboten. Auch der Anbau der Gen-Kartoffel ist nur in Deutschland und Tschechien geplant.“

Am Dienstag den 15.1.08 wurde beim Deutschen Bundestag eine **öffentliche Petition** online gestellt: „Mit der Petition soll erreicht werden, dass

gentechnisch veränderte Organismen (GVOs) nicht patentiert und in der Land- und Forstwirtschaft ausnahmslos gesetzlich verboten werden.

Mit der Petition soll verhindert werden, dass die biologische Vielfalt in Deutschlands Böden und landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch Verunreinigung mit GMOs für immer verloren geht. Das empfindliche ökologische Gleichgewicht aller natürlichen Organismen muß erhalten bleiben.“

Link zur öffentlichen Petition:
http://itc.napier.ac.uk/e-petition/bundestag/view_petition.asp?PetitionID=603

Werner Rügemer

Managergehälter begrenzen?

Über die Angst, dem gegenwärtigen Kapitalismus in die Augen zu sehen

Nicht nur Oskar Lafontaine von der Linken und nun auch der DGB fordern eine Begrenzung der hohen Einkommen der Unternehmensvorstände. Selbst wirtschaftsfreundliche CDU-Ministerpräsidenten, Bundesinnenminister Schäuble und nun sogar Bundespräsident Köhler sehen sich zu der Forderung gezwungen: Im Interesse des sozialen Friedens muss notfalls der Staat eingreifen.

Möglicherweise ist das, im besten Falle, gut gemeint. Doch es geht an der kapitalistischen Realität vorbei und gerät bei den Verteidigern der neoliberalen Praktiken zur Demagogie.

Die Empörung, die Wut, die Kritik, der Zorn in großen Teilen der Bevölkerung, der eine rigide Spar- und Lohnsenkungspolitik auf genötigt wird, richtet sich nicht mehr nur gegen die selbst bestimmten Einkommen der Abgeordneten, sondern inzwischen verstärkt auch gegen die viel höheren Einkommen der Spitzenmanager von Banken und großen Aktiengesellschaften.

Die 20 Millionen Euro Jahreseinkommen des Vorstandssprechers der Deutschen Bank, Josef Ackermann („mein Einkommen liegt so zwischen 15 und 20 Millionen Euro im Jahr“, sagte er beim Mannesmann-Prozess aus), sind ein häufig wiederholter Aufhänger öffentlicher Kritik. Das scheint nahe liegend, denn Ackermanns Einkommen beträgt mehr als das Hundertfache des Einkommens eines Bundestagsabgeordneten.

Doch bei genauerem Hinsehen erweist sich die **Kritik als naiv, harmlos, ablenkend**. Fangen wir bei den peanuts an. Die öffentlich ausgewiesenen Einkommen der Topmanager sind ein immer **geringerer Teil ihrer tatsächlichen Einkommen**. Aktienoptionen, also vom Unternehmen subventionierte Aktienkäufe, vom Unternehmen bezahlte Wohnungen, Autos, Handys, Golfclubgebühren, Versicherungen, Pensionsansprüche, Abfindungen kommen hinzu.

Das ist aber keineswegs alles. Im Geschäftsbericht der Deutschen Bank stehen neben dem Einkommen Ackermanns nicht die Tantiemen, die er aus seinen verschiedenen Aufsichtsratsposten bei VW, Siemens und so weiter bezieht. Von Karstadt/Quelle-Vorstandschef Middelhoff etwa ist bekannt, dass er Miteigentümer diverser Immobilienfonds wie der Kölner Messehallen oder von Kaufhäusern des eigenen Konzerns ist: Diese Einkommen stehen auch nicht im Geschäftsbericht seines Unternehmens. Die Topmanager und ihre Anwälte und Steuerberater haben viel Mühe darauf verwendet, die Publizitätspflichten im anachronistisch gewordenen Aktiengesetz zu unterlaufen.

Aber bekanntlich sind die Mitglieder eines Unternehmensvorstands ja nur die Angestellten der Eigentümer. Da müßte doch auch die Frage auftauchen: **Wieviele verdienen eigentlich die Großaktionäre und warum?**

Nehmen wir einige Beispiele für das Jahr 2005: Johanna Klatten erhielt aus ihrem Aktienpaket bei BMW und Altana 127 Millionen Euro Dividende, Stefan Quandt 70 Millionen, Johanna Quandt 67 Millionen, Otto Beisheim von Metro 62 Millionen, Familie Mohn 40 Millionen, Friede Springer 30 Millionen und so weiter und so fort.

Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass es sich bei den genannten Summen nur um die Dividenden-Ausschüttungen der großen Aktienpakete bei BMW, Metro, Bertelsmann und Springer-Verlag handelt, pro Jahr. Gleichzeitig haben die Genannten weitere Millionen-Einkommen aus den Geldanlagen, die sie aus den früheren Dividenden und anderem Vermögen gebildet haben.

Die Kritik der kümmerlichen Großeinkommen der Ackermänner tut so, als lebten wir noch im shareholder value-Kapitalismus. **Doch die große Zeit der bisherigen Aktiengesellschaften und ihrer Großaktionäre und Vorstände ist längst vorbei.**

Die hohen Gewinne werden heute von anderen gemacht. Schon in den Banken selbst sind die Vorstände nicht mehr die Großverdiener. Ein Mehrfaches des Ackermann-Einkommens verdienen die Mitglieder der Spezialteams „Mergers & Acquisitions“, auch bei der Deutschen Bank, die die großen Unternehmensfusionen arrangieren.

Doch diese Einkommen werden in den Geschäftsberichten nicht veröffentlicht, denn das Aktiengesetz schreibt eben nur die Veröffentlichung der Gehälter der Vorstandsmitglieder vor.

Den Ton in Finanz- und Wirtschaftswelt geben heute Unternehmen an, die keine Aktiengesellschaften sind, zum Beispiel **Hedgafonds und Private Equity-Fonds**. Sie haben nur ein paar Dutzend Manager, die gleichzeitig Eigentümer sind. Ihre Einkommen unterliegen keiner Publizitätspflicht, ihre juristischen Sitze sind auf die Finanzoasen dieser Welt zwischen den Cayman Islands und der englischen Kanalinsel Guernsey verkauft. Gleichzeitig ist bekannt, dass hier ein Mehrfaches dessen verdient wird, was die kritisierten Ackermänner und die nicht kritisierten Quandts nach Hause tragen. 500 Millionen Euro im Jahr sind keine Seltenheit.

Und die Folgen der Spekulationen dieser Eigentümer-Manager und der von ihnen organisierten Ausschachtung von aufgekauften Unternehmen **bedrohen die Si-**

cherheit und die Arbeitsplätze von Millionen Menschen. Der Private Equity-Investor Blackstone hat bekanntlich schon mit seinem 5-Prozent-Anteil bei der Telekom bewirkt, dass 50.000 Beschäftigte ausgelagert und schlechter bezahlt werden und demnächst sowieso an die Luft gesetzt werden sollen.

Und Blackstone-Chef Schwartzmann gab der New Yorker Börsenaufsicht für 2006 ein Gehalt von 398 Millionen US-Dollar an: Das ist mehr als alle Vorstandschefs der 30 deutschen DAX-Unternehmen zusammen, Josef Ackermann eingeschlossen.

Übrigens: Wer sich prinzipiell gegen Höchstlöhne wehrt, wehrt sich auch gegen Mindestlöhne. Professor Wolfgang Wiegand, ein sog. „Wirtschaftsweiser“, der von der Bundesregierung berufen wurde, erklärt uns: „*Der Staat soll sich aus der Preisbildung auf funktionierenden Märkten heraushalten!*“ **Mindestlöhne** würden das Funktionieren von Märkten stören, Höchstlöhne ebenfalls. Nach dieser menschenverachtenden Lehre funktionieren Märkte also dann, wenn die einen ein Milliarden-einkommen haben und andere als Tagelöhner verhungern.

Wer aber die Einkommen der Manager begrenzen will, die Einkommen ihrer Herren und der neuen Großspekulanten jedoch nicht einmal erwähnt, der mogelt sich und uns an der Wirklichkeit vorbei.

Angst, Unkenntnis und Demagogie sind keine Ratgeber, auf die wir hören sollten.

http://www.wirtschaftsverbrechen.de/BCC-Magazin/BC_aktuell/bc_aktuell.html

„Heuschrecken“ im öffentlichen Raum (Erscheint im März 2008)

Das Prinzip des in England entwickelten Public Private Partnership (PPP) gilt in der EU und auch in Deutschland als neues Heilmittel gegen Staatsverschuldung und Investitionsstau. Dabei übernimmt der Investor nicht nur den Bau etwa einer Schule, einer Straße oder einer Entsorgungsanlage, sondern auch Planung, Finanzierung und langfristigen Betrieb, während die öffentliche Hand im Gegenzug 20 bis 30 Jahre lang eine Miete zahlt. Neben den Merkmalen und bisherigen Ergebnissen in England bietet dieses Buch Falldarstellungen über Akteure, Lobbyisten-Netzwerke und Gesetze in Deutschland. Charakteristika von PPP, die den Medien, Abgeordneten und Stadträten üblicherweise vorenthalten bleiben, werden offengelegt: Geheimhaltungspflichten, Wirtschaftlichkeitsvergleich, Auch die betriebs- und volkswirtschaftlichen Folgen auf nationaler sowie auf EU-Ebene werden erstmals zusammenfassend dargelegt.

Werner Rügemer (Dr. phil.), Philosoph und Publizist, ist Lehrbeauftragter an der Universität Köln und Vorsitzender von Business Crime Control. www.werner-ruegemer.de

Bundesausschuss Friedensratschlag

Friedenspolitische Schwerpunkte 2008

Gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit hat der Bundestag die Verlängerung des Bundeswehreininsatzes in Afghanistan beschlossen. Der Krieg droht weiter zu eskalieren. Viele fürchten bereits die „Irakisierung“ Afghanistans, während in Bezug auf den Irak von dessen „Vietnamisierung“ gesprochen wird. Der Nahe Osten, Zentralasien und Afrika sind zum Spielball der USA und der sich militarisierenden EU geworden; Russland, China und Indien werden zu wichtigen Akteuren der internationalen Politik. Lateinamerika wehrt sich mit zunehmender Kraft gegen neoliberale Bevormundung. Die Welt soll neu vermessen werden. Aufrüstung, Kriege, Militärinterventionen, Militärstützpunkte und die Welt-raummilitarisierung sind wesentliche Bestandteile dieser Entwicklung. Ein Prozess, dem wir uns mit aller Kraft entgegenstemmen. Wir streiten für eine Welt ohne Militär und Krieg, für soziale Gerechtigkeit und internationale Solidarität.

1. Auslandseinsätze beenden - Für Frieden in Afghanistan, im Nahen und Mittleren Osten

Der Krisenbogen vom Nahen und Mittleren Osten bis Zentralasien ist zu einem Schwerpunkt bei der Planung und Durchführung von Ressourcenkriegen gemacht worden. Die Region ist von zentraler Bedeutung im Kampf um die Vorherrschaft der USA und EU-Europas gegenüber Russland und China. Die EU handelt dabei trotz gelegentlich unterschiedlicher Interessenlage weitgehend in enger Verbundenheit mit den dabei führenden USA.

Die weltweit größten Kriegsverbrechen begehen derzeit die USA im Irak; in Afghanistan ist eine „Irakisierung“ absehbar. Die seit Jahrzehnten andauernde völkerrechtswidrige Besetzung von Palästinensergebieten durch Israel, der Terror gegen die dortige Bevölkerung und deren Aktionen haben in 2007 eine extreme Zuspitzung erfahren. Die Lösung des Nahostkonfliktes erfordert die Anerkennung des gleichen Rechts aller Menschen in der Region auf eine menschenwürdige Existenz.

1. Wir werden die gemeinsame Kampagne für einen Bundeswehr-Abzug aus Afghanis-

tan, für Frieden und eine souveräne Entwicklung des Landes fortsetzen. Wir werden den Druck auf die Bundesregierung erhöhen, damit sie sowohl den ISAF als auch den OEF-Einsatz beendet. Wir suchen dabei die Zusammenarbeit mit der internationalen Bewegung gegen den Krieg in Afghanistan.

2. Entgegen der offiziell verbreiteten Meinung, dass die BRD nicht am Krieg im Irak beteiligt sei, kommt der BRD durch die Bereitstellung von Militärstützpunkten und Logistik eine herausragende Bedeutung in der Kriegsführung zu. Wir fordern deshalb, dass die Bundesregierung die Stationierungsverträge mit den USA kündigt. Wir wollen unter anderem den fünften Jahrestag der Irak-Invasion dafür nutzen, auf die US-Kriegsverbrechen und die humanitäre Katastrophe im Irak hinzuweisen und unterstützen eine hierzu geplante Irak-Konferenz.

3. Wir wenden uns gegen einen Einmarsch der türkischen Armee in Nord-Irak und fordern ein Ende des Krieges und der Repression gegen Kurdinnen und Kurden.

4. Wir wenden uns entschieden gegen die auf Doppelstandards (zweierlei Maß) begründete Interventionspolitik gegen den Iran, die auf eine Schwächung und Destabilisierung der stärksten Macht der Region zielt. Wir klären darüber auf, dass die als „Diplomatie“ umschriebene Sanktionspolitik unter aktiver Beteiligung der Bundesregierung zu einer Eskalationsstrategie gehört. Diese kann angesichts konkreter Angriffspläne seitens der USA und Israels rasch zum Krieg führen.

5. Wir wollen verstärkt über die katastrophale Lage der Palästinenser im Gazastreifen aufklären. Wir fordern von der Bundesregierung ein Ende der Unterstützung der Besatzungspolitik. Wir arbeiten solidarisch mit den palästinensischen und israelischen Friedenskräften zusammen, bemühen uns um einen intensiven Dialog mit Palästinensern und Juden in der Bundesrepublik und unterstützen sie in ihren Forderungen nach zwei gleichberechtigten Staaten in den Grenzen von 1967.

2. Gegen Ausplünderung und Angriffskriege - Für die Verwirklichung des Völkerrechts

Seit mehr als sechs Jahren führen die US-Regierung und ihre Verbündeten in der NATO unter dem Deckmantel „Krieg gegen den Terror“ Angriffskriege. Vorgeblich dienen sie zudem der Durchsetzung von „Demokratie und Menschenrechten“. Tatsächlich geht es um die Beherrschung ressourcenreicher Regionen.

Dasselbe steht auch hinter der aggressiven Politik gegenüber dem Iran. Die Bundesrepublik Deutschland ist in hohem Maße in diese völkerrechtswidrigen Kriege involviert.

Die US-Stützpunkte in der Bundesrepublik sind ein logistisches Rückgrat dieser Kriegspolitik. Dazu gehören auch zivile Objekte wie z. B. die Flughäfen Leipzig und Hahn als Drehscheiben für Truppentransporte.

Mit der UN-Charta wurde 1945 die völkerrechtliche Grundlage für Frieden, sozialen

Fortschritt und Wohlstand weltweit geschaffen. Dabei ist das Verbot von Angriffskriegen zentral.

1. Wir wollen die durch Globalisierung und Kriegsführung verursachten Ressourcenverschwendungen in den Kontext der Umwelt- und Klimadiskussion bringen. Dabei wollen wir den Kampfbegriff „Energiesicherheit“ mit anderen Inhalten belegen, die im Interesse aller Menschen und einer nachhaltigen Entwicklung liegen. Wir engagieren uns für die stark zunehmende Zahl von Flüchtlingen, indem wir für eine nachhaltige Entwicklung von Ländern der dritten Welt eintreten und der neoliberalen Ausbeutung durch USA und EU entgegen treten. Wir solidarisieren uns mit Flüchtlingen, indem wir für alle ein Bleiberecht bei uns fordern und für eine humane Entwicklung in den Ländern der "Dritten Welt" eintreten.

2. Wir wollen zur Aufdeckung von Lügen und Kriegspropaganda beitragen, wie z.B. die Verschleierung der wahren Interessen der Militäreinsätze durch Begriffe wie „Friedensmissionen“ und „humanitäre Interventionen“. Wir werden aber auch schönfärberischen Umschreibungen von Kriegen als „Luftschläge“ u.ä. entgegentreten. Der Krieg beginnt mit dem ersten Schuss, mit der ersten Bombe.

3. Wir unterstützen Bürger- und Friedensinitiativen, die sich gegen US-Militärstützpunkte wie die US AirBase in Ramstein oder gegen vorhandene und geplante Bundeswehrübungsplätze engagieren (Colbitz-Letzlinger Heide, „Bombodrom“). Wir wenden uns gegen die Militärpolitik der NATO und die Nutzung von US-Militärbasen in Europa für die Kriegsführung in aller Welt.

3. Für atomare Abrüstung - gegen neue Atomwaffenarsenale

Die reale Gefahr durch Atomwaffen geht von den Atomwaffenmächten aus, die entgegen ihren vertraglichen Verpflichtungen des Atomwaffensperrvertrages massive Aufrüstungsprogramme auflegen. Der Einsatz von Atomwaffen ist fester Bestandteil der US-Nukleardoktrin sogar gegenüber solchen Ländern, die über keine Atomwaffen verfügen, wie z.B. dem Iran. Die Ein-

schüchterung und verbalen Drohungen – wie Bush jüngst mit einem "Dritten Weltkrieg" – führen zu einem neuen Rüstungswettlauf.

1. Wir unterstützen alle Initiativen und Kampagnen, die auf atomare Abrüstung gerichtet sind, wie z.B. „unsere Zukunft - atomwaffenfrei“.

2. Wir setzen uns ein für den Abzug aller Atomwaffen von deutschem Territorium und die Beendigung der direkten oder indirekten nuklearen Teilhabe der Bundeswehr.

3. Wir wollen verstärkt über die vor allem in Irak und im ehemals jugoslawischen Staatsgebiet erfolgte radioaktive Verseuchung durch Uranmunition aufklären.

4. Für Rüstungsabbau und Konversion - gegen die Aufrüstung von EU und Bundeswehr

Mit dem in Lissabon von den EU-Regierungschefs verabschiedeten „EU-Reformvertrag“ soll die gescheiterte EU-Verfassung mit ihrem neoliberalen Kurs, dem Demokratieabbau und der Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik durchgesetzt werden. Kernpunkte des Vertrages sind die Aufrüstungsverpflichtung, die Einrichtung einer Rüstungsagentur und die Aufhebung des Verbots der Verwendung von EU-Haushaltsmitteln für militärische Zwecke.

Neue Rüstungsprojekte wie die 2007 beschlossene Beschaffung neuer Fregatten für die Marine und die Weltraumaufklärung mit Radar-Aufklärungssatelliten (SAR-LUPE) zielen darauf, auch die militärische Dominanz der BRD in der EU auszubauen.

1. Aus den auch in anderen EU-Ländern vorhandenen Widerstandsbewegungen

gegen die EU-Verfassung bzw. „EU-Reformvertrag“ wollen wir durch eine länderübergreifende Zusammenarbeit eine europaweite Kampagne gegen die Militarisierung der EU entwickeln. Ein Schwerpunkt ist dabei die EU-Rüstungsagentur.

2. Der Aufbau der "Raketenschilder" gegen Interkontinentalraketen hat zum Ziel, Angriffskriege führen zu können, ohne einen Zweitschlag fürchten zu müssen. Wir wenden uns gegen die Stationierung entsprechender neuer US-Raketenabwehreinrichtungen in Polen und Tschechien. Wir sind solidarisch mit den Friedensbewegungen dieser Länder in ihrem Kampf gegen die Pläne der US-Regierung.

3. Im Widerstand gegen den Afghanistan-Krieg unterstützen wir die „Anti-Rekrutierungskampagne“, bei der wir das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung in all

seinen Erscheinungsformen (vom Teilverweigerer bis zum Totalverweigerer) in den Vordergrund stellen.

4. Anknüpfend an die Kampagne „Spart endlich an der Rüstung“ setzen wir unser Engagement fort für eine radikale Reduzierung der staatlichen Rüstungsausgaben zugunsten sozialer, kultureller, bildungs- und arbeitspolitischer Maßnahmen und die Konversion der Rüstungsindustrie in zivile, nützliche Produktion und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

5. Wir unterstützen Aktivitäten gegen deutsche Rüstungsexporte, die auch wesentlichen Anteil zur Destabilisierung in Krisenregionen haben.

5. Für Demokratie und Menschenrechte - gegen Militarisierung im Inneren

Der verfassungswidrige Bundeswehreinatz in Heiligendamm hat 2007 einen weiteren Schritt zur Legitimierung der inneren Militarisierung dargestellt. Mit der geschürten Anti-Terror-Hysterie werden an breiter Front in einem nie da gewesenen Maße demokratische Grundrechte ausgehöhlt. Darin sehen wir eine flankierende Maßnahme zur Durchsetzung der expansiven Au-

ßenpolitik mit weltweiten militärischen Interventionen, die von der Bevölkerungsmehrheit nicht unterstützt werden.

1. Wir unterstützen die zahlreichen Aktivitäten verschiedener Initiativen und Gruppen, die sich vor allem gegen die Entwicklung zum Überwachungsstaat engagieren.

2. In diesem Zusammenhang sehen wir auch den Kampf gegen neue Feindbilder wie

„den“ Islam sowie gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

3. Wir beteiligen uns an Aktionen zur Bekämpfung von neofaschistischen und rassistischen Ideologien. Wir unterstützen die Forderung nach einem Verbot der NPD.

Kassel, 30. November 2007

Terminfahrplan

26. Januar "global action day" (Weltsozialforum)

27. Januar: Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz;

30. Januar: 75. Jahrestag der Machtübertragung an den deutschen Faschismus

8. bis 10. Februar (Fr-So): NATO-Sicherheitskonferenz in München

8. bis 9. März (Sa/So): Irak-Konferenz in Berlin zum 5. Jahrestag der Invasion

21. bis 24. März: Ostermärsche/internationale Aktionen anlässlich des 5. Jahrestages des Irak-Krieges

1. Mai-Kundgebungen der Gewerkschaften

8. Mai (Donnerstag): Tag der Befreiung von Krieg und Faschismus

15. Mai Tag der Kriegsdienstverweigerer (Anti-Rekrutierungsaktion)

7./8. Juni (voraussichtlich): Afghanistan-Konferenz

24. – 27. Juli Sommerakademie des Friedensratschlags in Oberhof

6. August (Mittwoch)/9. August: Hiroshima-/Nagasaki-Tag

25. – 31. August Aktionswoche in Büchel (unsere zukunfts – atomwaffenfrei)

1. September (Montag): Antikriegstag

September/Oktober: Herbstaktivitäten gegen die Verlängerung der Afghanistan Mandate

9. November (Freitag): 70. Jahrestag der Reichspogromnacht

6. und 7. Dezember (Sa/So) 15. Friedenspolitischer Ratschlag in Kassel



Andreas Zumach

Ein wahrer Held der heutigen Kriege

Laudatio auf Agustin Aguayo, Preisträger des Friedenspreises 2007 der AnStifterInnen bei der Friedensgala im Theaterhaus Stuttgart, 21.12.2007

Wie kann es sein, daß ein **US-Staatsbürger** wegen seiner **Verweigerung des Kriegsdienstes** auf deutschem Boden verhaftet und zu einer achtmonatigen **Gefängnisstrafe** verurteilt wird, wo doch die deutsche Verfassung (Grundgesetz) in Artikel 4, Absatz 3 das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung garantiert?

Auf diese Frage gibt es zwei Antworten:

Erstens: Das Grundgesetz gilt in weiten Teilen nur für deutsche StaatsbürgerInnen, nicht aber für Ausländer. So bezieht sich Artikel 4, Absatz 3 nur auf die Verweigerung des Kriegsdienstes in der Bundeswehr, nicht aber in Streitkräften anderer Länder. (...)

Zweitens: Die Festnahme, Verurteilung und mehrmonatige Haft erfolgte ja nicht auf deutschem Boden, sondern in US-Militäreinrichtungen in Schweinfurt und Mannheim. Diese Einrichtungen liegen zwar auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, aber sie sind ja praktisch extraterritorial, da die deutschen Gesetze und auch das Grundgesetz hier keine Gültigkeit habe. Die Militärgerichtsbarkeit der USA könnte auf diesen Einrichtungen Todesurteile verhängen und diese sogar vollstrecken – obwohl die Todesstrafe in Deutschland seit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes im Jahre 1949 abgeschafft ist. Selbst wenn die USA auf ihren Militäreinrichtungen in Deutschland gegen die Genfer Konventionen und andere Bestimmungen des Völkerrechts verstoßen würden – wie sie das seit Jahren in ihrer auf Kuba gelegenen Basis Guantanamo tun – ließe sich damit unter Berufung auf das Grundgesetz und deutsche Gesetze nichts machen.

Was ich hier beschreibe, ist ein **rechtspolitischer Skandal**.(...)

Vor zwei Jahren verliehen die AnStifterInnen den Stuttgarter Friedenspreis hier im Theaterhaus an meine italienische Journalistenkollegin Giuliana Sgrena. Eine der leider nur sehr wenigen KriegsreporterInnen, die sich im Irak den raffinierten Mechanismen der modernen Kriegspropaganda widersetzte, die seit dem Vietnamkrieg unter Federführung des Pentagon entwickelt wurde und inzwischen weltweit praktiziert wird; (...)

Und heute geht der Friedenspreis an einen Mann, der vielleicht unter den amerikanischen Soldaten gewesen wäre, die Giuliana Sgrena im März 2005 am Flughafen Bagdad mit gezielten Schüssen und mit Mordvorsatz schwer verletzt haben und ihren Begleiter, den italienischen Geheimdienst-

beamten Nicola Calipari, der Giuliana Sgrena kurz zuvor aus wochenlanger Geiselnhaft befreit hatte, ermordet haben. Vollendeter Mord und Mordversuch - zu diesem eindeutigen Ergebnis kamen inzwischen die Untersuchungen der italienischen Regierung.(...) In dieser Situation im März 2005 am Flughafen Bagdad oder in anderen Situationen im Irak der letzten viereinhalb Jahre wäre Agustin Aguayo vielleicht ein Mordschütze gewesen - wenn er während seines ersten Einsatzes im Irak den völkerrechtswidrigen Befehl seiner militärischen Vorgesetzten, als Sanitäter eine scharfe Waffe zu tragen und sich an Patrouillengängen, und damit an aktiver Kriegsführung zu beteiligen, nicht verweigert hätte. Und wenn er sich im September 2006 der erneuten Stationierung im Irak nicht durch Flucht aus dem Fenster der US-Kaserne in Schweinfurt entzogen hätte.

Im Januar 2003 unterschrieb Agustin Aguayo seinen Vertrag mit der US-Armee, die ihm ein festes Gehalt und die Ausbildung zum Sanitäter versprochen hatte. Aguayo trat der Armee bei, weil er - nach seinen eigenen Worten in einem Filminterview - "etwas Wundervolles mit seinem Leben machen wollte und etwas Gutes für sein Land".

Wie naiv und blind patriotisch höre ich so manche alt gedienten Pazifisten und US-Kritiker aus der deutschen Friedensbewegung sagen. Wie kann man sich im Januar 2003 noch bei der US-Armee verpflichten, obwohl die damals doch schon seit fast anderthalb Jahre in Afghanistan den "Krieg gegen den Terrorismus" führte, und obwohl der Irakkrieg damals unmittelbar bevorstand.

Doch diese Fragen und Kritik verkennen die reale wirtschaftliche und soziale Situation in den USA. Für ganz viele **junge AmerikanerInnen aus den unteren Einkommenschichten** des Landes ist die Verpflichtung bei den Streitkräften die einzige Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt zu finanzieren oder eine einigermaßen vernünftige Ausbildung zu erhalten. Die große Mehrheit der Mitglieder der US-Streitkräfte stammt heute aus den unteren Einkommenschichten. Und der Anteil der Afroamerikaner und Latinos unter den Soldaten ist mehr als doppelt so hoch wie ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung der USA. (...) Rund 2,8 Milliarden US-Dollar stehen dem Pentagon jährlich für Rekrutierungsmaßnahmen zur Verfügung. Zu diesen Maßnahmen gehören die persönliche Ansprache noch minderjähriger Jugendlicher bereits auf Schulhöfen, Werbe-

filme, Videogames, raffinierte Broschüren sowie finanzielle und andere Versprechen, die später, nach der Verpflichtung der Rekrutierten zu den Streitkräften, oftmals nicht eingehalten werden.

Agustin Aguayo muß immer noch um seine Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer und eine ehrenhafte Entlassung aus der Armee eine kostspielige juristische Auseinandersetzung führen, Möglicherweise wird sein Fall demnächst vor dem Supreme Court, dem höchsten Gericht der USA verhandelt.

Aber Agustin Aguayo engagiert sich nicht nur für die eigene Rehabilitierung. Bei öffentlichen Auftritten und Informationsveranstaltungen an Schulen warnt er unter Berufung auf seine eigenen Erfahrungen davor, sich für den Kriegsdienst im Irak, Afghanistan oder anderswo rekrutieren zu lassen. Zudem fordert er, dass alle US-Truppen so schnell wie möglich aus dem Irak abgezogen werden und dieser völkerrechtswidrige Besatzungskrieg endlich beendet wird.

Während seines ersten Einsatzes im Irak im Jahre 2004 hat Agustin Aguayo alle Illusionen verloren. Er erlebte, - so schilderte er es in einem am Montag von der „Washington Post“ veröffentlichten Interview - wie dieser **Besatzungskrieg** aus seinen Kameraden „Menschen machte **voller Hass, Rassismus und totaler Missachtung für Menschlichkeit**“. Aguayo und andere Soldaten, die inzwischen den Kriegsdienst verweigert haben oder desertiert sind, mussten mit ansehen und konnten meist nicht verhindern, wie ihre Kameraden willkürlich und oft auf Befehl von Vorgesetzten unschuldige irakische Zivilisten misshandelten oder ermordeten.

Über 680.000 irakische Zivilisten wurden nach einer Untersuchung der renommierten britischen Medizinzeitschrift "The Lancet" seit Beginn des Krieges im März 2003 gewaltsam ums Leben gebracht. (...) Jede Minute verschlingt das US-Besatzungsregime im Irak 200.000 Dollar. Für das Haushaltsjahr 2008 hat die Bush-Administration weitere 131 Milliarden Dollar beantragt. Damit werden die Ausgaben für die ersten fünfzehn Jahre Irakkrieg und -besatzung auf **611 Milliarden Dollar** steigen. (...) Nach Berechnungen der Weltbank könnten mit 611 Milliarden US-Dollar Hunger und Unternahrung bis zum Jahr 2015 weltweit überwunden und die Grundschulbildung für alle sechsjährigen Kinder

dieser Erde gesichert werden. (...) In der Nacht zu gestern hat der US-Kongreß der Bush-Administration von den für 2.008 beantragten 131 Milliarden Dollar bereits 70 Milliarden bewilligt. In beiden Häusern des Kongresses geschah diese **Bewilligung mit der Mehrheit der demokratischen Senatoren und Abgeordneten**. Und dies, obwohl die Parteiführung der Demokraten und ihre acht PräsidentschaftsbewerberInnen doch seit Monaten erklären, sie wollten den Besatzungskrieg im Irak beenden und die Truppen so schnell wie möglich nach Hause bringen. Hillary Clinton, Barak Obama und die anderen beiden Senatoren unter den demokratischen PräsidentschaftsbewerberInnen nahmen an der Abstimmung über das Irakkriegsbudget für 2008 gar nicht erst teil, um eine öffentliche Festlegung zu vermeiden. Dieses Verhalten der Demokraten im US-Kongreß unterstreicht, wie wichtig, ja wie unverzichtbar der außerparlamentarische Widerspruch und Widerstand gegen den Besatzungskrieg im Irak ist - darunter gerade auch die Desertation und Kriegsdienstverweigerung von Angehörigen der US-Streitkräfte.

Agustin Aguayo ist einer von inzwischen **fast 14.000 US-Soldaten**, die - laut offiziellen Zahlen des Pentagon - seit Beginn des Irak-Krieges im März 2.003 **desertiert** sind oder den Kriegsdienst verweigert haben. 4.700 waren es allein zwischen September 2006 und September 2007. Damit verlassen inzwischen fast zehn von 1.000 US-Soldaten die Streitkräfte - und alle im Zusammenhang mit den Kriegen im Irak und in Afghanistan. Das ist die einzige erfreuliche Statistik im Zusammenhang mit den heutigen Kriegen. Nur während des Vietnamkrieges entzogen sich noch mehr US-Soldaten dem Kriegsdienst als heute - damals galt allerdings noch die allgemeine Wehrpflicht.

Das Wort „Deserteur“ war in den USA-ähnlich wie in Deutschland - bis vor nicht allzu langer Zeit ein Negativattribut. Deserteure und Kriegsdienstverweigerer galten als Drückeberger, Feiglinge ja Vaterlandsverräter. (...) Doch angesichts der aktuellen Kriegsdesaster im Irak und in Afghanistan erfahren die Kriegsdienstverweigerer und Deserteure in den USA inzwischen von immer mehr Menschen **Achtung und aktive Solidarität**. Als Anfang letzten Jahres bekannt wurde, dass einige hohe Offiziere der US-Streitkräfte bis hin zu Generalebene ihre Befehlsverweigerung beziehungsweise ihren Rücktritt angekündigt haben für den Fall, dass die Bush-Administration ihnen einen Krieg gegen Iran befiehlt unter Einsatz atomarer Bunkerbrecher-Waffen - da erhob niemand den Vorwurf, diese Offiziere seien Feiglinge, unpatriotisch oder gar Verräter.

Für Agustin Aguayo ist die wichtigste Stütze seine Frau Helga. Nicht nur, weil sie

ihren Mann in den letzten für ihn so schwierigen Jahren mit all den unbequemen, viel Mut erfordernden Entscheidungen vorbehaltlos unterstützt und während seiner langen Abwesenheiten im Irak, in Schweinfurt und im US-Militärgefängnis Mannheim die Familie in Kalifornien aufrecht erhalten hat. Sondern Helga Aquayo engagiert sich zusammen mit anderen Lebenspartnerinnen, Müttern, Ehefrauen Schwestern und Töchtern amerikanischer Soldate dafür, dass die aktuellen Kriegsdienstverweigerer und Deserteure alle politische, juristische, finanzielle und seelsorgerische Unterstützung erhalten, die sie benötigen; dass möglichst viele US-Frauen sich der Entsendung ihrer Lebenspartner, Söhne, Ehemänner oder Väter nach Irak widersetzen; und dass die heute noch im Irak stationierten US-Truppen so schnell wie möglich und vollständig wieder nach Hause gebracht werden. Deswegen ist der Friedenspreis der Agustin Aquayo heute abend verliehen wird, nach meinem Verständnis auch eine Auszeichnung für seine Frau Helga.

Agustin und Helga Aquayo sind aber nicht nur wahre Helden der Kriege, in denen ihr Heimatland derzeit noch schuldig verstrickt ist. Ich hoffe, sie werden auch Vorbilder für deutsche Soldaten und ihre Lebenspartnerinnen, Mütter, Frauen und Töchter. Denn seien wir ehrlich - bei aller notwendigen scharfen Kritik und verständlichen moralischen Empörung über die aktuelle Kriegspolitik der amerikanischen Regierung seit dem 11. September 2.001: **unser Land** und auch die anderen europäischen Staaten haben diese Politik fast ohne Einschränkung **mitgetragen**. Und fragen wir uns einmal selbstkritisch: wo sind die deutschen Deserteure und die Kriegsdienstverweigerer in der Bundeswehr, seit Deutschland wieder aktiv Krieg führt?

Wie viele Bundeswehrsoldaten, die 1999 am völkerrechtswidrigen Luftkrieg der NATO gegen Serbien/Montenegro beteiligt waren - sei es direkt als Luftwaffenpiloten über dem Kriegsgebiet, oder indirekt in Einsatzstäben auf bundesdeutschem Boden oder im NATO-Hauptquartier, sind desertiert, haben den Kriegsdienst verweigert oder auch nur einen einzigen Befehl nicht ausgeführt?

Kein Einziger!

Wie viele der deutschen Soldaten, die seit 2001 in Afghanistan einen völkerrechtswidrigen Krieg kämpfen im Rahmen der Operation „Enduring Freedom“ oder als Tornadopiloten sowie der Soldaten, die diese Kriegseinsätze in Afghanistan von Bundeswehreinrichtungen auf deutschem Territorium aus befehlen und logistisch unterstützen, sind bislang desertiert, haben den Kriegsdienst verweigert oder auch nur einen einzigen Befehl nicht ausgeführt?

Kein einziger!

Wie viele der deutschen Soldaten, die im Frühjahr 2003 an der logistischen Unterstützung des völkerrechtswidrigen Irak-Krieges beteiligt waren, die die Regierung Schröder/Fischer der Bush-Administration damals ohne Einschränkung gewährte, sind desertiert, haben den Kriegsdienst verweigert oder auch nur einen einzigen Befehl nicht ausgeführt?

Ein Einziger! Major Florian Pfaff.

Wegen der Schikanen, mit die Bundeswehr damals auf Pfaffs Verweigerung völkerrechts- und grundgesetzwidriger Aktivitäten reagierte, erstritt der Major schließlich ein **Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes**, das ihn voll rehabilitierte. Das Bundesverwaltungsgericht klassifizierte **den Irak-Krieg eindeutig als völkerrechtswidrig** und als Verstoß gegen die UNO-Charta. Auch die logistischen Unterstützungsleistungen der Bundesrepublik Deutschland stufte das Gericht als völkerrechtswidrig ein. Die seinerzeitige Behauptung der rot-grünen Bundesregierung, eine Verweigerung dieser Unterstützungsleistungen sei wegen des NATO-Truppenstatuts sowie wegen bilateraler Verträge mit den USA rechtlich nicht möglich gewesen, verwarf das Gericht mit der Feststellung, dass die UNO-Charta und das Völkerrecht immer Vorrang haben vor bilateralen oder multilateralen Verträgen. Schließlich räumte das Gericht den einzelnen Soldaten einen großen Spielraum ein für die Entscheidung, einen als völkerrechts- oder grundgesetzwidrig empfundenen Befehl zu verweigern.

Dieses Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom Juli 2005 ist eine der wichtigsten höchstrichterlichen Entscheidungen der gesamten deutschen Rechtsgeschichte seit 1949. Es gehörte als Lehrstoff in die erste Ausbildungsstunde eines jeden deutschen Soldaten. Stattdessen wird dieses Urteil von der Bundeswehrführung und dem Militärministerium gegenüber den Soldaten systematisch verschwiegen. Das mag mit ein Grund dafür sein, daß bislang noch kein Soldat der Bundeswehr Gebrauch gemacht hat von dem Spielraum für eine situationsbedingte Verweigerung des Kriegsdienstes oder einzelner Befehle, den das Bundesverwaltungsgericht definiert hat.

Möge das mutige Verhalten von Agustin Aguayo und der Preis, den er dafür heute erhält, dazu beitragen,

- dass sich das sehr bald ändert;
- dass der 86-jährige Ludwig Baumann und die Handvoll weiteren wahren Helden des Zweiten Weltkrieges nicht die letzten noch lebenden deutschen Deserteure bleiben;
- und dass die AnStifterInnen bei der Friedensgala in zwei, drei Jahren vielleicht die ersten neuen Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus den Reihen der Bundeswehr auszeichnen können.

Sie reden von „Sicherheit“ - Wir nennen es Krieg, Folter und Terror.

Sie sprechen von „Sicherheit“, doch ihre Politik bedeutet Krieg, Folter und Militarisierung.

Die „Sicherheitskonferenz“ in München ist ein Treffen von Militärstrategen, Regierungsvertretern, Generälen und Rüstungslobbyisten. Verschanzt hinter Absperrgittern, Wasserwerfern und einer gigantischen Polizeimacht kommen im Nobelhotel Bayerischer Hof jährlich EU- und NATO-Repräsentanten zusammen, um Kriegseinsätze, internationale Militärstrategien und Rüstungsgeschäfte zu planen. So wurden bei der Münchner Militärtagung unter anderem die Angriffskriege gegen Jugoslawien, Afghanistan und den Irak vorbereitet und entscheidende Weichen für den so genannten „Globalen Krieg gegen den Terror“ gestellt.

Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr – Gegen jede deutsche Kriegsunterstützung

Die wirtschaftlich und politisch Mächtigen der Welt beanspruchen für sich das Recht auf ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen auf dem gesamten Globus. Sie setzen ihre ökonomischen Interessen und Machtansprüche auch mit militärischer Gewalt durch. Die Besatzungskriege der NATO-Staaten und ihrer Verbündeten, die unter der Losung der Terrorbekämpfung geführt werden, sind selbst Terror gegen die Bevölkerung: Bombardierungen, Vertreibung, Zerstörung, Vergewaltigungen sowie die Wiedereinführung der institutionalisierten Folter wie in Guantanamo und in Geheimgefängnissen.

Die NATO-Kriege und Besatzungsregime eskalieren die Konflikte weltweit; selbstbestimmter Aufbau und eine demokratische Entwicklung haben keine Chance.

Gegen Krieg und Folter –

Für ein freies und selbstbestimmtes Leben aller Menschen

Die erneute Militarisierung der deutschen Außenpolitik führt längst auch zur Militarisierung im Inneren. Diese Politik des präventiven „Sicherheits“-Staates betreibt den Abbau der Grundrechte aller BürgerInnen durch Vorratsdatenspeicherung von Telefongesprächen, dem Ausspionieren von PC-Daten, Unterbindungsgewahrsam, Überwachung von öffentlichen Plätzen und Privatwohnungen. AntimilitaristInnen werden durch den Gesinnungsparagrafen 129a wie durch die Razzien vor und nach dem G8-Gipfel systematisch mit Repression überzogen und krimi-

Kommt alle zur Großdemonstration und den weiteren Widerstandsaktionen am 9. Februar 2008 in München!

Unterstützer: <http://www.sicherheitskonferenz.de/de/siko-unterstuetztergruppen-2008>

Informationen, Dokumente, Hintergründe: Die jedes Jahr Ende Januar/Anfang Februar in München stattfindende Sicherheitskonferenz (frühere Bezeichnung: Wehrkundetagung) zählt zu den wichtigsten Tagungen politischer und militärischer Planer und Strategen der "westlichen Welt". Berichte unter: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Sicherheitskonferenz/Welcome.html>



DAS ANDERE DAVOS

Internationale Gegenveranstaltung zum WEF "MS Neoliberalismus: Kreuzfahrt oder Freibeuterei?"

am Global Action Day des Weltsozialforums

Samstag, 26. 1. 2008 ab 13 Uhr in Zürich

(Zürcher Volkshaus, Stauffacherstrasse 60)

**Am Abend ab 20 Uhr: Inspiration und Horizonterweiterung
mit Susan George, Christian Felber und Jean Ziegler**

Attac Schweiz lädt zu einer satirischen Kreuzfahrt an Bord des Luxusliners "MS Neoliberalismus" ein.

Die Einschiffung beginnt um 13 Uhr, mit verschiedenen Attraktionen am ganzen Nachmittag: Einkaufen im Zollfreiladen, Führungen auf der Kapitänsbrücke, wo der neoliberale Kurs festgelegt wird, feine Verpflegung am

hoch subventionierten Bordbuffet, Besichtigung der Wetterstation, die das Schiff heil durch Turbulenzen bringt, Verwöhnung durch das arbeitsame, multikulturelle Bordpersonal, Zwischenstopps in exotischen Ländern und

Faulenzen unter den Palmen eines Steuerparadieses, Bewunderung des blauen Himmels und des blauen Meers (wie lang noch?), Aufstieg zum Krähenest (ist das ein Eisberg in der Ferne? Nein, es ist der Davoser Gipfel!).

- **Workshops** zu den Themen: Aufstand im Hinterhof: Streifzug durch Lateinamerika: Kolumbien, Chiapas/Mexiko, Guatemala, Kuba, Nicaragua, Venezuela, Bolivien... / Finanzmärkte / Alternativen: Die demokratische Bedarfswirtschaft und weitere / Ernährungspolitik / u.a.m.

Kontakt: schweiz@attac.org, Mehr Infos: otherdavos.net